

B1Z BAYERN IN ZAHLEN

Statistik-Magazin

Heraus-
forderung
Daten-
verfügbarkeit*

DIE REPRÄSEN-
TATIVE WAHL-
STATISTIK BEI
DER WAHL ZUM
21. DEUTSCHEN
BUNDESTAG 2025

AKTUELLE
ENTWICKLUNGEN
DER TREIBHAUSGAS-
BILANZIERUNG –
BUND, LÄNDER,
KOMMUNEN
FACHTAGUNG



31Z

*Verlässliche
Informationen für alle*

Kostenlos abonnierbar unter
vertrieb@statistik.bayern.de
oder Telefon 0911 98208-6311



IMPRESSUM

Bayern in Zahlen – Statistik-Magazin
Jahrgang 156. (79.)
Bestell-Nr. Z10001 202603
ISSN 0005-7215
Erscheinungsweise monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb
Bayerisches Landesamt für Statistik
Nürnberger Straße 95 | 90762 Fürth

Bildnachweis
Titel: © AVTG – stock.adobe.com
Innen: © Bayerisches Landesamt für Statistik
(wenn nicht anders vermerkt)
Wir danken der IG Fotografie des Landesamts
für ihre Unterstützung.

Papier
Gedruckt auf umweltfreundlichem Papier,
chlorfrei gebleicht

Vertrieb
E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 0911 98208-6311

Auskunftsdienst
E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 0911 98208-6563

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

© Bayerisches Landesamt für Statistik,
Fürth 2026

Vervielfältigung und Verbreitung, auch
auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Beschäftigung in Bayern stagniert im Jahr 2025

Mehr als 17 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland arbeiten in Bayern

Nach Jahren eines kontinuierlichen Wachstums, das nur während der Corona-Pandemie unterbrochen war, steigen in Bayern die Erwerbstätigenzahlen kaum weiter an. Auch im Bundesdurchschnitt bleiben die Zahlen nahezu auf gleichem Niveau. Von deutlich sinkenden Erwerbstätigenzahlen ist in Bayern das Produzierende Gewerbe betroffen. Im Dienstleistungssektor bleibt die Wachstumsrate positiv, schwächt sich aber leicht ab.

Laut den vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung der Länder“ sind in Bayern im Jahr 2025 7,87 Millionen Personen erwerbstätig, nur etwa 4 000 mehr als im Jahr 2024. Während Bayern damit noch einen geringfügigen Anstieg von 0,1 Prozent verzeichnen kann, stagniert die Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Bundesdurchschnitt.

17,1 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland (45,98 Millionen) arbeiten in Bayern, während der Anteil des Freistaats an den Einwohnern nur bei 15,9 Prozent liegt. Betrachtet man die längere zeitliche Entwicklung, zeigt sich, dass sich das Beschäftigungswachstum bereits seit 2023 in Bayern wie in Deutschland insgesamt abschwächt. Im Jahr 2025 kommt es nahezu vollständig zum Erliegen.

Der insgesamt leichte Beschäftigungszuwachs in Bayern im Jahr 2025 geht überwiegend auf ein Wachstum im Dienstleistungssektor zurück. Hier steigt die Zahl der Erwerbstätigen um 0,6 Prozent auf 5,72 Millionen. Dagegen sinkt sie im Produzierendem Gewerbe um 1,4 Prozent auf 2,04 Millionen. ■

Die Zahlen entstammen der Schnellrechnung des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung der Länder. Dabei wird die Erwerbstätigkeit als durchschnittliche Größe aller Erwerbstätigen nach dem Inlandskonzept (Arbeitsortkonzept) dargestellt. Zu den Erwerbstätigen rechnen alle Personen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, einschließlich geringfügig Beschäftigter, Beamte sowie Heimarbeiter) oder als Selbstständige einschließlich deren mithelfenden Familienangehörigen eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Grundlage für diese Definition bilden die von der „International Labour Organization“ (ILO) aufgestellten Normen, die im Einklang mit den entsprechenden Definitionen im „Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ (ESVG) 2010 stehen. Weitere Informationen finden Sie auf den Seiten des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung der Länder“ unter: www.statistikportal.de/de/etr/publikationen





INHALT

03 | 2026



2 IMPRESSUM

3 NACHRICHT DES MONATS

6 STATISTIK KOMMUNAL
Altötting

8 KURZ MITGETEILT

16 DIE REPRÄSENTATIVE WAHLSTATISTIK BEI DER
WAHL ZUM 21. DEUTSCHEN BUNDESTAG 2025
Daniel Dorn

30 AKTUELLE ENTWICKLUNGEN
DER TREIBHAUSGASBILANZIERUNG –
BUND, LÄNDER, KOMMUNEN
Fachtagung am 14. November 2025
im Bayerischen Landesamt für Statistik in Fürth
*Sebastian Rahe, B.A.; Katja Schuster, M.Sc.;
Franziska Wagner, M.Sc.; Benjamin Wirth, M.Sc.*

48 NACHGEFRAGT BEI
Franziska Wagner

52 ZURÜCKGEBLICKT
Treibhausgasemissionen in Bayern

64 VERBRAUCHERPREISINDEX
Januar 2026

66 BAYERISCHER ZAHLENSPIEGEL

87 NEU ERSCHIENEN / ZEICHENERKLÄRUNG

Vegetations-
fläche

71,7 %

am 31.12.2024¹

Gäste-
übernachtungen

100 350

2024¹

Mehr Daten zu Altötting

sowie den anderen 2 030 kreisangehörigen Gemeinden
und den 25 kreisfreien Städten Bayerns in:

1 Statistik kommunal: https://s.bayern.de/statistik_kommunal

2 Einwohnerzahlen: <https://link2.bayern/einwohnerzahlen>

© Geobasisdaten: Bayerische Vermessungsverwaltung 2026

Alle Daten abgerufen am 07.01.2026.



ALTÖTTING

Einwohner
13 019
30.09.2025²

Durchschnittsalter
46,0 Jahre
2024¹

Ausländeranteil
16,0 %
15.05.2022¹

STARKE JAHRESBILANZ 2025: knapp 41,0 Millionen Gäste und rund 102,9 Millionen Übernachtungen in Bayern

*Dezember 2025 bringt ein Plus bei Gäste- und
Übernachtungszahlen*

Das Tourismusjahr 2025 endet für die bayerischen Beherbergungsbetriebe mit einem positiven Ergebnis. Gegenüber dem Vorjahr erhöhen sich die Gästeteankünfte um 0,9 Prozent auf knapp 41,0 Millionen und die Übernachtungen um 0,2 Prozent auf rund 102,9 Millionen. Auch die positive Entwicklung im Monat Dezember trägt dazu bei. Hier liegen die Gästeteankünfte der 10 771 geöffneten Beherbergungsbetriebe mit rund 2,9 Millionen 5,3 Prozent über dem Vorjahresmonatsniveau, und die Übernachtungen steigen um 4,1 Prozent auf 7,0 Millionen.



Westteery.com

Neue Rekorde bei inländischen Gästen

Bayerns Popularität bei inländischen Gästen, also bei Gästen mit Wohnsitz in Deutschland, bleibt ungebrochen. Mit über 31,3 Millionen Gästeteankünften und rund 82,3 Millionen Übernachtungen übertreffen sie das bisherige Rekordniveau aus dem Jahr 2024 (Ankünfte: 31,0 Millionen, Übernachtungen: 82,0 Millionen). Gleichzeitig bleibt die Anzahl internationaler Gäste mit gut 9,6 Millionen konstant (0,0 Prozent), während deren Übernachtungen um 0,8 Prozent auf 20,6 Millionen zurückgehen.

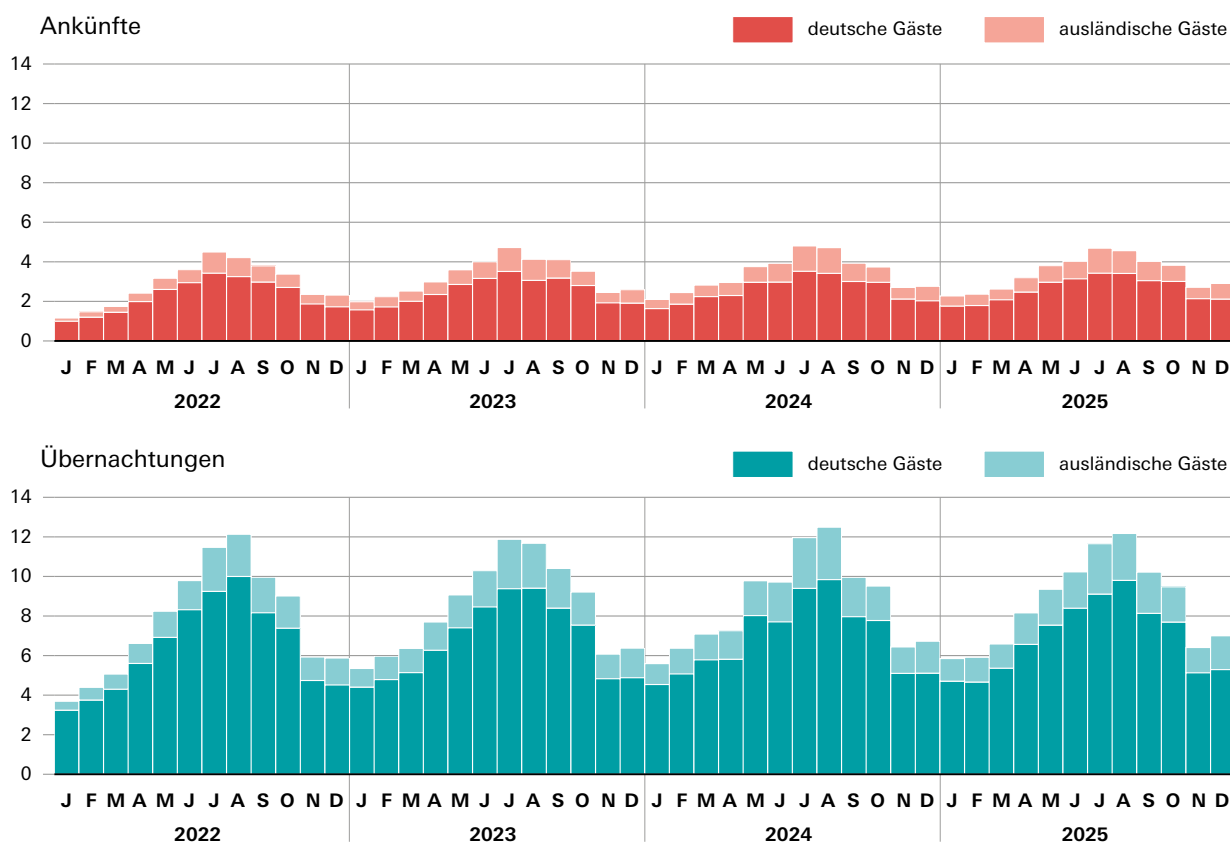
Übernachtungszahlen für Campingplätze am stärksten gestiegen

Die rückläufige Entwicklung bei bayerischen Gasthöfen und Pensionen hält auch im Jahr 2025 an: beide Betriebsarten weisen gegenüber 2024 niedrigere Ankunfts- und Übernachtungszahlen auf. So liegen die Übernachtungen in den Pensionen mit rund 3,3 Millionen 4,3 Prozent unter den Vorjahreswerten,

bei Gasthöfen sinken die Übernachtungszahlen um 3,6 Prozent auf rund 5,5 Millionen. Hotels verzeichnen im Jahr 2025 ebenfalls einen leichten Rückgang der Übernachtungen um 0,9 Prozent auf 44,6 Millionen. Bei Betrieben der Hotellerie haben einzig Hotels garnis eine positive Jahresbilanz mit einem Zuwachs der Übernachtungen um 1,8 Prozent auf knapp 16,7 Millionen.

Bei den anderen Betriebsarten zeigen Jugendherbergen und Hütten (Übernachtungen: 2,1 Millionen; –3,0 Prozent) als auch Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime (Übernachtungen: 3,9 Millionen; –0,4 Prozent) ebenfalls eine rückläufige Tendenz. Dagegen können sich Vorsorge- und Rehakliniken (Übernachtungen: 8,0 Millionen; +2,4 Prozent), Ferienzentren, -häuser und -wohnungen (Übernachtungen: 10,1 Millionen; +2,8 Prozent) sowie Campingplätze (Übernachtungen: 8,6 Millionen; +3,3 Prozent) über gestiegene Übernachtungszahlen im Jahr 2025 freuen.

Gästeankünfte und -übernachtungen in Bayern von Januar 2022 bis Dezember 2025 in Millionen



Größtes Gäste- und Übernachtungsplus in der Oberpfalz

Unter den Regierungsbezirken verzeichnet im Jahr 2025 die Oberpfalz die höchsten Zuwächse sowohl für die Gästeankünfte (+2,7 Prozent) als auch für die Übernachtungen (+1,1 Prozent), gefolgt von Niederbayern (Ankünfte: +2,4 Prozent; Übernachtungen: +0,6 Prozent) und Schwaben (Ankünfte: +1,0 Prozent; Übernachtungen: +0,4 Prozent).

Beherbergungsbetriebe in Oberbayern verbuchen 2025 im Vergleich zum Vorjahr zwar nur leichte Steigerungsraten (Ankünfte: +0,7 Übernachtungen: +0,1 Prozent), absolut betrachtet dürfen sie unter den Regierungsbezirken mit über 19,6 Millionen die meisten Gäste begrüßen, die insgesamt rund 46,4 Millionen Mal übernachten. Davon entfallen allein auf die Landeshauptstadt München 9,3 Millionen Ankünfte (+0,3 Prozent) und knapp 19,7 Millionen Übernachtungen (–0,2 Prozent).

Die Regierungsbezirke Mittelfranken und Unterfranken registrieren zwar mehr Gästeankünfte, aber etwas weniger Übernachtungen als im Jahr 2024. Oberfranken hingegen hat sowohl bei den Gäste- als auch bei den Übernachtungszahlen leichte Einbußen im Vergleich zum Vorjahr zu vermelden. ■

* Geöffnete Beherbergungsstätten mit zehn oder mehr Gästebetten, einschließlich geöffneter Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen.

Mehr Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im Dezember 2025“, Download als PDF unter:
www.statistik.bayern.de/statistik/wirtschaft_handel/tourismus

AUSFUHREN UND EINFUHREN DER BAYERISCHEN WIRTSCHAFT WACHSEN IM NOVEMBER 2025

Außenhandel mit EU-Ländern und China export- und importseitig im Plus, Außenhandel mit den USA jeweils im Minus

Nach vorläufigen Ergebnissen zur Außenhandelsstatistik steigen die Ausfuhren der bayerischen Wirtschaft im November 2025 gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,3 Prozent auf 19,2 Milliarden Euro. Die Einfuhren nehmen zeitgleich um 4,4 Prozent auf 20,2 Milliarden Euro zu. In den ersten elf Monaten 2025 wachsen die Ausfuhren gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,3 Prozent auf 209,3 Milliarden Euro, die Einfuhren steigen ebenfalls um 0,3 Prozent auf 211,4 Milliarden Euro.

Die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten (USA), dem wichtigsten Exportland der bayerischen Wirtschaft, sinken im November 2025 um 27,8 Prozent auf 1,9 Milliarden Euro. Weitere wichtige Exportländer mit Exportwerten von jeweils über einer Milliarde Euro sind Österreich, Italien, Frankreich, die Volksrepublik China und Polen. Die Ausfuhren nach Österreich gehen ebenfalls zurück (–1,1 Prozent). Die Ausfuhren nach Italien, Frankreich, China und Polen steigen jeweils. Die Ausfuhren Bayerns in die EU-Länder nehmen im November um 6,6 Prozent auf 10,7 Milliarden Euro zu, die Ausfuhren in die Länder der Euro-Zone um 5,6 Prozent auf 7,4 Milliarden Euro.

Die Einfuhren Bayerns aus den EU-Ländern wachsen im November 2025 um 3,9 Prozent auf 10,9 Milliarden Euro, die Einfuhren aus den Euro-Ländern um 6,5 Prozent auf 6,6 Milliarden Euro. Wichtigstes Importland der bayerischen Wirtschaft im November 2025 ist die Volksrepublik China mit einem Importwert von knapp 3,1 Milliarden Euro, dies entspricht einem Zuwachs von 1,2 Prozent gegenüber dem November 2024. Nach dem Importwert folgen Österreich, Tschechien, Polen und Italien vor den USA. Die Einfuhren aus den USA sinken im November 2025 um 8,4 Prozent auf 938 Millionen Euro.

Die führenden Exportgüter der bayerischen Wirtschaft mit einem Exportwert von jeweils über einer Milliarde Euro sind im November 2025 „Personenkraftwagen und Wohnmobile“, „Maschinen“, „Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung“ und „Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“. Die Ausfuhren von „Personenkraftwagen und Wohnmobile“ (–11,8 Prozent) und „Maschinen“ (–6,5 Prozent) gehen jeweils zurück.

Die höchsten Importwerte nach Bayern erzielen im November 2025 „Maschinen“ (+5,6 Prozent), „Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung“ (–3,2 Prozent), „Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ (–6,6 Prozent), „Personenkraftwagen und Wohnmobile“ (+9,8 Prozent) sowie „elektronische Bauelemente“ (+25,3 Prozent). ■

Mehr Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im November 2025“, Download als PDF unter: www.statistik.bayern.de/statistik/wirtschaft_handel/handel/ Regionale Ergebnisse stehen nicht zur Verfügung.



19,2 PROZENT MEHR EINFAMILIENHÄUSER IN BAYERN 2025 GENEHMIGT

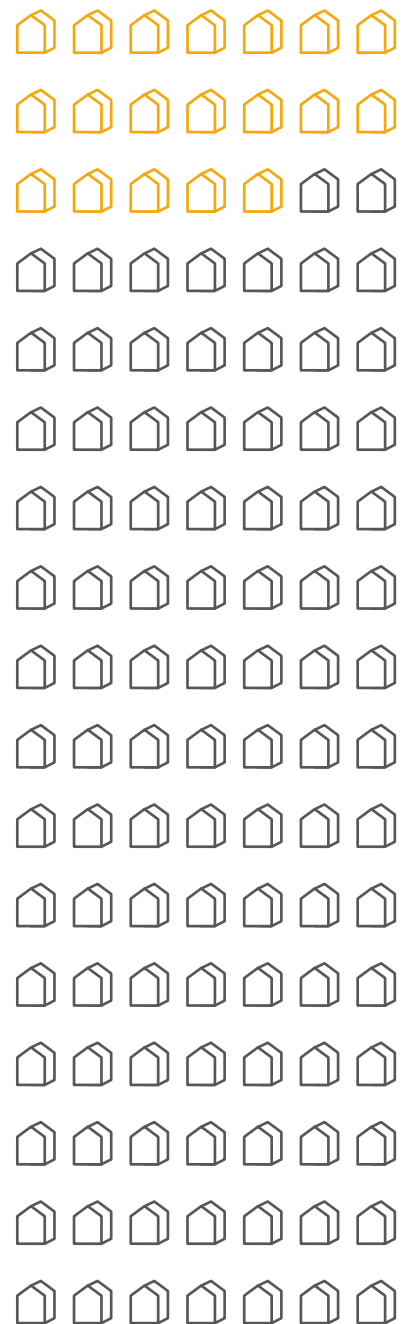
Insgesamt 5,1 Prozent mehr Wohnungsbaugenehmigungen gegenüber 2024, Wohnungen in neuen Wohngebäuden steigen um 7,4 Prozent

Nach vorläufigen Ergebnissen der amtlichen Baugenehmigungsstatistik werden in Bayern im Jahr 2025 insgesamt 54 149 Wohnungsbaugenehmigungen (einschließlich Genehmigungsfreistellungen) erteilt. Nach Auskunft der Fachgruppe im Bayerischen Landesamt für Statistik ist die Zahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen um 2 636 beziehungsweise 5,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum angestiegen.

Mit 26 824 Baufreigaben sollen fast zwei Drittel der in neuen Wohngebäuden geplanten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern entstehen. Im Vorjahresvergleich entspricht das einem Plus von 3,2 Prozent. Die Wohnungsbaugenehmigungen bei Einfamilienhäusern steigen um 19,2 Prozent. Bei den Wohnungen in Wohnheimen wird der stärkste Zuwachs von 568 Baugenehmigungen beziehungsweise 26 Prozent registriert. Zweifamilienhäuser verzeichnen dagegen einen Rückgang um 7 Prozent.

Der Blick auf die Regierungsbezirke zeigt in Schwaben und Oberbayern einen Rückgang der Wohnungsbaugenehmigungen, der sich prozentual noch im einstelligen Bereich bewegt. In den anderen Regierungsbezirken liegt ein Anstieg der Baugenehmigungen vor. Am stärksten ist der Zuwachs in Mittelfranken, dort beträgt das Plus 42 Prozent beziehungsweise 2 380 zusätzliche Genehmigungen. Auf der Kreisebene verzeichnen die kreisfreien Städte im Vergleich zum Vorjahr keine Veränderung. In den Großstädten gehen die Baugenehmigungen um 5,3 Prozent zurück, in den Landkreisen steigen sie um 7,7 Prozent. ■

Mehr Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Baugenehmigungen in Bayern 2025“, detaillierte Ergebnisse für den Berichtsmonat Dezember 2025 beinhaltet der Bericht „Baugenehmigungen in Bayern im Dezember 2025“, Download als PDF unter: www.statistik.bayern.de/statistik/bauen_wohnen/bautaetigkeit/



+19,2%
*Anstieg der
Wohnungsbaugenehmigungen für
Einfamilienhäuser
im Jahr 2025*

12,4 PROZENT DER BAYERISCHEN BEVÖLKERUNG ARMUTSGEFÄHRDET

Besonders Alleinlebende und Alleinerziehende betroffen

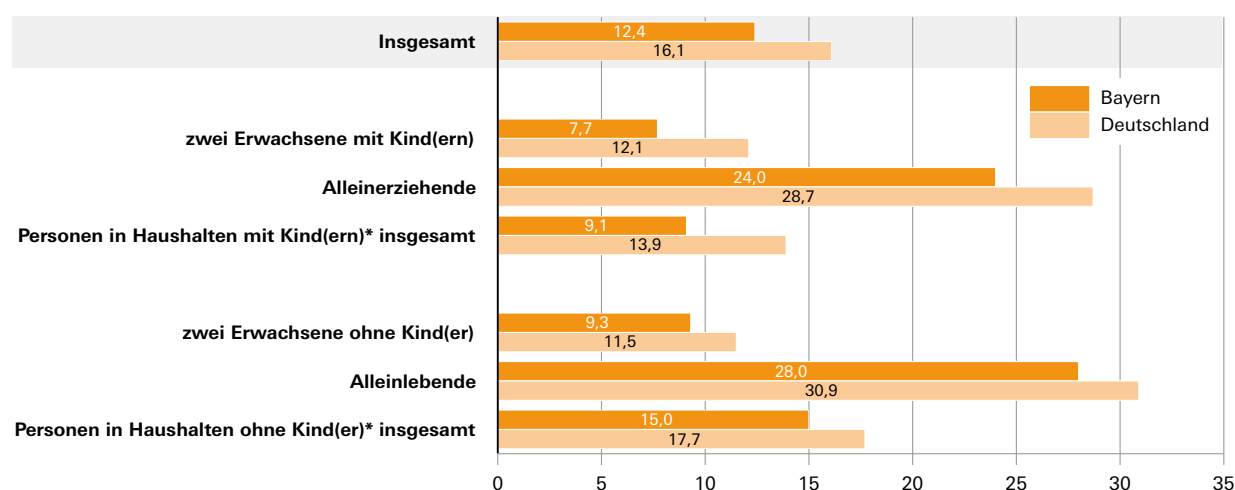
Rund 1,6 Millionen Menschen in Bayern gelten laut der Erstergebnisse der Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen (European Union Statistics on Income and Living Conditions, EU-SILC) aus dem Jahr 2025 als armutsgefährdet. Etwa 12,4 Prozent der bayerischen Bevölkerung haben demnach ein Einkommen unterhalb der sogenannten Armutsgefährdungsschwelle. Damit liegt der Anteil der von Armut bedrohten Personen in Bayern niedriger als in Deutschland insgesamt mit 16,1 Prozent. Im Jahr zuvor betrug die Armutsgefährdungsquote in Bayern 11,8 Prozent und in Deutschland 15,5 Prozent.

Laut Definition der EU sind Personen dann von Armut gefährdet, wenn sie über weniger als 60 Prozent des Median-Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung verfügen. Im Gegensatz zur Berechnung eines einfachen Pro-Kopf-Einkommens berücksichtigt das

Äquivalenzeinkommen Synergieeffekte des gemeinsamen Wirtschaftens bei Mehrpersonenhaushalten. In Angrenzung zu absoluter Armut, liegt der Armutsgefährdungsquote ein relatives Konzept zugrunde, weshalb sie auch Niedrigeinkommensquote genannt wird (siehe Hinweise).

Die Armutsgefährdungsschwellen werden deutschlandweit berechnet und berücksichtigen den Haushaltstyp. So beträgt im Jahr 2025 die Armutsgefährdungsschwelle für Alleinlebende 1 446 Euro pro Monat, für Alleinerziehende mit einem Kind unter 14 Jahren 1 879 Euro pro Monat. Haushalte mit zwei Erwachsenen gelten als von Armut gefährdet, wenn deren Einkommen unter 2 168 Euro pro Monat liegt. Leben zusätzlich zwei unter 14-jährige Kinder mit im Haushalt, beträgt die Schwelle 3 036 Euro (nach Steuern und Sozialabgaben).

Armutsgefährdungsquoten in Bayern und Deutschland 2025 nach Haushaltstyp
in Prozent



* Kinder sind hier als Personen im Alter von unter 18 Jahren sowie Personen im Alter von 18 bis einschließlich 24 Jahren, sofern sie ökonomisch abhängig sind, definiert.

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus (Unterstichprobe MZ-SILC, Erstergebnisse 2025) – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten

Armutsgefährdungsschwellen in Deutschland 2025 nach Haushaltstyp in Euro pro Monat

Haushaltstyp	Armutsgefährdungsschwelle 60% des Median ^{1,2} (Standard)
Alleinlebende	1 446
Alleinerziehende mit einem Kind unter 14 Jahren	1 879
Alleinerziehende mit zwei Kindern unter 14 Jahren	2 313
Zwei Erwachsene	2 168
Zwei Erwachsene mit einem Kind unter 14 Jahren	2 602
Zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren	3 036
Zwei Erwachsene mit drei Kindern unter 14 Jahren	3 470
Drei Erwachsene	2 891
Vier Erwachsene	3 614

1 Einkommens-Referenzjahr ist das Vorjahr der Erhebung.

2 Prozentanteil des Bundesmedians der Äquivalenzeinkommen der Gesamtbevölkerung.

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus (Unterstichprobe MZ-SILC Erstergebnisse 2025) – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten

Alleinerziehende und Alleinlebende besonders von Armut gefährdet

Betrachtet man die Bevölkerung nach Haushaltstyp, weisen zwei Gruppen besonders hohe Armutsgefährdungsquoten auf: Alleinlebende und Alleinerziehende. In Bayern leben insgesamt rund 2,5 Millionen Menschen alleine (19,3 Prozent der Bevölkerung). Davon gelten rund 28,0 Prozent, also rund 712 000 Personen, als armutsgefährdet, verfügen damit also über

ein Einkommen unter 1 446 Euro pro Monat. Die Quote liegt in Bayern rund drei Prozentpunkte niedriger als in Deutschland mit 30,9 Prozent. Mit einer Armutsgefährdungsquote von 24,0 Prozent und 140 000 Personen sind ebenfalls Alleinerziehende und deren Kinder in Bayern deutlich stärker von Armut gefährdet als die Durchschnittsbevölkerung. Deutschlandweit liegt dieser Wert mit 28,7 Prozent sogar fast fünf Prozentpunkte über der bayerischen Armutsgefährdungsquote. ■

Die Ergebnisse stammen aus der Europäischen Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (European Union Statistics on Income and Living Conditions, EU-SILC). EU-SILC ist die amtliche Hauptdatenquelle für die Messung von Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union. In Deutschland ist die Erhebung seit dem Jahr 2020 als Unterstichprobe in den Mikrozensus integriert. Aufgrund der damit verbundenen umfangreichen methodischen Änderungen ist ein Vergleich der Ergebnisse ab 2020 mit den Vorjahren nicht möglich. Der Mikrozensus umfasst ein Kernfrageprogramm und darüber hinaus weitere Erhebungsteile zu spezifischen Themenfeldern, die nur einem Teil der ausgewählten Haushalte gestellt werden.

In der Erhebung EU-SILC ist die Grundlage für die Einkommensmessung in einem Erhebungsjahr das gesamte verfügbare Haushaltsnettoeinkommen (Einkommen nach Steuern und Sozialabgaben) des Vorjahres. Die Fragen zum Einkommen beziehen sich also auf das Vorjahr der Erhebung.

Beim Äquivalenzeinkommen bzw. Nettoäquivalenzeinkommen handelt es sich um ein personen- und bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen, mit dem das Einkommensniveau von Haushaltskonstellationen, die nach der Anzahl und dem Alter der Haushaltsmitglieder variieren, vergleichbar gemacht werden können. Im Gegensatz zur Berechnung eines Pro-Kopf-Einkommens geht die Bedarfsgewichtung von Synergieeffekten des gemeinsamen Wirtschaftens bei Mehrpersonenhaushalten aus.

Das Äquivalenzeinkommen basiert auf der neuen OECD-Skala, nach der die erste Person mit dem Faktor 1, weitere Haushaltsmitglieder ab einem Alter von 14 Jahren mit 0,5 und Kinder unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet werden. Bei einer fünfköpfigen Familie bestehend aus zwei Erwachsenen, einem Kind über und zwei Kindern unter 14 Jahren ergibt sich ein Bedarfsgewicht von $1 + 2 \cdot 0,5 + 2 \cdot 0,3 = 2,6$. Bei einem Haushaltsnettoeinkommen von 3 000 € resultiert daraus folgendes Nettoäquivalenzeinkommen (pro Haushaltsmitglied): $3\,000 / (1 + 2 \cdot 0,5 + 2 \cdot 0,3) = 1\,153,85$ €.

In Abgrenzung zu absoluter Armut, einer Mangelsituation, in der die physische Existenz des Menschen bedroht ist, liegt der Armutsgefährdungsquote gemäß EU-Konvention (Ratsbeschluss vom 19. Dezember 1984) ein relatives Armutskonzept zugrunde. Die Armutsgefährdungsquote lässt also keinen Rückschluss auf die individuelle Hilfebedürftigkeit zu. Siehe auch Kapitel 2.4 des bayerischen Sozialberichts: www.statistik.bayern.de/mam/statistik/bildung_soziales/sozialbericht/2.4_niedrigeinkommen.pdf

MINDESTLOHN- ERHÖHUNG AUF 13,90 EURO ZUM JANUAR 2026 BETRIFFT BIS ZU 688 000 JOBS IM FREISTAAT

*Steigerung der Verdiensts-
umme um geschätzt
rund sechs Prozent*



Nach einer Schätzung auf Basis der Verdiensterhebung für den Monatsbericht April 2025 sind bis zu 688 000 Jobs im Freistaat von der Erhöhung des Mindestlohns zum 1. Januar 2026 betroffen. Demnach liegen zehn Prozent der insgesamt rund 6,9 Millionen mindestlohnberechtigten Beschäftigungsverhältnisse in Bayern im April 2025 rechnerisch unter dem Mindestlohn von 13,90 Euro brutto pro Stunde. Eine Vergütung dieser Jobs mit dem neuen Mindestlohn ergibt für die betroffenen Beschäftigungsverhältnisse eine geschätzte Steigerung der Verdienstsumme um bis zu sechs Prozent bzw. 36 Millionen Euro. Im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt mit rund zwölf Prozent ist der von der Mindestloohnerhöhung betroffene Personenkreis in Bayern um zwei Prozentpunkte geringer.

Frauen profitieren häufiger als Männer von der Erhöhung

Überdurchschnittlich häufig von der Erhöhung des Mindestlohns auf 13,90 Euro brutto pro Stunde profitieren Frauen mit rund zwölf Prozent. Für Männer liegt die geschätzte Betroffenheit von der Anhebung der gesetzlichen Lohnuntergrenze bei gut acht Prozent. Unter den Beschäftigungsarten profitieren geringfügig entlohnte Beschäftigte besonders stark. Für

diese liegt der Anteil der betroffenen Jobs bei rund 39 Prozent. Im Dienstleistungsbereich sind Beschäftigungsverhältnisse mit rund zwölf Prozent deutlich stärker von der Mindestloohnerhöhung betroffen als im Produzierenden Gewerbe mit gut fünf Prozent.

Nächste Mindestloohnerhöhung auf 14,60 Euro betrifft maximal 1,0 Millionen Jobs

Zum 1. Januar 2027 soll eine weitere Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 14,60 Euro brutto pro Stunde erfolgen. Von der nächsten Mindestloohnerhöhung werden im Freistaat geschätzt maximal 1,0 Millionen Jobs betroffen sein. Dies entspricht rund 15 Prozent aller mindestlohnberechtigten Beschäftigungsverhältnisse. Werden diese Jobs ab 1. Januar 2027 mit dem dann geltenden Mindestlohn in Höhe von 14,60 Euro entlohnt, ergibt sich eine weitere Steigerung der geschätzten Verdienstsumme um maximal gut vier Prozent bzw. rund 42 Millionen Euro im Vergleich zum Zeitpunkt der ersten Erhöhungsstufe ab 1. Januar 2026.

Nach der Schätzung liegt die Betroffenheit von der Erhöhung des Mindestlohns auf 14,60 Euro für Frauen bei rund 18 Prozent und für Männer bei gut zwölf Prozent. ■

Diese Zahlen sind Ergebnisse der bundesweit durchgeführten Verdiensterhebung für den Monatsbericht April 2025.

Die Verdiensterhebung ist als Stichprobenerhebung konzipiert. Sie umfasst in Bayern gut 6 400 Betriebe aus allen Branchen der Land- und Forstwirtschaft, der Fischerei sowie des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs. Erhoben werden Angaben zu Verdiensten und Arbeitszeiten der abhängig Beschäftigten.

Beschäftigungsverhältnisse

Die Verdiensterhebung erfasst keine Personen, sondern ausschließlich abhängige Beschäftigungsverhältnisse, d. h. Haupt- sowie Nebenjobs bzw. Arbeitsverträge.

Mindestlohn

Aufgrund der Ausnahmeregelungen beim Mindestlohn wurden Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Minderjährige bei den Auswertungen zum Mindestlohn ausgeschlossen. Somit sind diese Jobs keine mindestlohnberechtigten Beschäftigungsverhältnisse.

Bei den Angaben handelt es sich um eine Schätzung auf Basis der Verdiensterhebung für den Monatsbericht April 2025. Dabei wurde angenommen, dass alle Beschäftigten mindestens den zuletzt gültigen Mindestlohn erhalten.

Lohnentwicklungen wurden nicht berücksichtigt. Bei gleichbleibender Beschäftigtenzahl und -struktur sind die Ergebnisse daher überschätzt und somit als Obergrenze zu verstehen.

Bei der Berechnung des Bruttostundenverdienstes wurden Sonderzahlungen, Überstundenvergütung und Zuschläge sowie die bezahlten Überstunden nicht berücksichtigt.

STATISTIK KOMMUNAL FÜR BAYERN

Die Ergebnisse in „Statistik kommunal“ stammen direkt aus der GENESIS-Online-Datenbank des Landesamts.

Jährlich werden für den gesamten Freistaat, jeden der 7 Regierungsbezirke und 71 Landkreise sowie jede der 25 kreisfreien Städte und 2031 kreisangehörigen Gemeinden fundierte Regionalprofile erstellt – bestehend aus einer Vielzahl von spezifischen Daten in 33 Tabellen und 21 Graphiken. Zusätzlich lassen Zeitreihen über mehrere Jahre bzw. Jahrzehnte Entwicklungen erkennen.

Kostenloser Download unter:

https://s.bayern.de/statistik_kommunal



Bayerisches Landesamt für
Statistik



DIE REPRÄSENTATIVE WAHLSTATISTIK BEI DER WAHL ZUM 21. DEUTSCHEN BUNDESTAG 2025

Daniel Dorn

Zur Analyse des Wahlverhaltens wird zu jeder Europa-, Bundestags- sowie Landtagswahl in Bayern eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt. Sie gibt – über das amtliche Wahlergebnis hinaus – Informationen, in welchem Umfang sich die Wahlberechtigten nach Geschlecht und Geburtsjahresgruppen an der Wahl beteiligt und wie die Wählerinnen und Wähler abgestimmt haben. Zudem gibt sie Auskunft, auf welche Weise Stimmen ungültig abgegeben wurden. Eine Verletzung des Wahlgeheimnisses ist aufgrund der spezifischen Methodik ausgeschlossen.

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die Vorbereitung und Durchführung dieser Statistik und insbesondere über deren Ergebnisse zur Bundestagswahl 2025.



Was und wie wird erhoben?

Bei der Wahl zum 21. Deutschen Bundestag am 23. Februar 2025 wurden bundesweit 95 111 Wahlbezirke und Briefwahlvorstände eingerichtet, darunter wurde in 2 689 Wahlbezirken (1 790 allgemeine und 899 Briefwahlbezirke bzw. -vorstände) die repräsentative Wahlstatistik durchgeführt. Den Auftrag hierzu enthält § 1 des Gesetzes über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG). Die Auswahl der Stichprobenwahlbezirke erfolgte durch die Bundeswahlleiterin im Einvernehmen mit dem Landeswahlleiter und dem Statistischen Landesamt.

Von den im Freistaat eingerichteten 18 087 Wahlbezirken und Briefwahlvorständen wurden 439 in die Stichprobe einbezogen (2,4 Prozent der Grundgesamtheit). Diese umfasste insgesamt 227 869 Wählerinnen und Wähler. Aufgrund der Stichprobengröße und der von der Bundeswahlleiterin erfolgten Ziehung nach dem Zufallsprinzip auf Basis mathematischer Grundsätze ist sichergestellt, dass die ausgewählten Bezirke für die Gesamtheit des Wahlgebiets repräsentative und präzise Ergebnisse liefern.

Die Wahlbeteiligung wird durch Auszählung der Wählerverzeichnisse ermittelt. Hierzu wird festgestellt, wie viele Wahlberechtigte es im jeweiligen Wahlbezirk gab und wie viele von ihnen sich an der Wahl beteiligt haben (Stimmabgabevermerk) oder einen Wahlscheinvermerk (insbesondere zwecks Briefwahl) hatten. Je Geschlecht bestehen zehn Geburtsjahresgruppen.

Daniel Dorn



Nach seiner kaufmännischen Ausbildung war Daniel Dorn in verschiedenen Verwaltungs- und Vertriebsbereichen sowie in leitender Position in der mittelständischen Industrie tätig. Nach dem Wechsel zum Landesamt für Statistik

2018 war er zuerst im Bereich der Verbraucherpreise beschäftigt, ehe im Jahr 2021 der Wechsel zum Sachgebiet Wahlen folgte. Dort ist er hauptverantwortlich für die repräsentative Wahlstatistik.

Bild: privat

Die Untersuchung der Stimmabgabe erfolgt mittels der amtlichen Stimmzettel, die im oberen Bereich zusätzlich mit einem Unterscheidungsaufdruck nach Geschlecht und Geburtsjahresgruppe versehen sind. So können Daten über die Abgabe der Erst- und Zweitstimmen der einzelnen Bevölkerungsgruppen ermittelt werden. Je Geschlecht bestehen hier sechs Geburtsjahresgruppen, denen zur Vereinfachung jeweils ein Großbuchstabe zugeordnet wird. Da die Altersgruppe der Erstwähler immer im besonderen öffentlichen Interesse steht, werden für diese die minimal mögliche Anzahl an Geburtsjahresgängen zusammengefasst (siehe Tabelle 1).

Damit sind die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik genauer als Wählernachbefragungen der Wahlforschungsinstitute (sog. exit polls), zumal der Stichprobenumfang hier deutlich höher ist.

Wie und durch wen werden die Daten bereitgestellt und ausgewertet?

Die Daten für die repräsentative Wahlstatistik werden von den Gemeinden (Wählerverzeichnisse) und den Statistischen Landesämtern (Stimmzettel) ausgezählt. Die aus den Ländern gewonnenen Daten werden vom Statistischen Bundesamt hochgerechnet und als Bun-

des- und Länderergebnisse veröffentlicht. Das Bayerische Landesamt für Statistik veröffentlicht die Ergebnisse fachlich differenziert und traditionell ohne Hochrechnung, um auch die Vergleichbarkeit zu den ebenfalls nicht hochgerechneten Ergebnissen vorangegangener Wahlen zu gewährleisten (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 1 Geburtsjahresgruppen

Wahlbeteiligung		Stimmabgabe	
Geburtsjahr	entspricht Alter in Jahren, etwa	Geburtsjahr	entspricht Alter in Jahren, etwa
2005 – 2007	unter 21	2001 – 2007	unter 25
2001 – 2004	21 – 24	1991 – 2000	25 – 34
1996 – 2000	25 – 29	1981 – 1990	35 – 44
1991 – 1995	30 – 34	1966 – 1980	45 – 59
1986 – 1990	35 – 39	1956 – 1965	60 – 69
1981 – 1985	40 – 44	1955 und früher	70 und älter
1976 – 1980	45 – 49		
1966 – 1975	50 – 59		
1956 – 1965	60 – 69		
1955 und früher	70 und älter		

Tabelle 2 Vergleich der Repräsentation mit dem Gesamtergebnis

Bezeichnung	Urnen- und Briefwahl		
	Repräsentation 439 Wahlbezirke	Bayern 18 087 Wahlbezirke	Abweichung Repräsentation zum Gesamtergebnis
	in %		Prozentpunkte
Wahlbeteiligung*	85,6	84,3	1,3
Erststimmen für			
CSU	40,9	41,2	- 0,2
AfD	17,1	17,4	- 0,3
SPD	12,8	12,8	0,0
GRÜNE	13,1	12,2	0,9
Die Linke	4,5	4,6	- 0,1
FDP	3,3	3,1	0,2
Ungültige Erststimmen	0,6	0,6	- 0,0
Zweitstimmen für			
CSU	37,0	37,2	- 0,2
AfD	18,5	19,0	- 0,5
SPD	11,6	11,5	0,0
GRÜNE	12,9	12,0	0,9
Die Linke	5,8	5,7	0,1
FDP	4,4	4,2	0,2
Ungültige Zweitstimmen	0,3	0,3	- 0,0

* Wahlberechtigte mit Wahlscheinvermerk wurden zu den Wählern gerechnet.

Gesetzliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen für die repräsentative Wahlstatistik sind im Wahlstatistikgesetz (WStatG) geregelt. Oberster Grundsatz ist die Wahrung des Wahlgeheimnisses, dies wird durch folgende Regelungen gewährleistet:

- Ein ausgewählter Wahlbezirk muss mindestens 400 Wahlberechtigte, ein ausgewählter Briefwahlbezirk mindestens 400 Wähler umfassen (§ 3 Satz 3).
- Erhebungsmerkmale für die Wahlbeteiligung sind Wahlberechtigte, Wahlscheinvermerk, Beteiligung an der Wahl, Geburtsjahresgruppe und Geschlecht. Hierfür werden höchstens zehn Geburtsjahresgruppen mit mindestens drei Geburtsjahrgängen gebildet (§ 4 Satz 1 und 2).
- Erhebungsmerkmale für die Stimmabgabe sind abgegebene Stimme, Ungültigkeitsgrund, Geburtsjahresgruppe und Geschlecht. Hierfür werden höchstens sechs Geburtsjahresgruppen mit mindestens sieben Geburtsjahrgängen gebildet (§ 4 Satz 3 und 4).
- Um zu verhindern, dass Wählerverzeichnisse und Stimmzettel zusammengeführt werden, werden die Auszählungen zur Wahlbeteiligung und Stimmabgabe strikt getrennt durchgeführt (§ 5).
- Ergebnisse für einzelne Wahlbezirke und einzelne Briefwahlbezirke dürfen nicht bekannt gegeben werden (§ 8 Satz 2).
- Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik dürfen nicht für einzelne Wahlbezirke veröffentlicht werden.

Eine Veröffentlichung auf tieferer regionaler Ebene ist aus Gründen der Geheimhaltung nicht zulässig.

Nachfolgend skizziert wird der bei allen drei Wahlar-ten weitgehend identische Prozess der Erhebungsvorbereitung und -durchführung. So werden unmittelbar nach dem Wahltag die Meldungen zur Wahlbeteiligung (siehe Abbildung 1) über das Meldeverfahren „IDEV“ (Internet-Datenerhebung im Verbund) von den Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften mit einem oder mehreren repräsentativen (Brief-)Wahlbezirken angefordert. Die übermittelten Ergebnisse werden hier durch hinterlegte Prüfmechanismen auf Richtigkeit und Vollständigkeit geprüft.

Nach der Übermittlung werden diese Meldungen zunächst in die – durch die hausinterne IT entwickelte und bereitgestellte – Fachanwendung importiert. Auch hier finden erneut automatisierte Plausibilitätsprüfungen statt.

Um die Stimmabgabe auswerten zu können, werden im Rahmen der Ablieferung der Unterlagen zur Prüfung der Wahlniederschriften zur Ermittlung des endgültigen Wahlergebnisses beim Landeswahlleiter („Niederschriftsprüfung“) die betroffenen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften zudem aufgefordert, die Stimmzettel aus den betroffenen Auswahlbezirken in separaten Paketen zu überbringen.

Mit Hilfe zahlreicher Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Bereichen des Hauses werden diese entpackt und für die Erfassung durch den hauseigenen Belegleser vorsortiert und bereitgelegt.

Im Vorfeld des Scannens der Stimmzettel mit dem leistungsstarken Belegleser wird dieser auf Basis von angeforderten Musterstimmzetteln kalibriert. Hierfür werden durch die hausinterne IT Schablonen für die Texterkennung erstellt, welche die Identifizierung der von den Wählern gesetzten Markierungen auf dem Stimmzettel (insbesondere Kreuze an der Stelle der Kreise für die einzelnen Wahlvorschläge) ermöglicht.

Abbildung 1

Wahl zum 21. Deutschen Bundestag (2025)

Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Geburtsjahresgruppen

Geburtsjahresgruppe	Wahlberechtigte			Wähler/-innen mit Stimmvermerk	Nichtwähler/ -innen¹
	insgesamt	ohne	mit		
		Wahlscheinvermerk			
männlich, divers oder ohne Angabe im Geburtenregister					
2005 – 2007					
2001 – 2004					
1996 – 2000					
1991 – 1995					
1986 – 1990					
1981 – 1985					
1976 – 1980					
1966 – 1975					
1956 – 1965					
1955 und früher					
Zusammen					
weiblich					
2005 – 2007					
2001 – 2004					
1996 – 2000					
1991 – 1995					
1986 – 1990					
1981 – 1985					
1976 – 1980					
1966 – 1975					
1956 – 1965					
1955 und früher					
Zusammen					
zusammen					
2005 – 2007					
2001 – 2004					
1996 – 2000					
1991 – 1995					
1986 – 1990					
1981 – 1985					
1976 – 1980					
1966 – 1975					
1956 – 1965					
1955 und früher					
Insgesamt					

¹ Wahlberechtigte ohne Stimm- und Wahlscheinvermerk.

Stimmzettel, die nicht für die Verarbeitung auf dem Belegleser geeignet sind (insbesondere aufgrund von Schäden wie z. B. Risse), werden manuell in der Fachanwendung erfasst. Die gescannten Stimmzettel, welche die vordefinierten Schwellenwerte der Erkennungssoftware überschreiten, werden im Rahmen einer manuellen Nachprüfung durch die Sachbearbeitung nochmals gesichtet und die

entsprechenden Merkmalsausprägungen festgelegt („Completion“).

Nach der Erfassung werden die Stimmzettel wieder versandbereit verpackt und gelagert, da diese nach Abschluss der Arbeiten über die Kreiswahlleitungen an die Gemeinden zur weiteren Aufbewahrung zurückgeliefert werden.



alex.ph / stock.adobe.com

Auch die aus der Beleglesung gewonnenen Daten werden anschließend in die Fachanwendung importiert, hier mit den Daten der Wahlbeteiligung abgeglichen und auf Plausibilität geprüft. Dabei wird auf Unstimmigkeiten innerhalb der einzelnen Merkmalsgruppen zwischen den Daten der – von den Gemeinden gemeldeten – Wahlbeteiligung und den gewonnenen Daten aus der Erfassung der Stimmzettel geachtet. Sofern Abweichungen auftreten, werden diese nochmals unter zu Hilfenahme der Meldung der Wahlbeteiligung sowie der Stimmzettel überprüft. Sollte hierbei keine Übereinstimmung der Daten erzielt werden können, erfolgen Rückfragen bei den betreffenden Gemeinden. Als weiteres Hilfsmittel werden die Daten der Wahlbezirkstatistik, welche das amtliche Wahlergebnis widerspiegelt, herangezogen, wodurch es möglich ist, Plausibilisierungsfehler auszuschließen. Die finalen Ergebnisse werden dem Statistischen Bundesamt zur Ermittlung des Bundesergebnisses weitergeleitet.

Beim Bayerischen Landesamt für Statistik werden die Daten daraufhin für den statistischen Bericht aufbereitet und veröffentlicht.

Ergebnisse

Höchste Wahlbeteiligung bei den 60- bis unter 70-Jährigen

Die 60- bis unter 70-Jährigen gaben mit insgesamt 88,2 Prozent am häufigsten ihre Stimmen ab (Frauen: 88,3 Prozent; Männer: 88,1 Prozent)¹. Bei der jüngsten Altersgruppe der 18- bis unter 21-Jährigen, die insbesondere die Erstwählerinnen und Erstwähler umfasst, lag die Wahlbeteiligung mit 81,1 Prozent am niedrigsten (siehe Abbildung 2).

Stimmabgabe im Wahllokal bei der Gruppe der Erstwählerinnen und Erstwähler besonders beliebt

Die Gruppe der Erstwählerinnen und Erstwähler (18- bis unter 21-Jährige) bevorzugte ganz überwiegend die klassische Urnenwahl im Wahllokal. So verzichteten 64,0 Prozent dieser Altersgruppe auf die Beantragung eines Wahlscheins, welcher für die Briefwahl erforderlich ist. Auch die Altersgruppen der 40- bis unter 45-Jährigen (57,2 Prozent) sowie der 45- bis unter 50-Jährigen (58,8 Prozent) lagen deutlich über dem Durchschnitt aller Altersklassen von 53,3 Prozent.

Unter geschlechterspezifischer Betrachtung lag der Anteil der Wahlberechtigten, welche einen Wahlschein zwecks Briefwahl beantragt haben, bei den Frauen (49,1 Prozent) höher als bei den Männern (44,2 Prozent) (siehe Tabelle 3)².

Parteipräferenzen variieren stark nach Geschlecht und Alter

Auch parteispezifisch ergaben sich zum Teil deutliche Unterschiede bei der Art der Stimmabgabe. Während 32,8 Prozent der gültigen Zweitstimmen für die CSU bei der Urnenwahl abgegeben wurden, lag dieser Anteil bei der Briefwahl mit 40,2 Prozent deutlich höher (+7,4 Prozentpunkte). Die AfD kam bei der Urnenwahl auf einen Stimmenanteil von 24,8 Prozent, wohingegen sie bei der Briefwahl einen Anteil von 13,7 Prozent der abgegebenen Stimmen verzeichnen konnte (–11,1 Prozentpunkte) (siehe Tabelle 4).

¹ Wahlberechtigte mit Wahlscheinvermerk wurden zu den Wählern gerechnet.

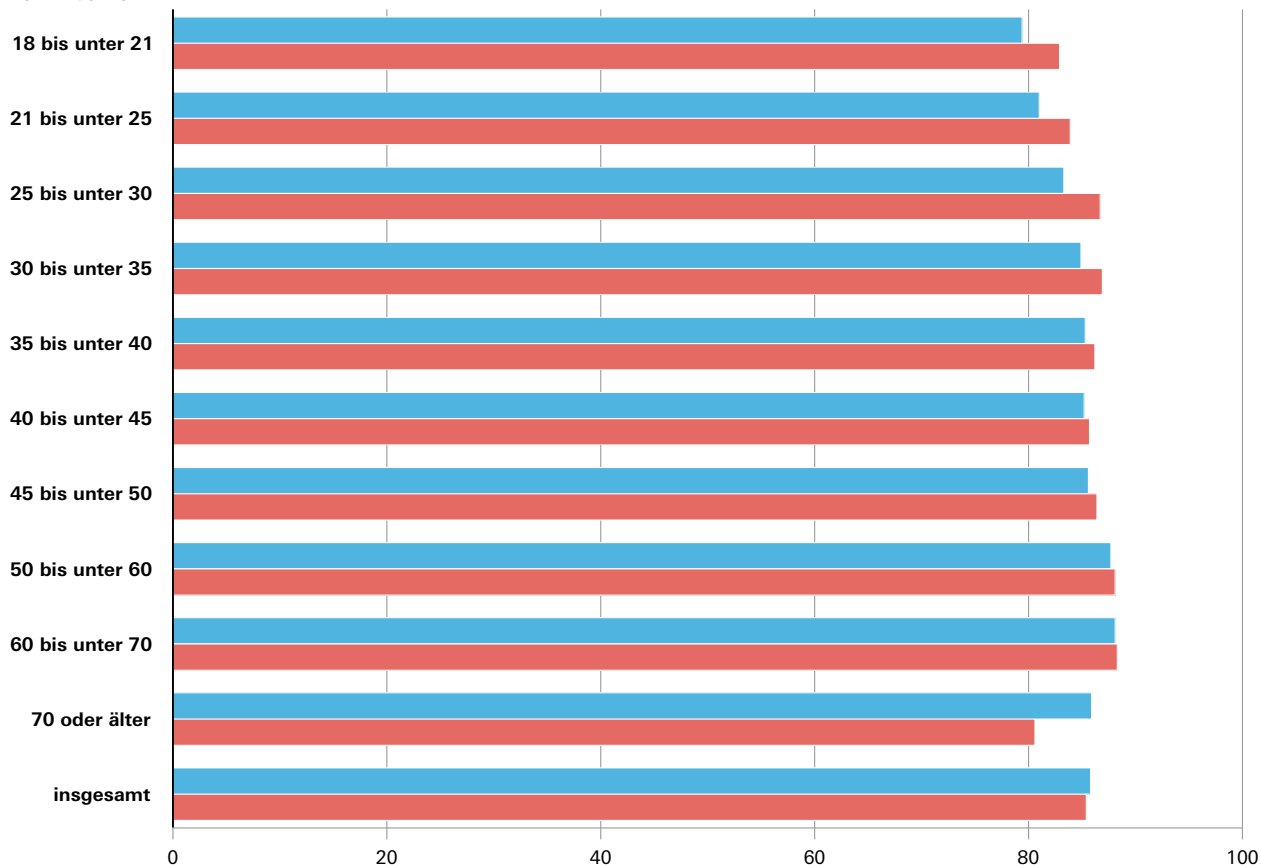
² Die Ergebnisse beziehen sich auf Urnenwahlbezirke; Erkenntnisse zum Anteil der Briefwähler sind i. V. m. der allgemeinen Wahlstatistik möglich.

Abbildung 2

Wahlbeteiligung* Geschlechter nach Altersgruppen in Prozent

Von 100 Wählern, die mit ihrer Zweitstimme vorstehende Partei oder ungültig wählten, wählten mit ihrer Erststimme

Altersgruppe
von ... Jahren



* Wahlbeteiligung in den Auswahlbezirken insgesamt 85,6 Prozent.

■ männlich ■ weiblich

Tabelle 3 Wahlberechtigte ohne und mit Wahlschein nach Altersgruppen in Prozent

Altersgruppe in Jahren	Männlich				Weiblich				Zusammen			
	ohne		mit		ohne		mit		ohne		mit	
	Wahlschein											
	2025	2021	2025	2021	2025	2021	2025	2021	2025	2021	2025	2021
18 bis unter 21	67,3	59,8	32,7	40,2	60,4	51,5	39,6	48,5	64,0	55,8	36,0	44,2
21 bis unter 25	59,8	54,1	40,2	45,9	50,5	43,9	49,5	56,1	55,3	49,1	44,7	50,9
25 bis unter 30	54,4	50,6	45,6	49,4	44,4	41,8	55,6	58,2	49,5	46,3	50,5	53,7
30 bis unter 35	52,9	49,9	47,1	50,1	45,7	44,8	54,3	55,2	49,4	47,4	50,6	52,6
35 bis unter 40	55,2	52,2	44,8	47,8	50,9	47,8	49,1	52,2	53,1	50,0	46,9	50,0
40 bis unter 45	58,8	54,2	41,2	45,8	55,5	50,2	44,5	49,8	57,2	52,2	42,8	47,8
45 bis unter 50	60,7	54,0	39,3	46,0	56,8	49,0	43,2	51,0	58,8	51,5	41,2	48,5
50 bis unter 60	57,3	49,7	42,7	50,3	51,6	43,0	48,4	57,0	54,4	46,3	45,6	53,7
60 bis unter 70	55,7	46,8	44,3	53,2	50,7	42,7	49,3	57,3	53,2	44,7	46,8	55,3
70 oder älter	51,2	43,9	48,8	56,1	49,9	44,6	50,1	55,4	50,5	44,3	49,5	55,7
Insgesamt	55,8	49,7	44,2	50,3	50,9	44,9	49,1	55,1	53,3	47,2	46,7	52,8

Tabelle 4 Stimmabgabe bei der Urnen- und Briefwahl in Prozent

Altersgruppe in Jahren	Von 100 gültigen Zweitstimmen entfielen auf					
	CSU	AfD	SPD	GRÜNE	Die Linke	FDP
bei der Urnenwahl						
18 bis unter 25	14,4	22,0	9,4	11,3	25,5	5,4
25 bis unter 35	18,3	26,7	9,1	13,5	14,5	5,0
35 bis unter 45	26,3	31,3	8,7	13,0	6,3	4,0
45 bis unter 60	32,1	29,4	9,6	12,0	4,2	3,9
60 bis unter 70	37,9	24,4	12,9	10,4	3,1	4,1
70 oder älter	51,1	13,3	16,7	6,6	2,2	4,6
Zusammen	32,8	24,8	11,4	11,0	6,8	4,3
bei der Briefwahl						
18 bis unter 25	22,2	13,8	10,3	16,9	18,2	5,9
25 bis unter 35	24,1	15,2	9,4	21,2	10,8	5,8
35 bis unter 45	33,5	17,2	9,1	18,7	5,2	4,2
45 bis unter 60	41,5	17,3	9,7	13,7	2,9	4,0
60 bis unter 70	46,0	13,0	13,2	12,1	2,3	3,6
70 oder älter	56,4	6,6	16,8	7,6	1,5	4,2
Zusammen	40,2	13,7	11,7	14,3	5,1	4,4
Differenz: Briefwahl minus Urnenwahl in Prozentpunkten						
18 bis unter 25	+ 7,8	-8,3	+ 0,8	+ 5,6	-7,3	+ 0,6
25 bis unter 35	+ 5,8	-11,6	+ 0,3	+ 7,7	-3,7	+ 0,8
35 bis unter 45	+ 7,3	-14,0	+ 0,4	+ 5,7	-1,2	+ 0,2
45 bis unter 60	+ 9,3	-12,1	+ 0,1	+ 1,7	-1,2	+ 0,1
60 bis unter 70	+ 8,1	-11,5	+ 0,3	+ 1,7	-0,9	-0,5
70 oder älter	+ 5,3	-6,7	+ 0,1	+ 1,0	-0,7	-0,4
Insgesamt	+ 7,4	-11,1	+ 0,4	+ 3,3	-1,7	+ 0,1

Bei den älteren Altersgruppen konnte die CSU deutlich höhere Zweitstimmenanteile erzielen als bei den jüngeren. So lag der Stimmenanteil bei den 45- bis unter 60-jährigen Wählern mit 37,0 Prozent doppelt so hoch wie bei den 18- bis unter 25-Jährigen (18,5 Prozent). Von den 60- bis unter 70-Jährigen gaben 42,3 Prozent der Wählerinnen und Wähler ihre Zweitstimme der CSU und mehr als jeder Zweite der über 69-Jährigen (54,2 Prozent). Die CSU war damit insgesamt bei der Wählerschaft ab 35 Jahren stärkste Kraft.

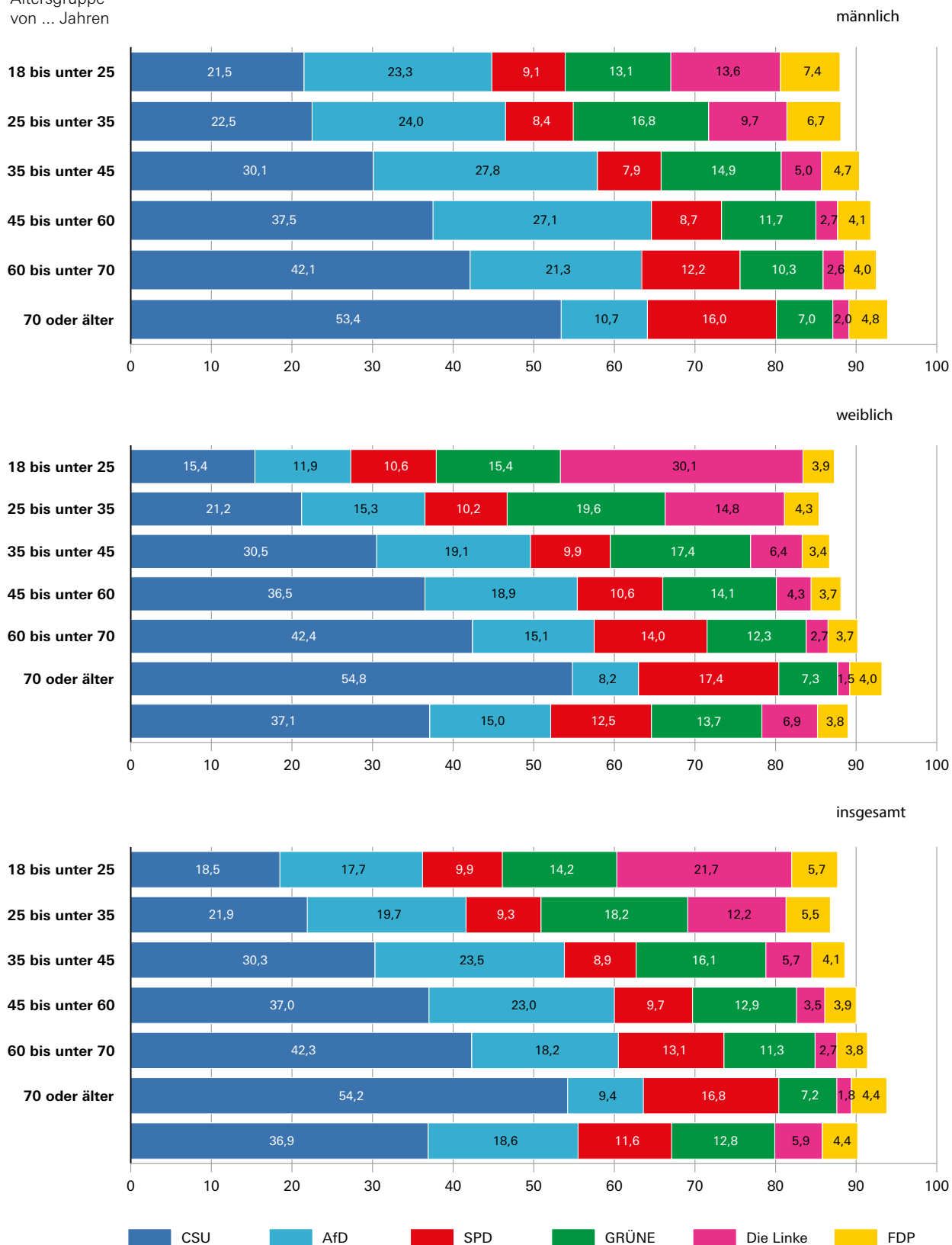
Die SPD erhielt ihren stärksten Zuspruch von den Personen im Alter von 70 Jahren oder älter (16,8 Prozent), gefolgt von denjenigen im Alter von 60 bis unter 70 Jahren (13,1 Prozent). Demgegenüber konnte sie bei den jüngeren Altersgruppen jeweils knapp unter zehn Prozent der Zweitstimmen erzielen (darunter: 9,9 Prozent bei den 18- bis unter 25-Jährigen).

Bei der Stimmabgabe nach Geschlecht zeigten sich deutliche Unterschiede in Bezug auf die AfD sowie Die Linke. Die höchsten Zweitstimmenanteile konnte die AfD bei den 35- bis unter 45-Jährigen erreichen, wobei der Zuspruch bei den Männern (27,8 Prozent) höher ausfiel als bei den Frauen (19,1 Prozent). Auch bei den 45- bis unter 60-Jährigen lagen die Stimmanteile der Männer für die AfD (27,1 Prozent) deutlich über denjenigen der Frauen (18,9 Prozent).

Die Linke erzielte den höchsten auf sie entfallenden Stimmenanteil, und zwar 21,7 Prozent der Zweitstimmen, bei den Jüngsten, den 18- bis unter 25-Jährigen. In dieser Altersgruppe zeigten sich auch die größten Unterschiede nach dem Geschlecht. Rund drei von zehn 18- bis unter 25-jährigen Frauen gaben ihre Zweitstimme der Partei Die Linke (30,1 Prozent). Demgegenüber haben nur 13,6 Prozent der gleichaltrigen jungen Männer Die Linke gewählt (siehe Abbildung 3).

Abbildung 3
Stimmabgabe der Geschlechter nach Altersgruppen in Prozent

Altersgruppe
 von ... Jahren





bzoo.n / stock.adobe.com

Stimmensplitting

Indem zur Bundestagswahl die Erst- als auch Zweitstimme auf einem (gemeinsamen) Stimmzettel kenntlich gemacht werden, lassen sich auch Aussagen über deren Kombination treffen.

Bei der CSU war die Stimmenbindung am höchsten. Mehr als neun von zehn Wählerinnen und Wähler (jeweils 91,5 Prozent) haben dabei auch einen Erststimmkandidaten der CSU gewählt, wenn sie ihre Zweitstimme dieser Partei gaben. Von den Wählerinnen und Wählern, die mit ihrer Zweitstimme für die AfD, die GRÜNEN oder die SPD stimmten, gaben jeweils mehr als drei Viertel auch ihre Erststimme der jeweiligen Partei.

Demgegenüber gaben von den Zweitstimmenwählerinnen und -wählern für Die Linke rund 54,3 Prozent ihre Erststimme für Die Linke, 21,4 Prozent für GRÜNE, 14,6 Prozent für die SPD und 9,5 Prozent für den Kandidaten einer anderen Partei.

Von den FDP-Wählerinnen und -Wählern (via Zweitstimme) setzte jeder zweite (49,9 Prozent) sein Kreuz zugunsten eines Wahlkreisbewerbers der FDP, aber 36,9 Prozent bei einem Kandidaten der CSU (siehe Abbildung 4).

Zeitreihen

Durch die im statistischen Bericht aufgeführten Zeitreihen-Tabellen können auch weitreichende Schlüsse auf das sich verändernde Wahlverhalten der einzelnen Altersgruppen gezogen werden. So ist es ersichtlich, dass sich der Anteil der Zweitstimmen der SPD, über alle Altersgruppen hinweg, in den letzten zwei Jahrzehnten mehr als halbiert hat. Demgegenüber sind die Zweitstimmenanteile der GRÜNEN um mehr als die Hälfte angestiegen.

Erkennbar ist auch, dass, bezogen auf die Zweitstimme der Wählerschaft der CSU, der Anteil an Wählern in der Altersgruppe der jüngsten um gut zwei Drittel gesunken ist, sich hingegen der Anteil in der Altersgruppe der über 60-Jährigen fast verdoppelt hat.

Abbildung 4

Kombination der Erst- und Zweitstimme durch den Wähler im Jahr 2025

Von 100 Wählern, die mit ihrer Zweitstimme vorstehende Partei oder ungültig wählten, wählten mit ihrer Erststimme

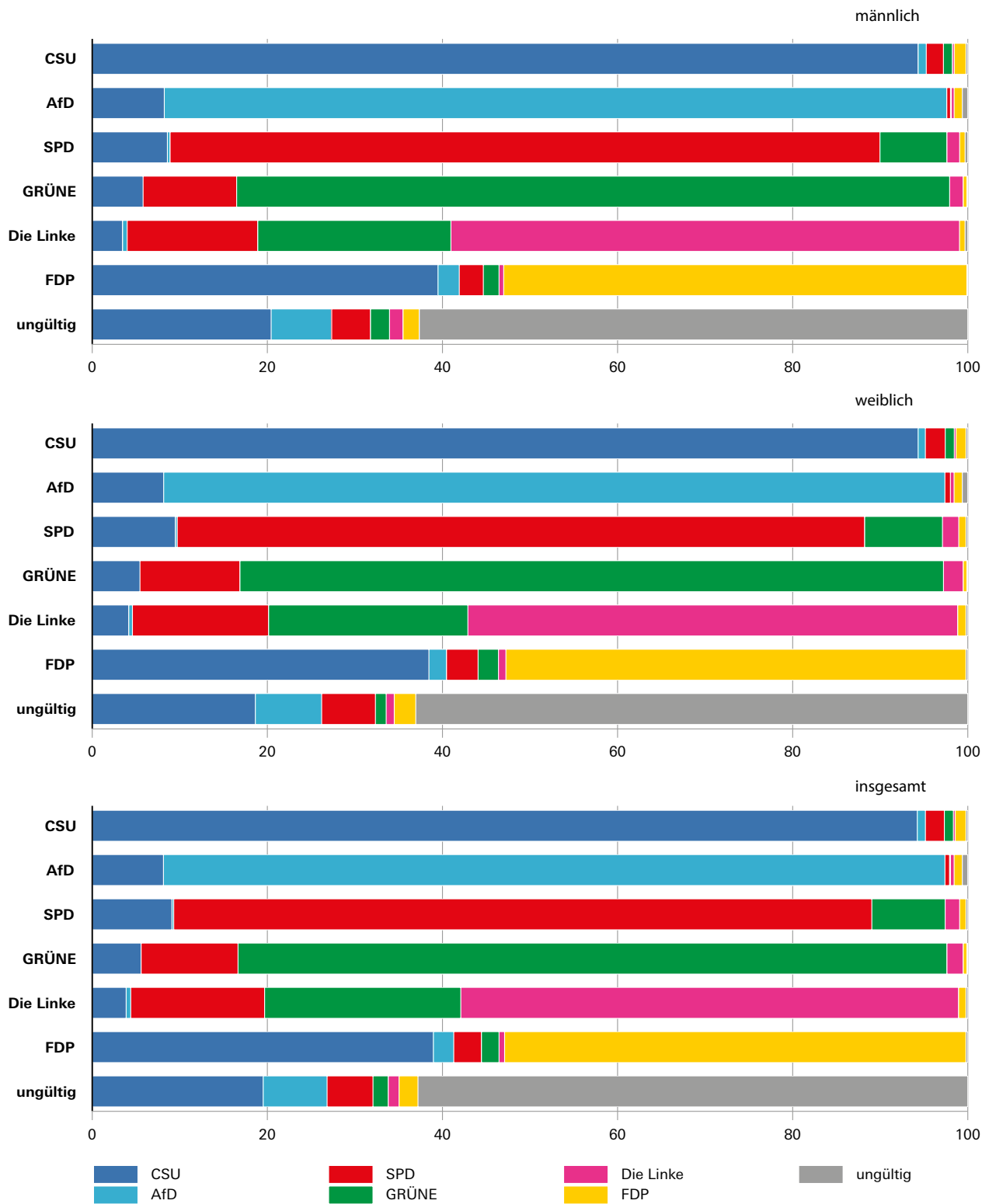


Tabelle 5 Ungültige Erst- und Zweitstimmen der Geschlechter nach Altersgruppen in Prozent

Bezeichnung	Wahljahr	Von 100 ungültigen Erst-/Zweitstimmen wurden abgegeben von Wählern der Altersgruppe in Jahren					
		18	25	35	45	60	70 oder älter
		bis unter					
		25	35	45	60	70	
Ungültige Erststimmen							
Männlich	2025	3,7	8,6	12,3	18,2	24,1	33,2
	2021	4,9	9,3	12,3	23,9	18,8	30,8
Weiblich	2025	4,1	10,1	10,7	20,9	21,2	33,0
	2021	5,7	6,4	10,4	25,3	17,6	34,6
Zusammen	2025	3,9	9,3	11,5	19,6	22,6	33,1
	2021	5,3	7,8	11,3	24,6	18,2	32,8
Ungültige Zweitstimmen							
Männlich	2025	3,4	4,3	6,7	10,7	27,7	47,3
	2021	4,3	5,7	12,9	20,0	17,7	39,4
Weiblich	2025	3,3	5,4	6,5	12,5	23,8	48,5
	2021	3,8	5,2	9,6	21,6	18,4	41,4
Zusammen	2025	3,3	4,8	6,6	11,6	25,8	47,9
	2021	4,0	5,4	11,1	20,9	18,1	40,5

Tabelle 6 Art der ungültigen Stimmen nach dem Geschlecht der Wähler in Prozent

Wähler mit ...	Männlich	Weiblich	Zusammen
ungültiger Erst- und Zweitstimme			
1. Erst- und Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen	16,2	18,1	17,1
2. Erststimmenseite leer oder durchgestrichen, Zweitstimmenseite mehrere Kreuze	2,7	2,3	2,5
3. Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen, Erststimmenseite mehrere Kreuze	2,3	2,9	2,6
4. Beide Seiten mehrere Kreuze	3,9	2,7	3,3
5. Eine Seite leer oder durchgestrichen, auf der anderen Seite sonstige Ursachen	0,3	0,0	0,1
6. Beide Seiten sonstige Ursachen	1,5	1,6	1,5
Insgesamt	26,8	27,6	27,2
ungültiger Erst- und gültiger Zweitstimme			
1. Erststimmenseite leer oder durchgestrichen	54,0	53,6	53,8
2. Erststimmenseite mehrere Kreuze	1,3	0,9	1,1
3. Sonstige Ursachen	0,5	0,7	0,6
Insgesamt	55,9	55,2	55,5
ungültiger Zweit- und gültiger Erststimme			
1. Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen	16,2	15,3	15,7
2. Zweitstimmenseite mehrere Kreuze	0,9	1,7	1,3
3. Sonstige Ursachen	0,3	0,1	0,2
Insgesamt	17,4	17,2	17,3

Im Rahmen der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass neben persönlichen Präferenzen im Rahmen der personalisierten Verhältniswahl auch strategische Abwägungen seitens der Wählerschaft eine gewisse Rolle gespielt haben dürften. Dies gilt vor allem auch aufgrund im Jahr 2023 erfolgter Änderungen im Bundeswahlrecht: Danach konnte ein Bewerber mit den meisten Erststimmen im Wahlkreis nur dann einen Sitz erhalten, wenn dieser Sitz durch eine ausreichende Zahl an Zweitstimmen gedeckt war (Prinzip der Zweitstimmendeckung). Die Zweitstimme war zudem nur wirksam, wenn die gewählte Partei bundesweit mindestens fünf Prozent der gültigen Zweitstimmen auf sich vereinigen konnte oder mindestens drei Direktmandate erzielte.

Zusammenfassende Betrachtung

Die vorgestellten Ergebnisse stellen nur einen kleinen Auszug aus dem gesamten Datenangebot der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl dar. Hier besteht somit eine sehr ergiebige Datenquelle. Schließlich kann nur mit der repräsentativen Wahlstatistik die tatsächliche Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter unter Wahrung des Wahlgeheimnisses analysiert werden.

Dabei können mit den Ergebnissen weitreichende Betrachtungen angestellt werden, über die an anderer Stelle keine Informationen vorliegen. Beispielhaft ist hier zu nennen, dass die Anzahl der ungültigen Stimmen sowie deren Grund der Ungültigkeit erfasst werden (siehe Tabelle 5 und 6). Im Zentrum der Analyse steht aber das Wahlverhalten nach Alter, Geschlecht und Art der Stimmabgabe. ■

Quellen:

Homepage der Bundeswahlleiterin
(www.bundeswahlleiterin.de).

Homepage Bayerisches Landesamt für Statistik
(www.statistik.bayern.de).



AKTUELLE ENTWICKLUNGEN DER TREIBHAUSGASBILANZIERUNG – BUND, LÄNDER, KOMMUNEN

Fachtagung am 14. November 2025
im Bayerischen Landesamt für Statistik in Fürth

Sebastian Rahe, B.A.; Katja Schuster, M.Sc.; Franziska Wagner, M.Sc.; Benjamin Wirth, M.Sc.



CO₂



CO₂



CO₂



Angesichts des fortschreitenden Klimawandels sind amtliche Treibhausgasbilanzen eine wichtige Datenbasis für Politik und Bevölkerung. In Deutschland werden diese auf Ebene des Bundes, der Länder sowie der Kommunen nach in Teilen unterschiedlicher Methodik erstellt. Um Akteure aus verschiedenen Ebenen zusammenzubringen und über aktuelle Entwicklungen in der Bilanzierungsmethodik und Datenverfügbarkeit zu informieren, lud das Bayerische Landesamt für Statistik am 14. November 2025 zu einer Fachtagung nach Fürth ein. Die Veranstaltung mit über 60 Teilnehmenden wurde gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und der Landesagentur für Energie und Klimaschutz ausgerichtet. Das Programm bestand aus Vorträgen von Fachexperten aus Behörden und Forschungsinstituten sowie einer abschließenden Podiumsdiskussion.

Das Ziel der Fachtagung war der Austausch zwischen den fachlichen Akteuren, die sich mit der Bilanzierung von Treibhausgasen auseinandersetzen und diese Bilanzen erstellen, und den Nutzergruppen, die die Daten zu Treibhausgasemissionen benötigen und sie weiterverarbeiten. Im Fokus standen die Treibhausgasbilanzierungen auf verschiedenen regionalen Ebenen. Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und der amtlichen Statistik präsentierten aktuelle Ergebnisse der methodischen Weiterentwicklung der Emissionsberechnung von der Bundesebene bis hin zur Treibhausgasbilanzierung von Kommunen. Für die Organisation der Veranstaltung war die Projektgruppe zur Treibhausgasberichterstattung in Bayern verantwortlich, die vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) und der Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) im Sommer 2022 am Landesamt für Statistik eingerichtet wurde und deren Auftrag Mitte 2026 enden wird (siehe hierzu den Artikel in Bayern in Zahlen 08/2023).

Benjamin Wirth, M.Sc.

Benjamin Wirth hat seinen Master in „Economics and Institutions“ (Volkswirtschaftslehre) an der Philipps-Universität Marburg erworben. Bevor er im Oktober 2018 an das Bayerische Landesamt für Statistik ging, arbeitete er zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Friedrich-Alexander-Universität in Nürnberg und später am Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Hier beschäftigte er sich unter anderem mit regional-ökonomischen Forschungsfragen. Von Beginn an ist Herr Wirth im Landesamt für die bayerische Energie- und CO₂-Bilanzierung verantwortlich. Im Jahr 2022 übernahm er die Leitung der Arbeitsgruppe für Treibhausgasberichterstattung am Bayerischen Landesamt für Statistik, eines gemeinsamen Projektes der Landesagentur für Energie und Klimaschutz und des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz.

Eröffnet wurde die Tagung am Vormittag mit den Grußworten der Projektpartner. Der Präsident des Bayerischen Landesamts für Statistik, Herr Dr. Thomas Gößl, betonte in seiner Eröffnungsrede die Notwendigkeit einer verlässlichen Treibhausgasbilanzierung und die Rolle von Wissenschaft und amtlicher Statistik. Anschließend begrüßte Dr. Reinhard Zeitler, stellvertretender Leiter des Referats für „Klimaanpassung und Klimaforschung“ im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) die Teilnehmenden. Er bekräftigte die Rolle des Landesamts für Statistik als zentraler Informationsdienstleister in Bayern, dessen politische Neutralität außer Frage stehe. Zum Thema der Fachtagung gab er den Ausblick, dass die Treibhausgasbilanzierung von Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Lachgas (N₂O) und anderer Treibhausgase thematisch fortlaufend an Relevanz gewinnen würde, je weiter man sich der Klimaneutralität annäherte. Herr Thomas Leineweber, Leiter des Referats „Klimaschutz und Treibhausgasbilanzierung“ bei der Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK), betonte in seinen Grußworten die öffentliche Sichtbarkeit der Resultate und die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit der LENK und des Landesamts für Statistik. Auch hob er die zügige Bereitstellung von Daten an verschiedene Nutzergruppen, zuletzt im Bezug auf regionalisierte Ergebnisse, hervor. Im Anschluss folgte der erste fachliche Beitrag, der sich mit der Betrachtung von Kohlenstoffflüssen in Bezug auf die Klimaneutralität befasste.

Katja Schuster, M.Sc.

Katja Schuster studierte Volkswirtschaftslehre-International Economics and Policy Consulting (M.Sc.) an der Otto-von-Guericke Universität in Magdeburg. Nach dem Studium arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Thünen-Institut für Ländliche Räume, bevor sie 2021 an das Bayerische Landesamt für Statistik kam. Hier hat sie im Zensus als Referentin angefangen und wechselte 2024 zum Bereich der Treibhausgasberichterstattung.



Von links nach rechts: Benjamin Wirth, Katja Schuster, Sebastian Rahe und Franziska Wagner.

Weitere BiZ-Beiträge zum Thema Treibhausgase

In zurückliegenden Ausgaben von **Bayern in Zahlen (BiZ)** sind bereits folgende Beiträge zum Thema Treibhausgase erschienen:

- Bayern in Zahlen 04/2025: Bilanzierung von Treibhausgasemissionen auf verschiedenen Ebenen (Katja Schuster, M.Sc.; Franziska Wagner, M.Sc.; Dr. Reinhard Zeitler; Benjamin Wirth, M.Sc.)
- Bayern in Zahlen 05/2024: Berechnung der historischen prozessbedingten CO₂-Emissionen in Bayern von 1990 bis 1994 (Franziska Wagner, M.Sc.; Sebastian Rahe, B.A.)
- Bayern in Zahlen 08/2023: Treibhausgas-Berichterstattung in Bayern (Matthias Vollmuth, M.Sc.; Franziska Wagner, M.Sc.; Sebastian Rahe, B.A.)

Sebastian Rahe, B.A.

Sebastian Rahe ist seit November 2022 als Sachbearbeiter im Projektteam für die Treibhausgasberichterstattung in Bayern tätig. Er befasst sich unter anderem mit der Ausarbeitung einer Methodik zur Darstellung der Treibhausgasemissionen der Länder nach den Sektoren des Bundes-Klimaschutzgesetzes. Zuvor studierte er an der Georg-August-Universität Göttingen die Fächer Soziologie und Politikwissenschaft (B.A.).

Franziska Wagner, M.Sc.

Franziska Wagner studierte International Economic Policy (M.Sc.) an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg und ist seit 2022 als Referentin für die Treibhausgasberichterstattung im Bayerischen Landesamt für Statistik tätig. Dort befasst sie sich unter anderem mit der vorläufigen Berechnung und Schätzung von Treibhausgasemissionen auf Länderebene.



Treibhausgasberichterstattung vor dem Hintergrund einer zukünftig zirkulären Kohlenstoffwirtschaft von Dirk Günther

Umweltbundesamt (UBA), Leiter des Fachgebiets V 1.6 „Emissions- und Klimaschutzberichterstattung“

Im Rahmen der Treibhausgasberichterstattung des Bundes sowie auf internationaler Ebene nimmt das Thema der natürlichen und technischen Kohlenstoff-Senken einen immer höheren Stellenwert ein. Diese werden als erforderlich angesehen, um langfristig eine Treibhausgasneutralität zu erreichen. Auch das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) legt Ziele für die Senkenleistung aus natürlichen Quellen¹ fest und ermächtigt die Bundesregierung, Ziele für technische Senken per Verordnung zu bestimmen (§ 3b KSG). Technische Senken umfassen dabei verschiedene Verfahren zur Abscheidung von Kohlenstoff (bspw. aus Industrieprozessen oder der Luft) zur anschließenden Speicherung oder stofflichen Verwertung.

Die Treibhausgasberichterstattung des Umweltbundesamtes, welches die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland nach dem Übereinkommen von Paris und vormals dem Kyoto-Protokoll erfüllt, richtet sich methodisch nach den Leitlinien des Weltklimarats (IPCC). Der Vortrag von Herrn Günther befasste sich mit der Problematik, dass die Treibhausgasinventare nach IPCC-Leitlinien zum aktuellen Zeitpunkt sowohl technische Senken als auch die damit einhergehenden Stoffflüsse nur unzureichend abbilden können. Der IPCC plant, 2027 einen Methodenbericht zum Thema zu veröffentlichen, wobei sich auch Deutschland in die Diskussion einbringen möchte. Herr Günther hob dabei zwei Problemfelder besonders hervor:

Zum einen können, wie erwähnt, die nationalen Treibhausgasinventare die Stoffflüsse nur unzureichend abbilden, was sowohl den Ursprung des Kohlenstoffes (fossil, atmosphärisch, biogen, mineralisch, recycelt oder als unklarer Mix) als auch die Wiederverwertung (Rezyklieren) des Kohlenstoffs betrifft. Hierbei kann es sich bspw. um Kohlenstoff handeln, der in einem Industrieprozess abgeschieden und anschließend in einen Brennstoff umgewandelt wurde, um wiederum als Energieträger in der Industrie oder im Verkehr zu dienen.²

Zum anderen stellen sich neue „buchhalterische“ Fragen zur Darstellung technischer Senken im Treibhausgasinventar. Hier ein vereinfachtes Beispiel, angelehnt an den Vortrag: Bei einer industriellen Anlage entstehen durch fossile Verbrennung 100 Kilotonnen (kt) CO₂, von denen 50 kt CO₂ technisch abgeschieden werden. Von der abgeschiedenen Menge werden wiederum 45 kt CO₂ unterirdisch gespeichert, während 5 kt CO₂ als Leitungsverluste entweichen. Herr Günther stellte drei Varianten vor, diesen Vorgang im Treibhausgasinventar abzubilden:

1. Die gesamte unterirdisch eingespeicherte Menge wird als bilanziell neutral betrachtet und taucht im Inventar nicht explizit auf. Verbucht werden nur die Emissionen, die nicht abgeschieden wurden, sowie die Leitungsverluste (Emissionsquelle: 50 kt CO₂ + 5 kt CO₂ = 55 kt CO₂).
2. Man bilanziert sowohl die kompletten Emissionen der Verbrennung als positive Emissionen als auch die gespeicherte Menge als negative Emissionen (Emissionsquelle: 100 kt CO₂, Emissionssenke: –45 kt CO₂).
3. Die kompletten Emissionen der Verbrennung sowie die Leitungsverluste nach der Abscheidung werden als positive Emissionen verbucht, die komplette abgeschiedene Menge hingegen als negative Emissionen (Emissionsquelle: 100 kt CO₂ + 5 kt CO₂ = 105 kt CO₂, Emissionssenke: –50 kt CO₂).

Der Emissions-Saldo ist (hier mit 55 kt CO₂) jeweils identisch, aber die einzelnen Positionen im Inventar unterscheiden sich. Je nach Eingangsstoff und Prozess nehmen dabei die konzeptionellen Fragestellungen an Komplexität zu.

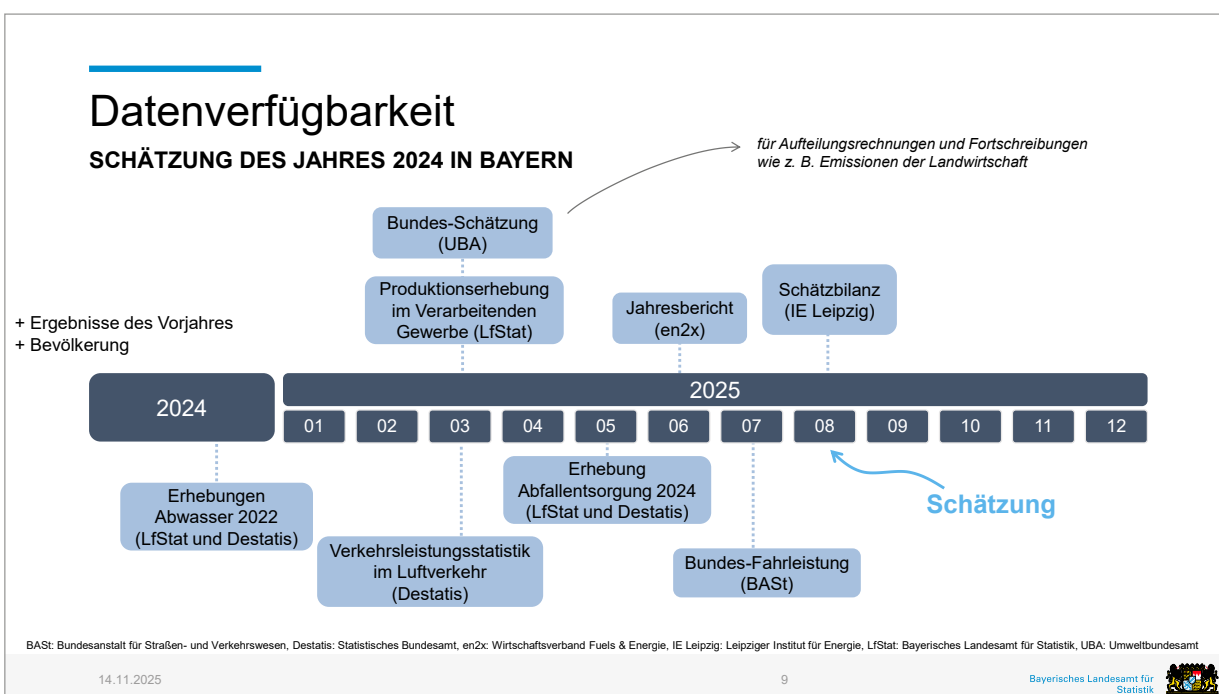
Herr Günther schloss seinen Vortrag damit, dass man sich derzeit auf nationaler Ebene in Diskussion befinde, um anschließend eine gemeinsame deutsche Position in die entsprechenden IPCC-Gremien einbringen zu können.



Treibhausgasberichterstattung der Länder – Möglichkeiten für Schätzungen und vorläufige Bilanzen von Franziska Wagner

Bayerisches Landesamt für Statistik, Referentin für die Treibhausgasberichterstattung in Bayern

Franziska Wagner erläuterte in ihrem Vortrag Möglichkeiten, zeitnahe Emissionsdaten auf Länderebene durch vorläufige Berechnungen und Schätzungen bereitzustellen. Die territoriale Bilanzierung der Länder orientiert sich an der nationalen Methodik des Umweltbundesamtes sowie an den internationalen Leitlinien des IPCC. Aufgrund unterschiedlicher Datenverfügbarkeit ergeben sich jedoch methodische Abweichungen zwischen Bundes- und Länderbilanzierung, insbesondere im Bereich der Energiebilanzen. Emissionsergebnisse nach endgültiger Methodik für alle Länder werden durch den Arbeitskreis „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ erstellt und stehen erst rund 35 Monate nach Ende des Berichtsjahres zur Verfügung, wodurch ein Bedarf an zeitnäheren Daten entsteht.



Am Beispiel Bayerns stellte Frau Wagner dar, wie im Jahr 2025 eine vorläufige Berechnung für das Berichtsjahr 2023 und eine Schätzung für das Berichtsjahr 2024 durchgeführt werden können. Grundlage für eine vorläufige Bilanzierung bilden bereits verfügbare Daten der amtlichen Statistik, etwa die vorläufige Energiebilanz oder Produktionsstatistiken, sowie Ergebnisse Dritter, beispielsweise des Thünen-Instituts für den Sektor „Landwirtschaft“. Fehlende Emissionspositionen werden durch Fortschreibungen, Aufteilungsrechnungen oder anhand von geschätzten Aktivitätsraten und Emissionsfaktoren ergänzt. Eine ausreichende Datenverfügbarkeit für eine vorläufige Bilanzierung ist etwa 18 Monate nach Ende eines Berichtsjahres gegeben. Schätzungen basie-

ren hingegen auf einer deutlich kleineren Datenbasis und greifen stärker auf bundesweite Trends zurück, etwa im Landwirtschaftssektor. Für das Schätzzahr stehen neben gesamtdeutschen Emissionsdaten des Umweltbundesamtes insbesondere für Bayern die Schätzbilanz des Leipziger Instituts für Energie zur Verfügung, auf deren Grundlage ein Großteil der bayrischen Emissionen berechnet wird. Eine Schätzung ist bereits rund acht Monate nach Ende des Berichtsjahres möglich.

Die Qualität der Verfahren wurde am Beispiel des Berichtsjahres 2022 dargestellt, für welches das Bayerische Landesamt für Statistik erstmals eine Schätzung in 2023 und dann in 2024 vorläufige Ergebnisse für



die Treibhausgasemissionen vorlegte. Die Abweichungen gegenüber den späteren Ergebnissen nach endgültiger Methodik liegen für die Schätzungen der einzelnen Treibhausgase zwischen –1,3 Prozent und +1,6 Prozent und für vorläufige Berechnungen zwischen –0,1 Prozent und +0,2 Prozent. Für die Treibhausgasemissionen insgesamt beträgt die Gesamtabweichung –0,6 Prozent für die Schätzung und 0,0 Prozent für die vorläufige Berechnung.³ Beide Verfahren erweisen sich damit als geeignete Instrumente zur frühzeitigen Bereitstellung von Emissionsdaten.

Abschließend wurden Weiterentwicklungspotenziale aufgezeigt. Dazu gehören die Erweiterung des Länderinventars um bislang nicht enthaltene Quellkategorien sowie die Erschließung neuer Datenquellen, etwa aus dem Emissionshandel. Zudem besteht Bedarf an verbesserten Eingangsdaten, beispielsweise bei Fahrleistungsdaten auf Landesebene. Insgesamt wurde deutlich, dass vorläufige Berechnungen und Schätzungen auf Länderebene unter der Voraussetzung einer geeigneter Datenbasis zuverlässig durchgeführt werden können.

Mehr zu Treibhausgasemissionen in Bayern

Weitere Informationen zu Treibhausgasemissionen, Methodenbeschreibungen zur Bilanzierung in Bayern sowie Treibhausgasergebnisse in Bayern zum jeweils aktuellen Rechnungsstand unter „Klima und Luft“: www.statistik.bayern.de/statistik/bauen_wohnen/klima_luft_treibhausgase/index.html



Das LULUCF-Inventar – komplex und verworren!? – Versuch einer Hilfestellung wider die Unverständlichkeit von Dr.-Ing. Andreas Gensior

Thünen-Institut für Agrarklimaschutz, Fachverantwortlicher für die Emissionsberichterstattung Landnutzung und Landnutzungsänderung

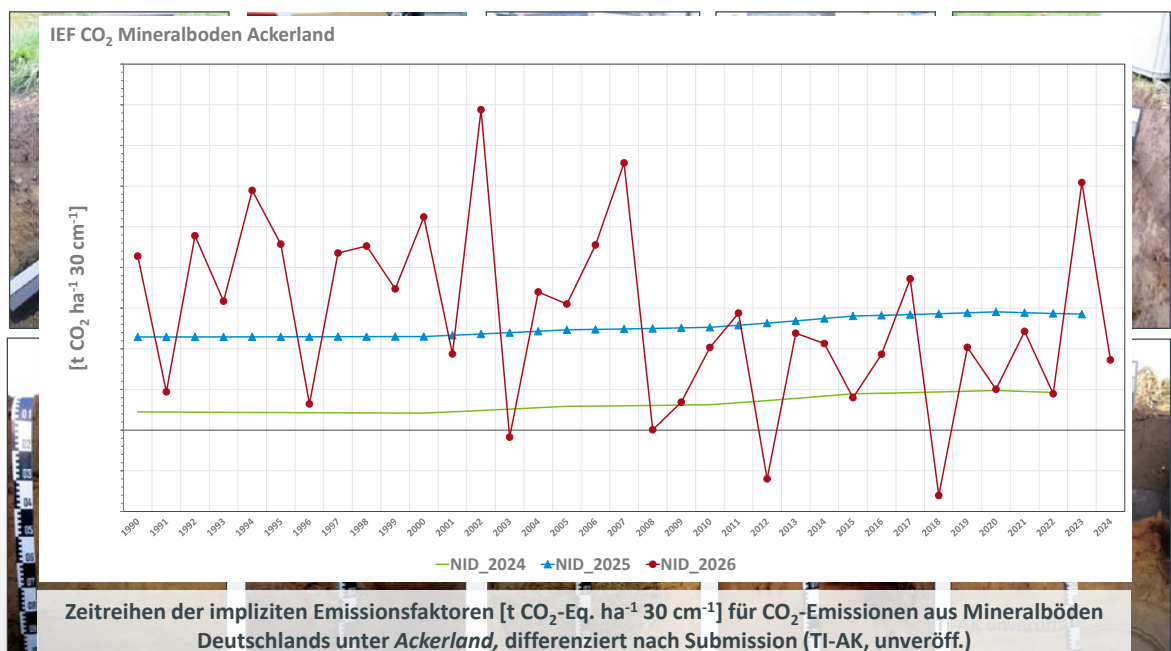
Der Sektor „Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF, von engl. Land Use, Land Use Change and Forestry)“ beschreibt die durch menschlichen Einfluss verursachten Treibhausgasemissionen (CO₂, CH₄, N₂O) aus Naturprozessen. Er kann dabei sowohl eine Quelle als auch eine Senke von Treibhausgasen darstellen, da nicht nur Emissionen freigesetzt, sondern auch Kohlendioxid in Form von Kohlenstoff gebunden wird – überwiegend in Wald-Biomasse.

Für die Berichterstattung des Bundes werden die Treibhausgasemissionen des Sektors LULUCF im Auftrag des Umweltbundesamtes durch das Thünen-Institut berechnet. Die Berechnung erfolgt dabei in weiten Teilen auf der Grundlage von Geodaten, insbesondere des Digitalen Basis-Landschaftsmodells (ATKIS-Basis-DLM), über das in einem Raster von 100 x 100 Metern Stichproben-Punkte gelegt werden, an denen die Landnutzung bestimmt wird. An den über 35 Millionen Stichproben-Punkten lassen sich so im Zeitverlauf auch die Landnutzungsänderung (etwa von Ackerland zu Siedlungen) und die damit einhergehenden Emissionen bestimmen. Das Thünen-Institut veröffentlicht die Emissionen aus LULUCF inzwischen auch auf Ebene der Länder (Fuß et al. 2025) und Landkreise (Gensior et al. 2025). Es findet allerdings

keine Veröffentlichung auf Ebene der Gemeinden statt, da durch das erwähnte Stichproben-Raster von 100 x 100 Metern auf einer derart kleinen Betrachtungsebene zu große Unschärfen entstehen würden.

Im Kontext des gesamten Treibhausgasinventars zeichnet sich der Sektor LULUCF dadurch aus, dass die Emissionen zwischen den jährlichen Veröffentlichungen („Submissions“) stark revidiert werden, wodurch bspw. Berichtsjahre, die bisher Netto-Emissionssenkungen darstellten, nun zu deutlichen Quellen werden können. Der Vortrag von Herrn Dr. Gensior richtete sich dabei insbesondere an Datennutzende, die diese jährlichen Neuberechnungen besser nachvollziehen möchten.

Methodenänderung Mineralböden - Ackerland



Slide 41

Andreas Gensior, Thünen-Institut für Agrarklimaschutz
andreas.gensior@thuenen.de, emissionsinventare@thuenen.de



Quelle: Thünen-Institut für Agrarklimaschutz

Das LULUCF-Inventar unterliegt regelmäßigen Reviews durch verschiedene Instanzen: Dem IPCC auf internationaler Ebene, dem Expertenrat für Klimafragen auf nationaler Ebene sowie der EU. Letztere stellt dabei die höchsten Anforderungen an Qualität und Methodik und verlangt in vielen Teilen der Berechnung entweder regelmäßige Inventuren oder eine komplexe Modellierung der jeweiligen Prozesse. Da derart viele Inventuren für die öffentliche Hand nicht finanzierbar sind, werden nun nach und nach weitere Subsektoren des Inventars komplexer als zuvor modelliert. So wird in der kommenden Submission 2026 für die CO₂-Emissionen aus mineralischen Ackerböden auf ein hektar-genaues Prozessmodell umgestellt (siehe dazu die implizierten Emissionsfaktoren in der vorangestellten Grafik im Vergleich zu den vorigen Submissions).

Weitere methodische Verbesserungen umfassen die Einführung der landwirtschaftlichen Photovoltaikflächen als eigene Landnutzungskategorie sowie die verbesserte Modellierung der Begrünung in Siedlungen anhand von Geodaten: Man geht nun insgesamt von anteilig mehr Versiegelung und weniger Bäumen als zuvor aus.

Ein weiterer Grund für Neuberechnungen ist die Verfügbarkeit neuer Daten, so führen Bundeswald- und Kohlenstoffinventuren zur Neuberechnung der jüngsten Berichtsjahre. Die Datenbeschaffung stellt allerdings generell eine große Hürde dar, da die Datenhoheit insbesondere im Bereich der Land- und Forstwirtschaft häufig bei den Länderbehörden liegt, mit denen für eine deutschlandweit konsistente Methodik jeweils einzeln um eine Datenfreigabe verhandelt werden muss.



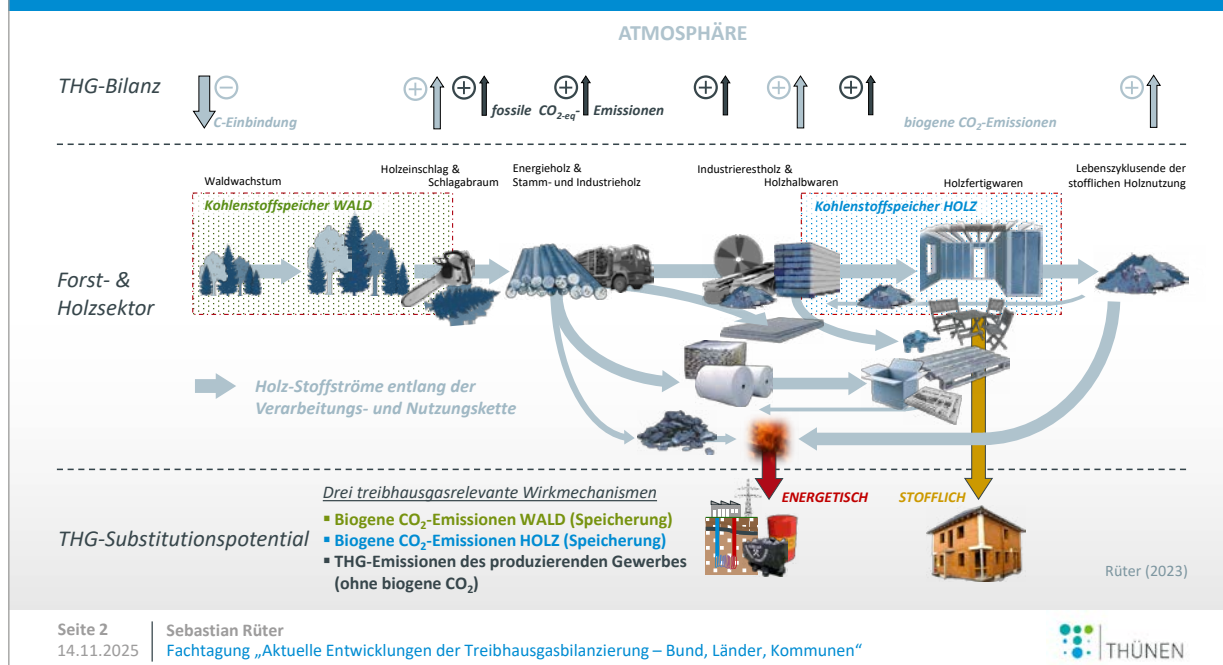
Die Treibhausgasbilanz der Holznutzung von Dr. Sebastian Rüter

Thünen-Institut für Holzforschung, Arbeitsbereichsleitung für die Auswirkungen der Holznutzung auf Umwelt und Klima

Holz ist ein wichtiger Energieträger und Rohstoff in unserer Gesellschaft und spielt eine signifikante Rolle im Klimaschutz. Dessen nachhaltige Nutzung soll in Zukunft mehr an Bedeutung gewinnen, wie es zum Beispiel die Charta für Holz 2.0 des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat anstrebt. Der Vortrag von Dr. Sebastian Rüter widmet sich den klimarelevanten Effekten dieser Nutzung. Im Fokus stand dabei die Bilanzierungsmethodik für Holzprodukte im deutschen Treibhausgasinventar gemäß IPCC-Leitlinien.

Treibhausgasrelevanz der Holznutzung

Schema der Wirkmechanismen im Forst- und Holzsektor



Inhaltlich knüpft der Beitrag an den Vortrag von Herrn Dr. Gensior an. Die Bilanzierung der Holznutzung beschreibt im Wesentlichen die Interaktion der Kohlenstoffspeicher Wald und Holzprodukte als Teilbereiche des Sektors LULUCF näher. Auch besteht ein direkter Bezug zum Vortrag von Herrn Günther zur Bilanzierung einer zirkulären Kohlenstoffwirtschaft, die sich im Idealfall auch in einer nachhaltigen Holznutzung widerspiegelt, unabhängig davon, ob Holz energetisch oder stofflich genutzt wird. Für die Teilnehmenden aus dem Kreis der Länder und Kommunen war der Vortrag von Herrn Dr. Rüter zudem methodisch interessant, da der Subsektor „Holzprodukte“ die letzte bedeutende LULUCF-Kategorie ist, für die bis dato noch keine regionalisierten Ergebnisse vorliegen.

Im Rahmen der Treibhausgasbilanzierung werden der Wald und die Holzprodukte als Kohlenstoffspeicher betrachtet. Die Holznutzung umfasst dabei die Holz-Stoffströme von, zu und zwischen diesen Speichern. Die Abbildung zur „Treibhausgasrelevanz der Holznutzung“ zeigt diese Interaktion sowie deren Treibhausgasrelevanz auf. Neben den negativen wie positiven biogenen Treibhausgasemissionen, d. h. Emissionswirkung ausgehend von dem in der Biomasse gespeicherten Kohlenstoff, sind mit der Nutzung von Wald und Holzprodukten auch fossile Treibhausgasemissionen verbunden, die beispielsweise aus dem Energiebedarf der Holzindustrie resultieren. Solche „grauen Emissionen“ haben jedoch keine Relevanz für die Bilanzierung im LULUCF-Sektor, son-



Eine klimaneutrale Holznutzung – egal, ob das Holz energetisch oder stofflich verwendet wird – ist im Prinzip erreicht, wenn die Entnahme von Holz aus dem Wald durch entsprechende „Aufforstung“ ausgeglichen wird.

dern werden an anderer Stelle erfasst. Im Rahmen von Ökobilanzen sind diese aber relevant, um z. B. die stoffliche Nutzung von Holz als Substitut für herkömmliche Baustoffe zu bewerten. Im Rahmen der Treibhausgasberichterstattung werden die gesamten Kohlenstoffspeicher in Wald und Holzprodukten modelliert, wobei die im Inventar bilanzierten Emissionen die Netto-Änderungen der jeweiligen Speicher darstellen. Eine klimaneutrale Holznutzung – egal, ob das Holz energetisch oder stofflich verwendet wird – ist im Prinzip erreicht, wenn die Entnahme von Holz aus dem Wald durch entsprechende „Aufforstung“ ausgeglichen wird. Aus Sicht der Treibhausgasbilanz ist der Holzeinschlag direkt vollumfänglich eine Quelle (positive Emissionen), während die Produktion von Holzprodukten aus diesem Holz eine Senke (negative Emissionen) darstellt. Die energetische Nutzung von Holz und deren tatsächlichen CO₂-Emissionen sind bilanziell nicht weiter relevant, da diese mit dem Holzeinschlag schon abgegolten sind.

Die Bilanzierung der Änderung des Kohlenstoffspeichers stellt wiederum eine Herausforderung dar. Die Ermittlung eines „Holzprodukteinventars“ ist quasi unmöglich, weswegen man sich international auf einen Produktionsansatz verständigt hat. Mittels statistischer Daten wird der Zuwachs des Holzproduktespeichers als die inländische Holzproduktion aus heimischem Holz modelliert. Die Abgänge aus dem Speicher ergeben sich wiederum aus Modellen zu den Lebenszyklen der Produkte.

Das Thünen-Institut steht dabei vor der Herausforderung, dass aufgrund des Statistikgeheimnisses in der amtlichen Statistik relevante Daten aus der Produktionsstatistik nicht zur Verfügung stehen. Das Fehlen dieses Datenzugangs führt zu einer – von verschiedenen Seiten kritisierten – vermeidbaren Unsicherheit hinsichtlich der Entwicklung des Holzproduktespeichers, der im Jahr 2023 eine Senkenleistung von 1,4 Millionen t CO₂ aufwies.

Aufgrund der mangelnden Verfügbarkeit der Daten der Produktionsstatistik sind die Ergebnisse für den Holzproduktespeicher zudem nicht auf regionalen Ebenen unterhalb der Bundesebene verfügbar. Hier skizzierte Herr Dr. Rüter zum Abschluss seines Vortrags einen Weg, wie sich – unter anderem die Daten der Produktionsstatistik vorausgesetzt – bessere Ergebnisse für den Bund und auch Ergebnisse auf Länderebene ermitteln lassen könnten.



Regionalisierte Treibhausgasberechnungen am Beispiel Baden-Württemberg von Tatjana Kampffmeyer

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Referentin im Fachgebiet Erhebungen zur Luftbelastung, Treibhausgasberechnungen

Tatjana Kampffmeyer vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg gab in ihrem Vortrag einen Einblick in die Möglichkeiten regionalisierter Treibhausgasberechnungen am Beispiel Baden-Württemberg. Der Vortrag beleuchtet die Bedeutung der amtlichen Statistik als Grundlage für die regionale CO₂-Bilanzierung und zeigt auf, welche Herausforderungen bei der Datenbereitstellung bestehen. In der amtlichen Statistik beruhen alle Erhebungen von Daten auf einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage. Für die Erhebung relevanter Daten zur Erstellung regionaler Treibhausgasbilanzen fehlt diese gesetzliche Grundlage, weswegen hier auf bereits vorhandene Statistiken und Datenquellen zurückgegriffen wird.

Auf Bundesebene existiert mit dem Bundes-Klimaschutzgesetz eine einheitliche gesetzliche Grundlage für die Erstellung von Treibhausgasbilanzen für Deutschland, die aber nicht auf Länderebene gilt. 12 der 16 Länder verfügen über eigene Klimaschutzgesetze, welche jeweils Reduktionsziele und die Rahmenbedingungen für die Treibhausgasberichterstattung festlegen. Im Vergleich zu den Klimaschutzgesetzen auf Bund- und Länderebene gibt es auf kommunaler Ebene keinerlei gesetzliche Verpflichtungen für die Bilanzierung von Treibhausgasemissionen. Dennoch werden kommunale Treibhausgasbilanzen häufig von Gemeinden und Kreisen erstellt, da sie ein wichtiger Bestandteil für das Monitoring von Klimaschutzkonzepten und -maßnahmen sind. Voraussetzung für eine gute Bilanzierung ist dabei ein belastbarer Überblick über die lokalen Energieverbräuche und CO₂-Emissionen.

Aus diesem Anlass bietet das Statistische Landesamt Baden-Württemberg für bestimmte Bereiche regionalisierte Treibhausgasemissionen an, die zum Beispiel von Kommunen, Energieagenturen oder Forschungsinstituten angefragt werden. Regionale Emissionen können nach dem Quellenansatz, welcher den Bilanzierungsgrundsätzen des Weltklimarates entspricht (IPCC 2006, 2019) oder dem Verursacheransatz dargestellt werden. Während die Verursacherbilanz Emissionen abbildet, welche auf den Endenergieverbrauch bezogen sind, umfasst die Quellenbilanz Emissionen, die auf dem betrachteten Territorium tatsächlich anfallen, d. h. beispielsweise in Kraftwerken bei der Erzeugung von Strom.

Die Bilanzierung von Treibhausgasemissionen beruht nicht auf gemessenen Werten, sondern auf modellbasierten Berechnungen. Dabei werden für die Bestimmung von regionalen CO₂-Emissionen die emissionsrelevanten Energieeinsätze sowie die dazugehörigen Emissionsfaktoren benötigt. Eine Übersicht über die relevanten Datenquellen und Statistiken für diese Berechnungen kann der Präsentationsfolie entnommen werden.

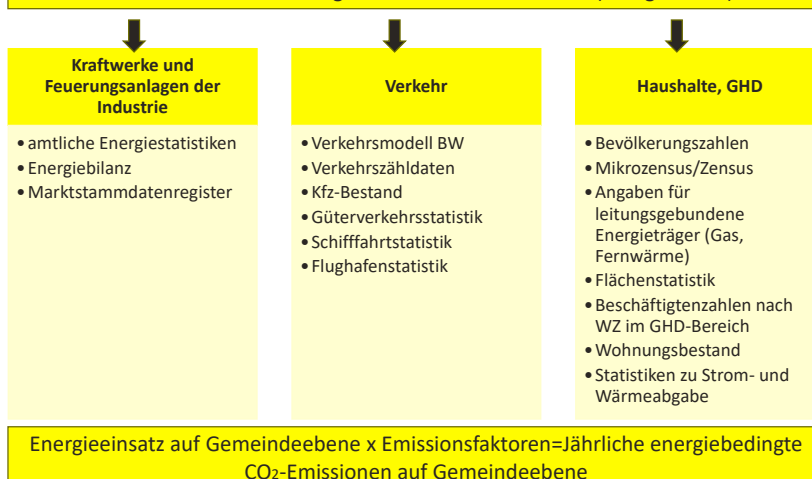


Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg kann regional aufbereitete Energiedaten im Bereich „Kraftwerke“, „Feuerungsanlagen der Industrie“, für den Bereich „Verkehr“ sowie für „Haushalte und Gewerbe-Handel-Dienstleistungen (GHD)“ auf Kreis- und Gemeindeebene bis einschließlich 2017 anbieten. Viele Berechnungen basieren dabei auf den Daten der amtlichen Energiestatistik. Mit der Novelle des Energiestatistikgesetzes von 2017 änderte sich ab 2018 die Datenbasis der Energiestatistik. Seitdem liegen im Bereich der „Fernwärme“ lediglich Angaben für Unternehmen nach Ländern und nicht mehr tiefer re-

gionalisiert vor. Damit lassen sich Daten zu den Treibhausgasemissionen aus der Erzeugung bzw. dem Verbrauch von Fernwärme nur (sehr) eingeschränkt auf kommunaler Ebene darstellen. Seit 2018 können deswegen auf kommunaler Ebene nur noch Emissionen für den Bereich „Verkehr“ sowie die energiebedingten CO₂-Emissionen der Industrie bereitgestellt werden. Derzeit wird vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg geprüft, inwieweit die Datenbereitstellung beziehungsweise die Bilanzierung von Methan, Lachgas und den prozessbedingten Emissionen auf kommunaler Ebene möglich ist.

Methodik/Datengrundlagen

Emissionsrelevanter Energieeinsatz auf Landesebene (Energiebilanz)





BISKO, quo vadis? – Herausforderungen und benötigte Anpassungsbedarfe bei der kommunalen Bilanzierung von Benjamin Gugel

Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu), Arbeitsschwerpunkte kommunaler Klimaschutz, Energie- und CO₂-Bilanzierung, Reduktionsstrategien und Maßnahmenbewertungen im Klimaschutz

Benjamin Gugel vom Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu) stellte in seinem Vortrag die Bilanzierungs-Systematik Kommunal (BISKO) vor und ging dabei auf die derzeitigen Herausforderungen und Anpassungsbedarfe ein. BISKO wurde in einem Projekt des Umweltbundesministeriums von 2012 bis 2016 entwickelt. Maßgeblich an dessen Entwicklung beteiligt waren damals das Klima-Bündnis und das ifeu. Ab 2016 entwickelte sich BISKO zur Standardmethode für die Bilanzierung kommunaler Treibhausgasemissionen in ganz Deutschland. Zur Weiterentwicklung von BISKO ist seit Ende 2025 ein Projekt mit einer Laufzeit von drei Jahren vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ausgeschrieben.

Bis 2023 oblag die Betreuung von BISKO dem ifeu, bevor es in den Aufgabenbereich der Agentur für kommunalen Klimaschutz überging. Die Agentur für kommunalen Klimaschutz ist seit April 2023 im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit tätig. Zu ihren Aufgaben gehören Öffentlichkeitsarbeit, Organisation von Arbeitskreisen für den Fachaustausch, die Prüfung und Aktualisierung von BISKO, die Bereitstellung von Emissionsfaktoren sowie die Zertifizierung von Werkzeugen hinsichtlich ihrer BISKO-Konformität.

BISKO ist eine konsistente Methode, deren Fokus bisher auf der Erstellung einer endenergiebasierten Territorialbilanz liegt. Grundsätzlich kann BISKO als Konkretisierung der internationalen Regeln des Treibhausgasprotokolls (Greenhouse Gas Protocol) verstanden werden. Neben der Standardbilanz besteht die Möglichkeit, zusätzliche Bilanzen zu erstellen, wie zum Beispiel eine Bilanz mit Witterungskorrektur oder eine Bilanz mit dem territorialen Strommix anstelle des Bundesstrommixes. Weitere zentrale Elemente können der Präsentationsfolie entnommen werden.

Bisher sind in BISKO nur energetische Emissionen berücksichtigt und keine nicht-energetischen Emissionen, wie sie zum Beispiel in der Landwirtschaft, der Abfallwirtschaft oder bei industriellen Prozessen anfallen. Ein weiterer offener Punkt ist der Bereich LULUCF sowie die Frage, wie die damit potenziell verbundene Wirkung natürlicher Senken in der Bilanz abgebildet werden kann. Auch die Themenfelder Konsum und Ernährung wären von Interesse, da hierauf bezogene Maßnahmen, wie bspw. Repair-Cafés, derzeit nicht in der Bilanz berücksichtigt werden.



Eine der größten Herausforderungen bei der Erstellung kommunaler Bilanzen ist die Datenakquise und die damit verbundene Datenqualität.

Eine der größten Herausforderungen bei der Erstellung kommunaler Bilanzen ist die Datenakquise und die damit verbundene Datenqualität. Die Erhebung und Verarbeitung von Daten zu nicht-leitungsgebundenen Energieträgern wie Heizöl stellt dabei eine besondere Herausforderung dar. Auch die Aufteilung der Emissionen nach Sektoren kann sich schwierig gestalten, da die einzelnen Datenbereitsteller teils voneinander abweichende Definitionen verwenden bzw. die Daten unterschiedlich abgrenzen.

BISKO-Bilanzen können ein wichtiges Instrument für das kommunale Klimaschutzmonitoring sein, da sie die Vergleichbarkeit zwischen Kommunen und im Zeitverlauf ermöglichen. Die Aussagekraft einer Bilanz hängt dabei von der Datengrundlage und der Datenqualität ab. In der Bilanz können immer nur Tendenzen der Gesamtkommune aufgezeigt und keine Rückschlüsse auf die Auswirkungen von einzelnen Klimaschutzmaßnahmen gezogen werden. Für eine Erfolgskontrolle muss ein eigenes Controlling jeder einzelnen Maßnahme vorgenommen werden. Bilanzen sind wichtig; sie müssen jedoch richtig eingeordnet und interpretiert werden.

BISKO – Zentrale Elemente

Wenige Aspekte geben den Rahmen

- **Welche Energieverbräuche sollen erhoben werden?**
 - Endenergiebasierte Territorialbilanz (stationär, Verkehr)
 - Ausweisung der Datengüte
- **Mit welchen Faktoren soll der Endenergieverbrauch multipliziert werden?**
 - Stromemissionsfaktor: „Bundesmix“
 - Emissionsfaktoren mit CO₂-Äquivalenten und Vorketten
 - Exergetische Allokation bei KWK-Prozessen
- **Korrekturen/weitere Informationen**
 - Keine Witterungskorrektur in der Standardbilanz
 - Andere Methoden/THG-Quellen (lokaler Strommix, Witterungskorrektur, Ökostrom und nicht-energetische THG-Emissionen) werden nachrichtlich dargestellt

→ BISKO ist eine Konkretisierung internationaler Regeln (GHG-Protocol)

Aktuelles Papier: https://www.klimaschutz.de/sites/default/files/mediathek/dokumente/BISKO_Methodenpapier.pdf





Podiumsdiskussion

Moderation: Astrid Max (Landesagentur für Energie und Klimaschutz)

Teilnehmende (v. l. n. r.): Dirk Günther (Umweltbundesamt), Tatjana Kampffmeyer (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg), Marcus Steurer (Bayerischer Klimarat, infra Fürth), Franz Reicherzer (Landkreis München).

Den Abschluss der Fachtagung bildete eine Podiumsdiskussion. Neben den Vortragenden Tatjana Kampffmeyer und Dirk Günther nahmen Herr Steurer, Vertreter des Bayerischen Klimarats und Geschäftsführer der infra Fürth, und Herr Reicherzer, kommunaler Treibhausgasbilanzierer für den Landkreis München, teil. Frau Max von der LENK eröffnete die Diskussion mit der Frage nach den Herausforderungen der Berichterstattung. Hier waren sich alle Teilnehmenden einig, dass die Datenverfügbarkeit auf allen Ebenen ein zentrales Problem ist. Dabei wurden Einschränkungen der Datennutzung aufgrund von Geheimhaltungsvorschriften sowie die fehlenden gesetzlichen Regelungen zur Nutzung bereits vorhandener Daten thematisiert. Herr Günther berichtete, dass

inzwischen ca. 280 Zeitreihen auf Bundesebene als vertraulich klassifiziert werden und das UBA beispielsweise Daten der amtlichen Statistik nicht an bundeseigene Forschungsinstitute weitergeben darf. Auch Herr Steurer fand es bedenklich, dass im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung Daten aufgrund des Datenschutzes nicht in der bestmöglichen Form zur Verfügung gestellt werden können, gleichzeitig aber Daten zur kritischen Infrastruktur frei zugänglich sind. Frau Kampffmeyer sah in den Geheimhaltungsbedarfen und teils fehlenden Möglichkeiten der Datenweitergabe zwischen Bund, Ländern und Kommunen eine Herausforderung für die Treibhausgasbilanzierung.

Die Thematik der Datenbedarfe und die Notwendigkeit, hier die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Akteuren zu verstärken, prägte den Fortgang der Diskussion. Ein wichtiger Aspekt aus Sicht der Teilnehmenden war dabei die Standardisierung bei Datenerhebungen. Besonders sollten vermehrt digital bereits vorliegende Daten genutzt werden, da deren Erhebung in der Regel aufwandsarm möglich sein sollte. Zudem sollte die Entbürokratisierung nicht zu einer schlechteren Datenlage führen. Alle Teilnehmenden würdigten die Fachtagung als einen wichtigen Beitrag, das Verständnis zwischen den Ebenen der Treibhausgasbilanzierung zu erhöhen sowie die gemeinsamen Interessen und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit deutlich zu machen.

Resümee

Die Fachtagung zur Treibhausgasbilanzierung am Bayerischen Landesamt für Statistik brachte verschiedene Akteure der Treibhausgasberichterstattung zusammen. Teilweise haben diese Akteure, neben ihren Vorträgen an diesem Tag, das Projekt zur Treibhausgasberichterstattung am Bayerischen Landesamt für Statistik mit Rat und Tat bei verschiedenen Bilanzierungsthemen unterstützt. Das zentrale Anliegen war der Austausch zwischen den Akteuren und die Adressierung von Themen der Bilanzierung, die für alle Ebenen der Berichterstattung relevant sind.

Ein weiteres Anliegen waren die künftigen methodischen Herausforderungen der Berichterstattung über zirkuläre Kohlenstoffströme, der Bereich LULUCF (mit seinem weißen Fleck „Holzprodukte“) sowie regionale Treibhausgasbilanzen. Die rege Teilnahme an der Podiumsdiskussion und die vielseitigen Fragen zu den Vorträgen sowie die positiven Rückmeldungen zur Fachtagung sprechen für einen gelungenen Austausch zwischen den Akteuren der Treibhausgasbilanzierung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. ■

Literatur

Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) i. d. F. vom 15. Juli 2024. www.gesetze-im-internet.de/ksg/index.html, abgerufen am 14.01.2025.

Duscha et al. (2025): Zirkuläre Kohlenstoffpfade und THG-Berichterstattung, Teilbericht: Zukünftige Kohlenstoffflüsse und ihre Erfassung. www.umweltbundesamt.de/publikationen/zirkulaere-kohlenstoffpfade-thg-berichterstattung, abgerufen am 14.01.2026.

Fuß et al. (2025): LULUCF Inventare der Bundesländer Deutschlands, Submission 2025. www.openagrar.de/receive/openagrar_mods_00107123, abgerufen am 14.01.2026.

Gensior et al. (2025): LULUCF-Kreisdaten (UNFCCC-Submission 2025). <https://atlas.thuenen.de/catalogue/#/dataset/346>, abgerufen am 14.01.2025.

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC 2006): 2006 IPCC Guidelines for National Greenhouse Gas Inventories. Volume 1–5. www.ipcc-nggip.iges.or.jp/public/2006gl/, abgerufen am 05.02.2026.

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC 2019): 2019 Refinement to the 2006 IPCC Guidelines for National Greenhouse Gas Inventories. Volume 1–5. www.ipcc-nggip.iges.or.jp/public/2019rf/index.html, abgerufen am 05.02.2026.

1 Zum Sektor „Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF)“ siehe auch die nachfolgenden Vorträge von Dr. Ing. Andreas Gensior und Dr. Sebastian Rüter.

2 Siehe hierzu im Detail die im Nachgang der Veranstaltung vom UBA veröffentlichte Studie (Duscha et al. 2025).

3 Erste vorläufige Auswertungen. Emissionen der Abfall- und Abwasserwirtschaft, deren Anteil an den Gesamtemissionen bei unter ein Prozent liegt, sind nicht enthalten.

NACHGEFRAGT

BEI

FRANZISKA WAGNER



Frau Wagner, die amtlichen Treibhausgasbilanzen bilden angesichts des fortschreitenden Klimawandels eine wichtige Datenbasis für Politik und Bevölkerung. Im November 2025 fand zu diesem Thema eine Fachtagung im Bayerischen Landesamt für Statistik statt. Welche aktuellen Entwicklungen standen dort im Fokus?

WAGNER: Im Mittelpunkt der Fachtagung standen mehrere Entwicklungen, die derzeit die Treibhausgasbilanzierung prägen. Besonders deutlich wurde, dass zirkuläre Kohlenstoffströme künftig eine wesentlich größere Rolle spielen werden. Gemeint sind Prozesse, bei denen Kohlenstoff abgeschieden und anschließend gespeichert oder stofflich verwertet wird. Es stellt sich mehr und mehr die Frage, wie dies technisch und methodisch in den Inventaren abgebildet werden kann.

Der Sektor Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) ist ebenfalls ein zentraler Baustein bei der Diskussion der Klimaneutralität. Er weist eine hohe methodische Dynamik auf, da neue wissenschaftliche Ergebnisse, zusätzliche Datenanforderungen und die Abbildung von immer komplexeren Prozessen die Berichterstattung regelmäßig verändern.

Ein weiterer Schwerpunkt war der steigende Bedarf an regionalisierten Emissionsdaten. Länder und Kommunen benötigen zunehmend belastbare und vergleichbare Zahlen, um Klimaschutzmaßnahmen zu planen und zu bewerten. Ebenso wächst der Wunsch nach zeitnah verfügbaren Emissionsdaten, die politische Entscheidungen frühzeitig unterstützen können.

Über alle Themen hinweg zeigte sich, wie wichtig der Austausch zwischen den verschiedenen Ebenen der Berichterstattung ist. Die Tagung hat deutlich gemacht, dass trotz unterschiedlicher Bilanzierungssysteme starke Verzahnungen bestehen und dass der Austausch und die Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen entscheidende Erfolgsfaktoren sind.

„Eine besondere Herausforderung besteht darin, dass die Treibhausgasbilanzierung eine Gesamtrechnung ist, die auf sehr vielen Eingangsdaten basiert.“

Das Bayerische Landesamt für Statistik berechnet eine Schätzung für die Treibhausgasemissionen des Vorjahres und vorläufige Ergebnisse für das Vorvorjahr. Welche Erfahrungen haben Sie mit diesen Berechnungen gemacht, insbesondere in Hinblick auf Datenqualität, Akzeptanz bei den Nutzenden und mögliche Zielkonflikte zwischen Aktualität und Genauigkeit?

WAGNER: Die Nachfrage nach einer zeitnahen Berichterstattung ist sehr hoch und wir haben zahlreiche positive Rückmeldungen erhalten, seitdem wir unsere erste Schätzung und vorläufige Berechnung 2023 erstmalig veröffentlicht hatten. Dabei ist es uns auch wichtig, transparent zu kommunizieren, warum sich Werte im Zeitverlauf ändern können. Gleichzeitig erleben wir auch eine gewisse Erwartungshaltung. Viele fragen, warum es nicht noch frühere Zahlen gibt oder weshalb sich Werte gegenüber einem anderen Rechnungsstand unterscheiden. Hier ist klare Kommunikation entscheidend.

Eine besondere Herausforderung besteht darin, dass die Treibhausgasbilanzierung eine Gesamtrechnung ist, die auf sehr vielen Eingangsdaten basiert. Diese stammen aus unterschiedlichen Bereichen und sind zu unterschiedlichen Zeitpunkten verfügbar. Wir haben gelernt, dass kein Bilanzierungszyklus methodisch genauso abläuft wie der vorherige. Verzögerungen einzelner Datenquellen können sich unmittelbar auf unseren Veröffentlichungszeitpunkt auswirken. Deshalb kann es vorkommen, dass die Bereitstellung einer konsistenten Zeitreihe ab 1990 länger dauert als die angestrebten acht Monate.

Was die Qualität betrifft, zeigen die bisherigen Erfahrungen ein positives Bild. Für das Berichtsjahr 2022 lagen die Abweichungen der Schätzung und der vorläufigen Berechnung im Bereich von bis zu 0,6 Prozent. Da Ergebnisse des Arbeitskreises Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder erst rund 35 Monate nach dem Berichtsjahr vorliegen, werden wir die Qualität unserer Verfahren erst in den kommenden Jahren weiter evaluieren können.

Wie Sie erwähnten, sind zeitnahe Daten für Bayern eine recht „neue“ Errungenschaft. Wie kam es dazu?

WAGNER: Ein wesentlicher Schritt war die Einrichtung einer Projektgruppe Mitte des Jahres 2022 am Bayerischen Landesamt für Statistik in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und dem Landesamt für Umwelt. Damit standen die zeitlichen und personellen Ressourcen zur Verfügung, um eine Methodik für Schätzungen und vorläufige Berechnungen zu entwickeln.

Ziel des Projekts war es, die Berichterstattung nicht nur zu beschleunigen, sondern auch bestehende Datenlücken zu schließen, sektorale Ergebnisse zu erarbeiten und eine geeignete Datengrundlage für den Bayerischen Klimabericht zu schaffen. Ein Ergebnis der Projektgruppe war es somit, eine Methodik zu entwickeln, die es ermöglicht, bereits nach rund acht Monaten eine erste Schätzung für das Vorjahr und nach etwa 18 Monaten vorläufige Ergebnisse vorzulegen.

Das Projekt wird voraussichtlich in diesem Jahr auslaufen. Derzeit wird das letzte Projektziel bearbeitet, bei dem geprüft wird, ob künftig regionalisierte Ergebnisse bereitgestellt werden können. Die zeitnahe Bilanzierung wird auch nach Ende des Projekts fortgeführt. Eine Verwaltungsvereinbarung, die 2024 zwischen dem Bayerischen Landesamt für Statistik und dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz geschlossen wurde, stellt sicher, dass die Berechnungen dauerhaft weitergeführt werden.

Mehrfach wurde betont, dass Treibhausgasbilanzen nicht auf direkten Messungen, sondern auf modellbasierten Berechnungen beruhen. Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für die Kommunikation der Ergebnisse?

WAGNER: Da Treibhausgasbilanzen nicht auf Messungen, sondern auf Modellen beruhen, sind die Ergebnisse nie als unveränderlich zu verstehen. Die Methodik wird laufend verbessert und auch die Datengrundlagen ändern sich regelmäßig. Das führt dazu, dass ganze Zeitreihen jährlich revidiert werden, damit Vergleiche – etwa seit 1990 – weiterhin möglich bleiben.

Für die Kommunikation bedeutet das einen gewissen Erklärungsbedarf. Wir möchten nachvollziehbar darstellen, warum sich Werte rückwirkend ändern, welche Annahmen in die Modelle einfließen und wo Datenlücken bestehen. Gleichzeitig besteht die Gefahr von Fehlinterpretationen, wenn Ergebnisse unterschiedlicher Rechnungsstände miteinander verglichen werden.

Wichtig ist daher, die Nutzerinnen und Nutzer mit begleitenden Erläuterungen zu unterstützen – sei es durch methodische Hinweise, Dokumentationen oder Hinweise auf Revisionen. Nur so lässt sich sicherstellen, dass die Zahlen richtig eingeordnet werden und ihre Aussagekraft erhalten bleibt. Dies setzen wir in Form von ausführlichen Methodenbeschreibungen oder Erläuterungen zu Revisionen, die wir auf unserer Webseite zur Verfügung stellen, oder in komprimierter Form in Fußnoten bei den Daten selbst um, die wir in Genesis-Online veröffentlichen.

In der Podiumsdiskussion wurde die eingeschränkte Datenverfügbarkeit, etwa durch Geheimhaltungsvorschriften oder fehlende gesetzliche Grundlagen zur Datennutzung, als zentrales Problem benannt. Welche Veränderungen wären aus Ihrer Sicht notwendig, um die Datenbasis für die Treibhausgasberichterstattung zu verbessern?

WAGNER: Um die Treibhausgasberichterstattung langfristig zu stärken, braucht es aus meiner Sicht strukturelle Verbesserungen. Dazu gehören gesetzliche Grundlagen für die Datennutzung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Viele Daten liegen bereits vor, können aber aufgrund rechtlicher Einschränkungen nicht genutzt oder weitergegeben werden.

Ebenso braucht es stabile Ressourcen, um die Datenqualität langfristig zu sichern und methodische Brüche zu vermeiden. Darüber hinaus ist ein Austausch zwischen den Bilanzierenden auf Landes- und kommunaler Ebene wichtig, ebenso wie zwischen den Ebenen insgesamt. So können Herausforderungen und Erfahrungen geteilt und Anliegen gemeinsam adressiert werden.

Frau Wagner, wir danken Ihnen herzlich für das offene Gespräch und wünschen Ihnen für Ihre wichtige Arbeit weiterhin viel Erfolg und alles Gute.

Das Gespräch mit Franziska Wagner führte Annett Schlemper.

79 015 054 t

CO₂-Emissionen

Bilanzierung für das Berichtsjahr 2013

* Quelle: Bayern in Zahlen 05/2017

Treibhausgasemissionen in Bayern*

Sebastian Glauber, M.Sc.

Die Bekämpfung des Klimawandels gilt als eine zentrale Aufgabe der aktuellen Zeit und wird sowohl auf globaler, nationaler als auch regionaler Ebene diskutiert. Es werden Ziele definiert und Maßnahmen ergriffen. Auf globaler Ebene gelten das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) sowie das darauf folgende Kyoto-Protokoll als maßgebliche internationale Umweltabkommen. Mit Hilfe dieser Verträge soll die „Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre auf einem Niveau stabilisiert werden, das eine gefährliche, durch den Menschen verursachte Störung des Klimasystems verhindert“ (EEA 2016). Auf europäischer Ebene ist das Emissionshandelssystem das wichtigste Instrument zur Bekämpfung des Klimawandels (vgl. EEA 2016).

In Deutschland sind im Energiekonzept der Bundesregierung Ziele zu den Themenfeldern der Energieeffizienz, des Ausbaus erneuerbarer Energien und der Reduktion der Treibhausgasemissionen festgeschrieben. Das Treibhausgasreduktionsziel sieht, ausgehend vom Jahr 1990, eine Minderung der Emissionen um mindestens 40 % bis zum Jahr 2020 vor. Anschließend wird, ebenfalls im Vergleich zu 1990, bis 2050 eine Reduktion um 80 % bis 95 % angestrebt (vgl. BMUB 2014).

Das „Klimaschutzprogramm Bayern 2050“, welches 2014 von der Bayerischen Staatsregierung verabschiedet wurde, beinhaltet ebenfalls Ziele zur Treibhausgasreduktion. Bis zum Jahr 2050 sollen die Treibhausgas-Emissionen pro Kopf und Jahr auf weniger als zwei Tonnen reduziert werden. Auf der kurz- und mittelfristigen Ebene wird eine Reduzierung der energiebedingten CO₂-Emissionen auf deutlich unter sechs Tonnen pro Kopf und Jahr bis 2020 sowie eine Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen auf unter fünf Tonnen bis 2030 angestrebt (vgl. STMUV 2014). Mit Hilfe dieser Zielvorgaben sollen die Auswirkungen des Klimawandels begrenzt werden.

Vorbemerkungen

Unter Klimawandel versteht man definitionsgemäß „die Veränderung der durchschnittlichen Witterungsverhältnisse und der Extremereignisse über einen längeren Zeitraum in einem bestimmten Gebiet oder global“ (UBA 2016a). Diese Klimaänderungen können beispielsweise durch Veränderungen der Erdoberfläche, von geostrophysikalischen Parametern (z.B. Solarkonstante, Erdbahnelemente etc.), des Energiehaushaltes im System „Erdoberfläche und Atmosphäre“ oder Verschiebungen im Stoffhaushalt der Atmosphäre verursacht werden. Darunter fallen

auch Änderungen der Treibhausgaskonzentration (vgl. UBA 2016a).

Im Kyoto-Protokoll werden neben den fluorierten Treibhausgasen (F-Gase) wie wasserstoffhaltige Fluorkohlenwasserstoffe (HFKW), perfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKW) und Schwefelhexafluorid (SF₆) noch Stickstofftrifluorid (NF₃) sowie drei weitere Treibhausgase genannt, welche nachfolgend beschrieben werden. Zusätzlich zum wohl bekanntesten Treibhausgas, Kohlendioxid (CO₂), sind dies Methan (CH₄) und Distickstoffoxid (umgangssprachlich

Lachgas, N_2O) (vgl. UBA 2016b). Der vorliegende Artikel konzentriert sich auf diese drei Treibhausgase.

Kohlendioxid entsteht größtenteils bei der Verbrennung in Anlagen und Motoren, d.h. beim Betrieb von Kraftwerken oder der Nutzung von Automobilen. Des Weiteren wird CO_2 bei der Zement- und Baustoffherstellung emittiert. Im Jahr 2014 war es mit einem Anteil von 88 % das bedeutendste Treibhausgas in Deutschland (vgl. UBA 2016c).

Methan-Emissionen entstehen zum überwiegenden Teil bei der Tierhaltung. Darüber hinaus entstehen Emissionen in größerem Umfang bei der Gewinnung, Förderung und Verteilung von Brennstoffen (z. B. Steinkohlenbergbau, Gasverteilung) sowie auf Abfalldeponien. Die weiteren Quellen für CH_4 -Emissionen sind Verbrennungsprozesse im Straßenverkehr und in stationären Anlagen, die Abwasser- und Klärschlammbehandlung, die Verwertung von Klärschlamm in der Landwirtschaft sowie im geringfügigen Umfang in Industrieprozessen. Im Jahr 2014 hatte Methan einen Anteil von 6,2 % an den deutschen Treibhausgasemissionen. Es lässt sich ein Emissionsrückgang von 53 % im Vergleich zum Jahr 1990 konstatieren (vgl. UBA 2016c).

Distickstoffoxid wird vor allem durch landwirtschaftliche Bodennutzung emittiert, beispielsweise wegen des Einsatzes von stickstoffhaltigem Dünger. Daneben entstehen Emissionen bei Prozessen in der chemischen Industrie und in geringerem Umfang durch Verbrennungsprozesse, Abwasserbehandlung oder den direkten Einsatz als Narkosemittel. An den gesamten deutschen Treibhausgasemissionen im Jahr 2014 nahm N_2O einen Anteil von 4 % ein (vgl. UBA 2016c).

Deutliche Veränderungen im Stoffhaushalt der Atmosphäre lassen sich seit Beginn der Industrialisierung nachweisen. Seit 1750 stieg die Konzentration von Methan in der Atmosphäre bis zum Jahr 2014 etwa um den Faktor 2,5. Die Distickstoffoxid-Konzentration stieg im selben Zeitraum um etwa 20 %, die Kohlendioxid-Konzentration um 40 %. Die Konzentrationszunahme verstärkt den (natürlichen) Treibhauseffekt. Dieser, durch den Menschen verursach-

te, Treibhauseffekt wird als anthropogen bezeichnet (vgl. UBA 2016a).

Klimaänderungen haben weitreichende Auswirkungen auf die Ökologie und Gesellschaft mit bedrohlichen Folgen wie der Häufung von Wetterextremen (z. B. Überschwemmungen, Dürre etc.), steigende Meeresspiegel oder dem Aussterben bestimmter Tierarten. Um die gefährlichsten Folgen zu verhindern, gilt eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf maximal 2°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau als geboten. Nach aktuellem Forschungsstand müsste „dazu bis spätestens 2020 der Höhepunkt der Treibhausgasemissionen erreicht und eine Trendwende herbeigeführt sein“ (UBA 2016a). Des Weiteren erscheint eine globale Emissionsminderung von mindestens 50 % bis zum Jahr 2050, basierend auf dem Ausgangsjahr 2000, dringend erforderlich (vgl. UBA 2016c).

Treibhausgasbilanzierung der amtlichen Statistik

Die CO_2 -Bilanzen der Bundesländer umfassen energiebedingte und, soweit von den Ländern berechnet, prozessbedingte Emissionen. Diese beiden Berechnungen basieren auf einer im Rahmen des Länderarbeitskreises Energiebilanzen (LAK Energiebilanzen) abgestimmten Methodik. Den Ausgangspunkt für die energiebedingten CO_2 -Emissionen bildet die Energiebilanz als „umfassende und vollständige Darstellung des Energieverbrauchs“ (LAK 2017). Die Bereiche mit einem emissionswirksamen Umwandlungseinsatz sowie einem Endverbrauch von Energieträgern werden hierfür herangezogen. Es handelt sich dabei um „Anlagen der Strom- und Wärmeerzeugung, beim Verbrauch in den Umwandlungsbereichen und in der Energiegewinnung, bei Fackel- und Leitungsverlusten sowie im Bereich des Endenergieverbrauchs, unterteilt in die Sektoren Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Verkehr sowie Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher“ (LAK 2017). Anschließend wird mit Hilfe der CO_2 -Emissionsfaktoren, differenziert nach Einsatzbereichen und Energieträgern, die Berechnung der energiebedingten CO_2 -Emissionen vorgenommen. Diese umfasst die Emissionen von Kohle, Gas,

Mineralöl und Mineralölprodukten. Nicht berücksichtigt werden erneuerbare Energieträger und die „Anderen Steinkohlenprodukte“, da letztere ausschließlich nicht-energetisch verwendet werden (vgl. LAK 2017).

Die prozessbedingten CO₂-Emissionen entstehen als Nebenprodukt bei bestimmten industriellen Herstellungsprozessen. Als Datenquellen für diese Berechnungen werden die „Vierteljährliche Produktionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ sowie die Emissionsfaktoren des Umweltbundesamts herangezogen. Die Emissionen werden für den Herstellungsprozess von Hüttenaluminium, Zementklinker, Kalk, Glas, Calciumkarbid, Ammoniak, Soda, Mauer- und Dachziegeln und Industrie-ruß im Rahmen des LAK Energiebilanzen berechnet. Ausgenommen für die bayerische Emissionsbilanz sind die Herstellung von Calciumkarbid, Ammoniak und Soda. Beim deutschlandweit einzigen Produktionswerk von Calciumkarbid unterliegen die Angaben bzw. Daten der statistischen Geheimhaltung, da sie Einzelwerte beinhalten. Ammoniak wird in Bayern nicht produziert und Soda „wird in Deutschland ausschließlich chemisch mit dem CO₂-neutralen Solvay-Verfahren hergestellt“ (Weber 2014). Eine detaillierte Darstellung zur Berechnung der prozessbedingten CO₂-Emissionen ist in „Bayern in Zahlen“, Ausgabe 05/2014 enthalten (vgl. Weber 2014).

Mit dem Nationalen Inventarbericht zum Deutschen Treibhausgasinventar (NIR) 1990 bis 2014 des Umweltbundesamts, welcher die Berichterstattung unter der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen und dem Kyoto-Protokoll 2016 regelt, erfolgte auch eine Anpassung der Emissionsfaktoren. Ein wichtiges Instrument des Umweltbundesamts ist die zentrale, nationale Datenbank Zentrales System Emissionen (ZSE) zur Emissionsberechnung und -berichterstattung. Innerhalb dieser Datenbank sind alle für die Emissionsberechnung benötigten Informationen (Methoden, Aktivitätsraten, Emissionsfaktoren) enthalten (vgl. UBA 2016a).

Die im vorliegenden Artikel dargestellten Werte zu den Treibhausgasemissionen beinhalten eine Revidierung der energie- und prozessbedingten CO₂-

Emissionen. Der Revision liegt eine Anpassung der Emissionsfaktoren an den zuvor schon genannten Nationalen Inventarbericht 2016 des Umweltbundesamts zu Grunde. Die Revidierung erfolgte im 1. Quartal 2017.

Im Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AK UGRdL) werden im Bereich der Treibhausgase verschiedene Emissionswerte berechnet und ausgewiesen. Neben den energiebedingten und prozessbedingte CO₂-Emissionen werden die Methan- und Distickstoffoxid-Emissionen für verschiedene Sektoren nach einer einheitlichen Methodik ermittelt. Die Grundlage der Länderberechnungen ist die jährliche Berichterstattung des Umweltbundesamts, an welcher sich diese anlehnen und daher vergleichbar gemacht werden (vgl. AK UGRdL 2016a).

Die Rechenbereiche der Methan- und Distickstoffoxid-Emissionen umfassen die Landwirtschaft, Abfall- und Abwasserwirtschaft, Verkehr, (petro-)chemische Prozesse, Produktanwendungen, Feuerungsanlagen sowie die Energiegewinnung und -verteilung. Beispielsweise werden Daten aus der „Agrarstrukturerhebung“, der „Bodennutzungshaupterhebung“ oder der „Düngemittelstatistik“ für die Berechnung der CH₄- und N₂O-Emissionen der Landwirtschaft genutzt. Weitere Datenquellen sind die „Erhebung über die Abfallentsorgung“, die „Verkehrsleistungsstatistik im Luftverkehr“, die „Fahrzeugbestände des Kraftfahrt-Bundesamts (KBA)“ oder die „Energiebilanz“ für die Rechenbereiche Abfall- und Abwasserwirtschaft sowie Verkehr. In die Berechnungen zu den (petro-)chemischen Prozessen und Produktanwendungen gehen u. a. Daten aus der „Produktionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ und der „jährlichen Fortschreibung des Bevölkerungsstandes“ ein. Als Datenquellen für die Bereiche Feuerungsanlagen und Energiegewinnung und -verteilung werden beispielsweise die „Energiebilanzen“, die „Emissionsfaktoren aus der Datenbank des Umweltbundesamts“ sowie die „Gasstatistik Bundesrepublik Deutschland des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)“ genutzt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die verwendeten Datenquellen für die Länderrechnungen zu den CH₄- und

N₂O-Emissionen größtenteils direkt aus der amtlichen Statistik kommen und von einer hohen Berechnungsqualität ausgegangen werden kann. Die Vorgehensweise ist, wie bereits erwähnt, an die nationale Berichterstattung zum deutschen Treibhausgasinventar des Umweltbundesamts angelehnt, als Grundlage für die Länderrechnungen dient immer der aktuellste NIR. Zum Stand dieser Veröffentlichung ist dies der NIR 2016 (vgl. AK UGRdL 2016a). Eine detaillierte Darstellung der Rechenschritte zur Methan- und Distickstoffoxid-Emissionsberechnung des AK UGRdL ist in der Methodendokumentation einsehbar (vgl. AK UGRdL 2016a).

Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Bayern

In diesem Kapitel wird die Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Bayern, basierend auf den Zahlen der amtlichen Statistik, dargestellt. Die Darstellung umfasst die energiebedingten CO₂-Emissionen, die prozessbedingten CO₂-Emissionen sowie die CH₄- und N₂O-Emissionen.

In einem ersten Schritt wird die Entwicklung der energiebedingten CO₂-Emissionen aufbereitet. Die energiebedingten CO₂-Emissionen sind eng an die Nutzung der einzelnen Energieträger gekoppelt, ein

Blick aus der amtlichen Statistik über die Veränderungen der bayerischen Energieversorgung ist in „Bayern in Zahlen“, Ausgabe 11/2016 dargestellt (vgl. Glauber 2016). Im Folgenden werden die effektiven CO₂-Emissionen, d.h. nicht temperaturbereinigt, für den Zeitraum von 1990 bis 2013 abgebildet. In Tabelle 1 ist eine Differenzierung nach den Energieträgern Steinkohle, Braunkohle, Mineralöle und Mineralölprodukte, Gase, Abfälle (nicht biogen) und Sonstige dargestellt.

Im Jahr 1990 lagen die effektiven CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch bei insgesamt 84 767 118 Tonnen CO₂. Der Höchstwert wurde mit 93 163 283 Tonnen im Jahr 1996 erreicht, während die geringsten Emissionswerte im Jahr 2007 mit 75 622 187 Tonnen zu verzeichnen sind. Für das Berichtsjahr 2013 werden 79 015 054 Tonnen CO₂-Emissionen bilanziert. Hinsichtlich der einzelnen Energieträger zeigt sich, dass die meisten Kohlendioxid-Emissionen durch den Verbrauch von Mineralölen und Mineralölprodukten entstehen. Im Jahr 1990 waren diese für 55 578 508 Tonnen CO₂-Emissionen verantwortlich und stiegen bis auf 61 552 597 Tonnen im Berichtsjahr 1993. Mit Schwankungen verbunden, pendelte sich der Emissionsausstoß bis ins Jahr 2001 auf diesem Niveau ein. Danach san-

Tab. 1 Effektive CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch in Bayern von 1990 bis 2013

Jahr	Steinkohle	Braunkohle	Mineralöle und Mineralölprodukte	Gase	Abfälle (nicht biogen)	Sonstige	Insgesamt
	Tonnen CO ₂						
1990	8 476 300	4 699 272	55 578 508	15 592 603	420 435	–	84 767 118
1991	8 771 636	4 181 607	59 606 735	16 293 348	390 961	–	89 244 287
1992	8 391 529	4 255 179	58 498 421	15 685 764	420 974	–	87 251 867
1993	8 726 386	4 074 122	61 552 597	15 707 426	424 839	–	90 485 371
1994	8 166 873	3 978 846	59 784 718	15 758 429	441 950	–	88 130 815
1995	8 573 555	3 297 139	58 843 472	17 053 809	734 866	–	88 502 841
1996	9 653 161	3 696 357	60 884 616	18 177 132	752 018	–	93 163 283
1997	8 935 616	3 504 736	59 860 602	17 730 694	802 446	–	90 834 093
1998	8 761 846	3 988 042	61 402 210	17 935 421	–	–	92 087 519
1999	8 414 965	3 453 126	59 308 973	18 783 703	–	–	89 960 767
2000	8 223 996	3 387 572	57 538 026	18 770 275	–	–	87 919 869
2001	6 695 296	3 641 497	59 477 317	19 969 689	–	–	89 783 799
2002	5 717 852	2 387 981	56 165 633	19 536 011	–	–	83 807 477
2003	6 279 956	920 497	55 302 184	20 229 239	990 986	77 476	83 800 339
2004	5 990 400	396 908	54 859 608	20 814 897	1 280 562	75 996	83 418 374
2005	5 238 570	460 464	53 447 065	20 424 676	1 353 143	19 487	80 943 405
2006	4 598 634	485 750	54 499 632	21 374 545	1 425 527	25 938	82 410 025
2007	5 509 177	519 780	47 672 774	20 456 336	1 435 790	28 329	75 622 187
2008	5 580 245	505 298	51 515 770	21 527 734	1 498 987	13 686	80 641 720
2009	5 101 287	439 432	49 442 454	21 003 700	2 130 545	13 072	78 130 490
2010	4 763 400	670 314	49 248 182	23 747 108	2 084 452	126 453	80 639 908
2011	4 826 077	756 757	48 251 788	22 834 134	2 027 015	143 827	78 839 598
2012	5 212 025	736 978	47 588 926	23 156 787	2 032 620	57 296	78 784 633
2013	5 333 923	742 165	48 945 616	21 292 050	2 407 077	294 223	79 015 054

ken die CO₂-Emissionen durch Mineralöl und Mineralölprodukte und weisen für 2013 einen Wert von 48 945 616 Tonnen auf. Absolut die zweithöchsten Kohlendioxid-Emissionen weist der Primärenergieverbrauch von Gas in Bayern auf. Während Gas im Jahr 1990 noch 15 592 603 Tonnen CO₂ emittierte, stieg der Wert bis auf 23 156 787 Tonnen im Jahr 2012 an. Für das Berichtsjahr 2013 werden 21 292 050 Tonnen CO₂-Emissionen ausgewiesen, welche mit dem Primärenergieverbrauch von Gas verbunden sind. Während die Kohlendioxid-Emissionen aus Gas gestiegen sind, sind diese aus Stein- und Braunkohle deutlich zurückgegangen. Wurden im Jahr 1990 noch 8 476 300 Tonnen CO₂ aus Steinkohle und 4 699 272 Tonnen CO₂ aus Braunkohle emittiert, sanken die Werte bis zum Jahr 2013 auf 5 333 923 Tonnen CO₂ (Steinkohle) und 742 165 Tonnen CO₂ (Braunkohle). Der verstärkte Gasverbrauch und rückläufige Kohleverbrauch im Primärenergiebereich wird auch in einem früheren Beitrag der Monatszeitschrift „Bayern in Zahlen“, Ausgabe 11/2016 thematisiert (vgl. Glauber 2016).

Eine Betrachtung der energiebedingten CO₂-Emissionen je Einwohner, sowohl mit als auch ohne Einbezug des internationalen Luftverkehrs, liefert das in Tabelle 2 dargestellte Ergebnis. Als Grundlage für einwohnerbezogene Auswertungen in diesem Beitrag gilt die Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011.

Die energiebedingten CO₂-Emissionen betragen 6,0 Tonnen je Einwohner im Jahr 2013, ohne internationalen Luftverkehr, und 6,29 Tonnen je Einwohner unter Einbezug des internationalen Flugverkehrs (vgl. Tabelle 2).

In einem weiteren Schritt werden die CO₂-Emissionen ihrem Endenergieverbrauchsbereich, d. h. dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Verkehr sowie den Haushalten und sonstigen Verbrauchern, zugeordnet. Innerhalb dieser Bereiche werden die CO₂-Emissionen der einzelnen Energieträger dargestellt.

Begonnen wird mit dem Verarbeitenden Gewerbe und den dort ausgestoßenen CO₂-Emissionen (vgl. Tabelle 3).

Tab. 2 **Energiebedingte CO₂-Emissionen je Einwohner in Bayern von 1990 bis 2013**

Jahr	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen je Einwohner inkl. internationaler Luftverkehr	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen je Einwohner ohne internationalen Luftverkehr
1990	7,47	7,37
1991	7,75	7,66
1992	7,48	7,39
1993	7,67	7,58
1994	7,43	7,33
1995	7,43	7,33
1996	7,78	7,65
1997	7,57	7,43
1998	7,67	7,51
1999	7,47	7,30
2000	7,26	7,08
2001	7,36	7,19
2002	6,83	6,66
2003	6,81	6,63
2004	6,77	6,52
2005	6,56	6,28
2006	6,67	6,36
2007	6,11	5,79
2008	6,51	6,19
2009	6,32	5,95
2010	6,52	6,20
2011	6,35	6,04
2012	6,31	6,01
2013	6,29	6,00

Im Jahr 1990 wurden 13 270 338 Tonnen CO₂ im Verarbeitenden Gewerbe emittiert, mehr als die Hälfte davon (6 825 146 Tonnen CO₂) durch Gasverbrauch. Der Verbrauch von Mineralölen und Mineralölprodukten war für 4 267 239 Tonnen CO₂ verantwortlich, die restlichen Emissionen entfielen auf die Steinkohle (1 646 760 Tonnen CO₂) und Braunkohle (531 192 Tonnen CO₂). Die CO₂-Emissionen aus dem Gasverbrauch sind mit 6 211 909 Tonnen auch im Berichtsjahr 2013 für einen Großteil der gesamten CO₂-Emissionen des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt, 9 577 885 Tonnen CO₂, verantwortlich. Demgegenüber sind die Emissionen aus dem Verbrauch von Mineralölen und Mineralölprodukten mit 1 059 662 Tonnen CO₂ im Vergleich zum Ausgangsjahr deutlich zurückgegangen. Die Sonstigen, inklusive nicht biogener Abfälle, emittierten 936 696 Tonnen CO₂ im Jahr 2013. Annähernd halbiert haben sich im Zeitablauf die Emissionen aus dem Verbrauch von Steinkohle auf 835 010 Tonnen CO₂ für das Jahr 2013, während sich die Emissionen aus dem Braunkohleverbrauch mit 534 608 Tonnen CO₂ etwa auf dem Ausgangsniveau von 1990 befinden.

Tab. 3 Effektive CO₂-Emissionen im Endenergieverbrauchsbereich Verarbeitendes Gewerbe in Bayern von 1990 bis 2013

Jahr	Steinkohle	Braunkohle	Mineralöle und Mineralölprodukte	Gase	Sonstige (inkl. Abfälle nicht biogen)	Insgesamt
Tonnen CO ₂						
1990	1 646 760	531 192	4 267 239	6 825 146	–	13 270 338
1991	1 467 734	619 745	4 663 932	6 911 197	–	13 662 608
1992	1 625 747	613 452	4 377 996	6 991 924	–	13 609 118
1993	1 529 333	559 396	4 215 456	7 086 804	–	13 390 990
1994	1 534 779	563 617	4 035 450	7 039 988	–	13 173 833
1995	1 475 557	318 350	4 013 268	5 059 633	–	10 866 808
1996	1 381 431	304 651	3 954 725	5 190 761	–	10 831 569
1997	1 357 061	307 453	3 414 229	5 511 730	–	10 590 473
1998	1 277 080	287 186	3 584 637	5 471 781	–	10 620 684
1999	1 109 013	265 288	2 940 598	5 754 669	–	10 069 568
2000	1 424 872	243 702	2 745 662	6 001 848	–	10 416 083
2001	1 206 058	223 415	2 853 295	5 648 523	–	9 931 291
2002	1 162 353	198 625	2 362 774	5 538 057	–	9 261 809
2003	1 114 063	163 737	2 645 998	5 329 757	–	9 253 554
2004	967 716	235 090	2 315 860	5 892 737	331 215	9 742 618
2005	620 180	290 994	1 995 066	5 666 716	350 162	8 923 119
2006	885 151	285 112	2 616 813	5 453 328	374 610	9 615 014
2007	983 116	368 123	2 459 720	5 836 258	440 431	10 087 647
2008	1 124 777	317 676	2 020 137	5 467 737	482 669	9 412 996
2009	959 905	219 487	1 569 221	5 199 275	662 471	8 610 359
2010	945 024	458 605	1 979 961	5 895 871	546 337	9 825 798
2011	1 049 630	546 187	1 640 328	6 081 416	543 921	9 861 482
2012	981 439	510 612	1 447 700	6 712 848	383 950	10 036 549
2013	835 010	534 608	1 059 662	6 211 909	936 696	9 577 885

In Tabelle 4 werden die effektiven CO₂-Emissionen im Endenergieverbrauchsbereich Verkehr dargestellt.

In den ersten 15 Jahren des Berechnungszeitraums fielen die kompletten Kohlendioxid-Emissionen im

Verkehr durch den Verbrauch von Mineralölen und Mineralölprodukten an. Im Jahr 1990 lag der Ausstoß bei 27 674 582 Tonnen CO₂ und erreichte seinen Höhepunkt im Jahr 1999 mit 33 736 170 Tonnen CO₂. Anschließend zeigt sich tendenziell eine Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen durch den Mineralölverbrauch, im Berichtsjahr 2013 waren es noch 30 593 648 Tonnen CO₂. Ab dem Jahr 2005 wird auch der Gaseinsatz im Verkehrsbereich amtlich bilanziert, darunter ist z.B. der Einsatz von erdgasbetriebenen PKW zu verstehen. Dessen effektive CO₂-Emissionen belaufen sich im Jahr 2005 auf 20 304 Tonnen CO₂. Im Jahr 2013 wurden 66 472 Tonnen CO₂ durch den Gaseinsatz emittiert, das sind gerade einmal rund 0,2% im gesamten Verkehrsbereich.

Abschließend wird die Entwicklung der CO₂-Emissionen bei den Haushalten und übrigen Verbrauchern von 1990 bis 2013 dargestellt (vgl. Tabelle 5).

Im Jahr 1990 wurden 25 900 901 Tonnen CO₂ bei den Haushalten und übrigen Verbrauchern emittiert, der größte Anteil entfiel mit 19 630 892 Tonnen auf den Verbrauch von Mineralöl und Mineralölprodukten. Daneben sind die Gase mit 5 220 700 Tonnen CO₂-Emissionen besonders relevant, die Emissionen aus dem Verbrauch von Stein- und Braunkohle

Tab. 4 Effektive CO₂-Emissionen im Endenergieverbrauchsbereich Verkehr in Bayern von 1990 bis 2013

Jahr	Mineralöle und Mineralölprodukte	Gase	Insgesamt
Tonnen CO ₂			
1990	27 674 582	–	27 674 582
1991	28 365 237	–	28 365 237
1992	28 791 972	–	28 791 972
1993	30 507 037	–	30 507 037
1994	29 417 146	–	29 417 146
1995	30 069 852	–	30 069 852
1996	30 736 793	–	30 736 793
1997	31 262 332	–	31 262 332
1998	32 079 405	–	32 079 405
1999	33 736 170	–	33 736 170
2000	33 125 580	–	33 125 580
2001	32 388 059	–	32 388 059
2002	32 015 294	–	32 015 294
2003	30 792 216	–	30 792 216
2004	31 904 792	–	31 904 792
2005	30 751 129	20 304	30 771 433
2006	30 517 413	32 366	30 549 779
2007	30 235 608	55 290	30 290 898
2008	30 304 083	61 171	30 365 254
2009	30 647 519	65 552	30 713 071
2010	30 176 899	67 667	30 244 566
2011	30 793 196	68 438	30 861 633
2012	30 256 212	71 226	30 327 437
2013	30 593 648	66 472	30 660 120

Tab. 5 Effektive CO₂-Emissionen im Endenergieverbrauchsbereich Haushalte und übrige Verbraucher in Bayern von 1990 bis 2013

Jahr	Steinkohle	Braunkohle	Mineralöle und Mineralölprodukte	Gase	Insgesamt
	Tonnen CO ₂				
1990	568 481	480 828	19 630 892	5 220 700	25 900 901
1991	560 411	575 805	21 454 077	6 006 311	28 596 604
1992	443 762	683 235	20 472 997	6 068 907	27 668 902
1993	370 820	459 909	22 250 794	6 543 698	29 625 220
1994	335 630	331 806	21 647 075	6 335 993	28 650 504
1995	375 236	468 399	20 684 409	9 613 800	31 141 844
1996	359 177	637 249	22 113 978	10 808 618	33 919 022
1997	192 297	475 648	21 076 714	10 254 631	31 999 290
1998	112 488	288 400	21 716 887	10 186 930	32 304 705
1999	126 157	243 228	19 070 767	10 649 678	30 089 829
2000	138 990	273 333	18 120 321	10 047 695	28 580 339
2001	53 869	230 970	20 808 463	11 018 957	32 112 260
2002	28 720	199 842	18 345 594	11 029 744	29 603 900
2003	19 067	199 536	17 928 912	11 075 058	29 222 573
2004	13 625	158 206	16 489 412	10 722 433	27 383 676
2005	10 514	168 715	16 662 382	9 222 008	26 063 619
2006	12 823	200 074	17 356 620	10 290 552	27 860 069
2007	20 234	150 798	10 786 121	9 212 213	20 169 367
2008	18 784	187 041	15 071 295	10 590 020	25 867 140
2009	21 127	217 283	13 158 647	10 569 255	23 966 312
2010	22 962	210 710	13 382 656	10 820 935	24 437 262
2011	24 255	209 689	12 564 942	9 721 434	22 520 320
2012	24 651	225 495	12 568 721	10 074 778	22 893 646
2013	24 111	206 661	13 725 081	9 740 233	23 696 087

sind mit 568 481 CO₂ bzw. 480 828 Tonnen CO₂ vergleichsweise gering. Der Verbrauch von Kohlen (Stein- und Braunkohlen) im Bereich der Haushalte und übrigen Verbraucher sank im Zeitablauf weiter und war im Berichtsjahr 2013 noch für 230 773 Tonnen CO₂ verantwortlich. Demgegenüber haben der Gasverbrauch und die damit zusammenhängenden Emissionen zugenommen, für das Jahr 2013 werden 9 740 233 Tonnen CO₂ ausgewiesen. Die Kohlendioxid-Emissionen aus dem Verbrauch von Mineralölen und Mineralölprodukten bei den Haushalten und übrigen Verbrauchern gingen im betrachteten Zeitraum markant zurück und liegen im Berichtsjahr 2013 bei 13 725 081 Tonnen. Die Gesamtemissionen betragen 23 696 087 Tonnen CO₂ und liegen somit um rund 9% unterhalb des Ausgangsniveaus des betrachteten Zeitraums.

Im nächsten Abschnitt werden nun die prozessbedingten CO₂-Emissionen betrachtet, welche bei bestimmten industriellen Herstellungsprozessen entstehen. Diese Prozesse beziehen sich auf die Herstellung von Hüttenaluminium, Kalk, Glas, Ziegeln und Industrieruß. Aufgrund der statistischen Geheimhaltung können die prozessbedingten CO₂-Emissionen nur für Zementklinker, Kalk, Glas, Ziegel sowie als Insgesamt-Wert ausgewiesen werden.

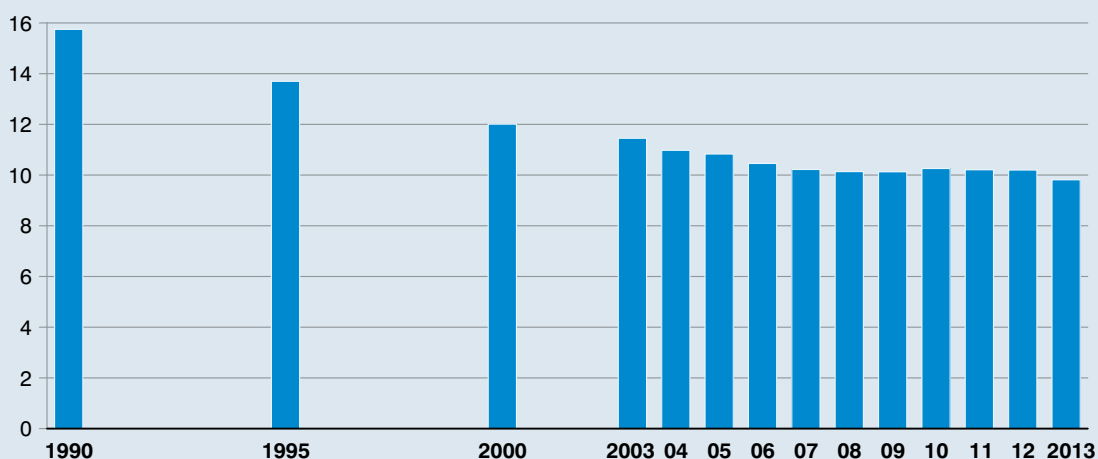
Tabelle 6 liefert einen Überblick über die prozessbedingten CO₂-Emissionen vom ersten Jahr der Berechnung, 2009, bis zum Berichtsjahr 2013.

Die prozessbedingten CO₂-Emissionen sind im Zeitraum 2009 bis 2013 von 2 497 311 Tonnen auf 2 899 246 Tonnen angestiegen. Der größte Anteil

Tab. 6 Prozessbedingte CO₂-Emissionen in Bayern von 2009 bis 2013

	Prozessbedingte CO ₂ -Emissionen in Tonnen				
	2009	2010	2011	2012	2013
Herstellung von					
Zementklinker	1 772 508	1 841 812	2 141 856	2 088 335	2 064 689
Kalk	441 658	453 644	487 557	493 041	513 692
Glas	155 267	157 834	156 622	143 817	160 651
Ziegeln	121 953	138 383	150 182	158 237	157 890
Prozessbedingte CO₂-Emissionen insgesamt	2 497 311	2 598 345	2 942 273	2 889 196	2 899 246

Abb. 1

Entwicklung der Methan-Emissionen in Bayern von 1990 bis 2013
 in Millionen CO₂-Äquivalenten


der prozessbedingten CO₂-Emissionen entfällt auf die Herstellung von Zementklinker. Diese war im Berichtsjahr 2013 mit 2 064 689 Tonnen CO₂ verbunden, im Jahr 2009 lag der Wert bei 1 772 508 Tonnen CO₂. Die Herstellung von Kalk verursachte im Berichtsjahr 2013 513 692 Tonnen CO₂-Emissionen, dies sind 72 034 Tonnen mehr als noch im Jahr 2009.

Bei der Glasproduktion wurden 2009 noch 155 267 Tonnen CO₂ emittiert, im Berichtsjahr 2013 lag der Wert bei 160 651 Tonnen CO₂. Der Herstellungsprozess von Ziegeln war im Jahr 2013 mit einem Ausstoß von 157 890 Tonnen CO₂ verbunden.

Die CH₄- und N₂O-Emissionen werden, wie zuvor ausgeführt, durch den AK UGRdL berechnet. In den jährlichen Gemeinschaftsveröffentlichungen sind die Ergebnisse für alle Bundesländer tabellarisch aufbereitet und veröffentlicht. Die aktuellste Veröffentlichung ist von Oktober 2016, diese Tabellen dienen als Basis der folgenden Ausführungen zu den Methan- und Distickstoffoxid-Emissionen in Bayern (vgl. AK UGRdL 2016b).

Begonnen wird mit der Entwicklung der Methan-Emissionen über den Zeitraum von 1990 bis 2013. Um eine Vergleichbarkeit mit den CO₂-Emissionen zu erreichen, werden die CH₄-Emissionen in CO₂-Äquivalenten dargestellt. Hierzu werden die Methan-Emissionen mit dem GWP-Wert (Global Warming

Potential) von 25 in CO₂-Äquivalente umgerechnet (vgl. Abbildung 1).

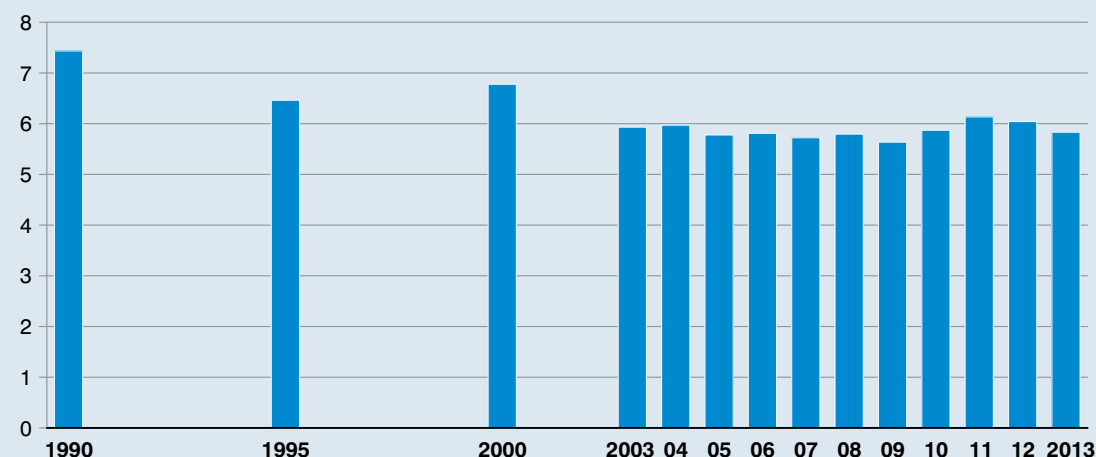
Im betrachteten Ausgangsjahr 1990 betrugen die CH₄-Emissionen in Bayern 15 745 281 Tonnen CO₂-Äquivalente. Im Zeitablauf gingen diese konstant zurück und betrugen im Berichtsjahr 2013 noch 9 813 618 Tonnen. Damit liegen sie mehr als ein Drittel unterhalb des Wertes von 1990.

Die Pro-Kopf-Betrachtungsweise zeigt auf, dass 1,39 Tonnen CO₂-Äquivalente Methan je Einwohner im Jahr 1990 ausgestoßen wurden. Dieser Wert sinkt bis auf 0,78 Tonnen CO₂-Äquivalente je Einwohner, und damit um rund 44 %, im Jahr 2013 (vgl. Tabelle 7).

Tab. 7 Methan-Emissionen je Einwohner in Bayern von 1990 bis 2013

Jahr	Methan-Emissionen je Einwohner in Tonnen CO ₂ -Äquivalenten
1990	1,39
1995	1,15
2000	0,99
2003	0,93
2004	0,89
2005	0,88
2006	0,85
2007	0,83
2008	0,82
2009	0,82
2010	0,83
2011	0,82
2012	0,82
2013	0,78

Abb. 2

Entwicklung der Distickstoffoxid-Emissionen in Bayern von 1990 bis 2013
 in Millionen CO₂-Äquivalenten


Im Folgenden wird nun die Entwicklung der Distickstoffoxid-Emissionen in Bayern dargestellt. Eine Umrechnung der N₂O-Emissionen in CO₂-Äquivalente erfolgt mittels des GWP-Wertes von 298.

Im Jahr 1990 wurden 7 435 031 Tonnen CO₂-Äquivalente Distickstoffoxid in Bayern emittiert. Dies markiert im betrachteten Zeitraum auch den Höhepunkt der N₂O-Emissionen. Bis zum Jahr 2013 gingen die N₂O-Emissionen auf 5 830 883 Tonnen in CO₂-Äquivalenten zurück (vgl. Abbildung 2).

Während im Berichtsjahr 1990 noch 0,66 Tonnen CO₂-Äquivalente Distickstoffoxid je Einwohner in Bayern emittiert wurden, sank dieser Wert bis zum Jahr

2013 auf 0,46 Tonnen. Dabei war die Entwicklung in den Jahren 1990 bis 2003 deutlich rückläufig, wohingegen sie von 2003 bis 2013 relativ konstant blieb (vgl. Tabelle 8).

Abschließend wird nun ein Blick auf die Gesamtentwicklung geworfen. Zu diesem Zweck werden die gesamten Treibhausgasemissionen in Bayern, zusammengesetzt aus energiebedingten und prozessbedingten CO₂-Emissionen sowie CH₄- und N₂O-Emissionen, für den Zeitraum 1990 bis 2013 abgebildet. Die Werte sind in CO₂-Äquivalenten angegeben (vgl. Tabelle 9).

Im Jahr 1990 wurden insgesamt 107 947 429 Tonnen CO₂-Äquivalente in Bayern emittiert, diese setzen sich aus den energiebedingten CO₂-Emissionen sowie den Methan- und Distickstoffoxid-Emissionen zusammen. Die energiebedingten CO₂-Emissionen, inklusive Emissionen aus dem internationalen Luftverkehr, sind im Betrachtungszeitraum durchschnittlich für etwa 82 % der Gesamtemissionen verantwortlich. Auf die prozessbedingten CO₂-Emissionen entfallen seit Berechnungsbeginn ca. 3 %, auf Distickstoffoxid ca. 6 % der gesamten Treibhausgasemissionen. Der Anteil der Methanemissionen ist im Zeitablauf von 15 % auf etwa 10 % zurückgegangen. Im Berichtsjahr 2013 belaufen sich die Treibhausgasemissionen in Bayern auf 97 558 801 Tonnen CO₂-Äquivalente.

Tab. 8 Distickstoffoxid-Emissionen je Einwohner in Bayern von 1990 bis 2013

Jahr	Distickstoffoxid-Emissionen je Einwohner in Tonnen CO ₂ -Äquivalenten
1990	0,66
1995	0,54
2000	0,56
2003	0,48
2004	0,48
2005	0,47
2006	0,47
2007	0,46
2008	0,47
2009	0,46
2010	0,47
2011	0,49
2012	0,48
2013	0,46

Tab. 9 Treibhausgasemissionen insgesamt in Tonnen CO₂ - bzw. CO₂-Äquivalenten in Bayern von 1990 bis 2013

Jahr	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen (inkl. internationaler Luftverkehr)	Prozessbedingte CO ₂ -Emissionen	Methan	Distickstoffoxid	Insgesamt
1990	84 767 118	–	15 745 281	7 435 031	107 947 429
1995	88 502 841	–	13 696 098	6 461 845	108 660 784
2000	87 919 869	–	12 008 627	6 776 926	106 705 423
2003	83 800 339	–	11 449 551	5 931 030	101 180 919
2004	83 418 374	–	10 975 812	5 969 515	100 363 700
2005	80 943 405	–	10 830 545	5 777 525	97 551 475
2006	82 410 025	–	10 457 485	5 809 095	98 676 606
2007	75 622 187	–	10 220 006	5 722 442	91 564 635
2008	80 641 720	–	10 136 206	5 793 976	96 571 902
2009	78 130 490	2 497 311	10 129 107	5 635 429	96 392 337
2010	80 639 908	2 598 345	10 257 864	5 870 064	99 366 181
2011	78 839 598	2 942 273	10 208 841	6 134 274	98 124 986
2012	78 784 633	2 889 196	10 198 186	6 041 671	97 913 686
2013	79 015 054	2 899 246	9 813 618	5 830 883	97 558 801

Mit Hilfe der Einwohnerzahlen aus dem Zensus 2011 lassen sich die Tonnen CO₂-Äquivalente je Einwohner, inklusive Emissionen des internationalen Luftverkehrs, berechnen (vgl. Tabelle 10).

Während im Jahr 1990 noch (durchschnittlich) 9,52 Tonnen CO₂-Äquivalente je Einwohner emittiert wurden, lag der Wert 10 Jahre später bei 8,81 Tonnen. Im Berichtsjahr 2013 wurden durchschnittlich 7,77 Tonnen CO₂-Äquivalente je Einwohner in Bayern emittiert, die Emissionen aus dem internationalen Luftverkehr sind miteingerechnet.

Des Weiteren lassen sich die CO₂-Emissionen je Einwohner, ohne Einbezug des internationalen Luftverkehrs, berechnen. Diese Darstellungsweise wird im Rahmen der Gemeinschaftsveröffentlichungen des AK UGRdL verfolgt und nachfolgend für Bayern aufbereitet.

Ohne die Emissionen aus dem internationalen Luftverkehr lässt sich für Bayern im Jahr 2013 ein Wert von 7,47 Tonnen CO₂-Äquivalenten je Einwohner ausweisen. Damit liegt der Pro-Kopf-Ausstoß annähernd 2 Tonnen oder über 20% unter dem Ausgangswert des Berichtsjahres 1990 (vgl. Tabelle 11).

Ausblick

Zukünftig werden auch verstärkt Klimaanpassungsmaßnahmen notwendig sein, um die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu minimieren. Eine Aktualisierung der bayerischen Klimaanpassungsstrategie wurde kürzlich vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt- und Verbraucherschutz veröffentlicht (vgl. STMUV 2016).

Neben Anpassungsmaßnahmen kommt der Reduzierung der Treibhausgasemissionen weiterhin eine zentrale Rolle im Klimaschutz zu. Die amtliche Statis-

Tab. 10 Treibhausgasemissionen je Einwohner (inklusive internationaler Luftverkehr) in Bayern von 1990 bis 2013

	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Tonnen CO ₂ -Äquivalente je Einwohner (inkl. internationaler Luftverkehr)	9,52	9,12	8,81	8,22	8,14	7,91	7,99	7,40	7,80	7,79	8,03	7,90	7,84	7,77

Tab. 11 Treibhausgasemissionen je Einwohner (ohne internationalen Luftverkehr) in Bayern von 1990 bis 2013

	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Tonnen CO ₂ -Äquivalente je Einwohner (ohne internationalen Luftverkehr)	9,41	9,02	8,63	8,05	7,89	7,63	7,68	7,08	7,47	7,43	7,72	7,59	7,54	7,47

tik kann Daten zu den Treibhausgasemissionen sowohl auf Landes- als auch Bundesebene liefern. Mit Hilfe dieser Angaben können Umwelt- und Klimaschutzpolitiken unterfüttert werden und zu einer Verbesserung der Entscheidungsgrundlage für anstehende Politikmaßnahmen bzw. deren Evaluierung beitragen. Auf Länderebene stellt sowohl der LAK Energiebilanzen als auch der AK UGRdL ein umfangreiches Datenangebot zur Verfügung, welches auch im vorliegenden Beitrag verarbeitet wurde. Für weitergehende Informationen seien die Internetseiten www.lak-energiebilanzen.de/ und www.ugrdl.de/ empfohlen.

Quellenverzeichnis

- AK UGRdL, Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder (2016a), Methodendokumentation – Methan- und Distickstoffoxid-Emissionen, www.ugrdl.de/pdf/m_methan_emissionen.pdf, aufgerufen am 22.02.2017.
- AK UGRdL, Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder (2016b), Gemeinschaftsveröffentlichung 2016, www.ugrdl.de/veroeffentlichungen.htm, aufgerufen am 28.02.2017.
- BMUB, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2014), www.bmub.bund.de/themen/klima-energie/klimaschutz/nationaleklimapolitik/klimapolitik-der-bundesregierung/, aufgerufen am 12.01.2017.
- EEA, Europäische Umweltagentur (2016), Politische Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels, www.eea.europa.eu/de/themes/climate/policy-context, aufgerufen am 11.01.2017.
- Glauber, Sebastian (2016), Empirie der bayerischen Energiebilanzen: Ein Blick aus der amtlichen Statistik auf die Veränderungen der bayerischen Energieversorgung von 1998 bis 2013, in: Bayern in Zahlen 11/2016.
- LAK, Länderarbeitskreis Energiebilanzen (2017), Methodik der CO₂-Bilanzen, www.lak-energiebilanzen.de/methodik-der-co2-bilanzen/, aufgerufen am 23.02.2017.
- STMUV, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (2014), Klimaschutz 2050 – Grundsätze und Ziele, www.stmuv.bayern.de/themen/klimaschutz/klimaschutzpolitik/, aufgerufen am 12.01.2017.
- STMUV, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (2016), Bayerische Klimaanpassungsstrategie.
- UBA, Umweltbundesamt (2016a), Nationaler Inventarbericht zum Deutschen Treibhausgasinventar 1990 bis 2014.
- UBA, Umweltbundesamt (2016b), Die Treibhausgase, www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/die-treibhausgase, aufgerufen am 12.01.2017.
- UBA, Umweltbundesamt (2016c), www.umweltbundesamt.de/themen/klimaenergie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/trendsder-treibhausgas-emissionen-in-deutschland, Trend der Treibhausgas-Emissionen in Deutschland, aufgerufen am 10.01.2017.
- Weber, Eva (2014), Prozessbedingte CO₂-Emissionen in Bayern, in: Bayern in Zahlen 05/2014.

INFLATION IN BAYERN LIEGT IM JANUAR 2026 BEI 2,1 PROZENT

Verbraucherpreise bleiben erneut unverändert gegenüber dem Vormonat Dezember 2025

Im Freistaat steigen die Verbraucherpreise im Januar 2026 gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,1 Prozent. Dabei kosten Nahrungsmittel 2,5 Prozent mehr. Energie kann im Vergleich zum Vorjahr hingegen um 2,2 Prozent günstiger bezogen werden.

Im Vergleich zum Vormonat Dezember 2025 bleibt der Verbraucherpreisindex im Januar 2026 erneut unverändert. Nahrungsmittel sind im Vergleich zum Vormonat um 1,0 Prozent teurer. Die Preise für Heizöl steigen um 0,6 Prozent. Für Kraftstoffe müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher im Januar 2026 im Vergleich zum Vormonat ebenfalls deutlich mehr bezahlen (+5,4 Prozent). Der Preis für Strom hingegen sinkt spürbar gegenüber dem Dezember 2025 (–3,6 Prozent).

Inflationsrate im Januar

Die Inflationsrate, gemessen als Prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat, liegt im Januar 2026 bei 2,1 Prozent. Im Vergleich zum Vormonat Dezember 2025 bleibt der Verbraucherpreisindex erneut unverändert.

Die Teuerungsrate des Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie, in der öffentlichen Diskussion oft als Kerninflationsrate bezeichnet, beläuft sich in diesem Monat auf 2,6 Prozent und liegt damit weiterhin über der Gesamtinflation. Gegenüber dem Vormonat Dezember 2025 sinkt die Kerninflation um 0,2 Prozent.

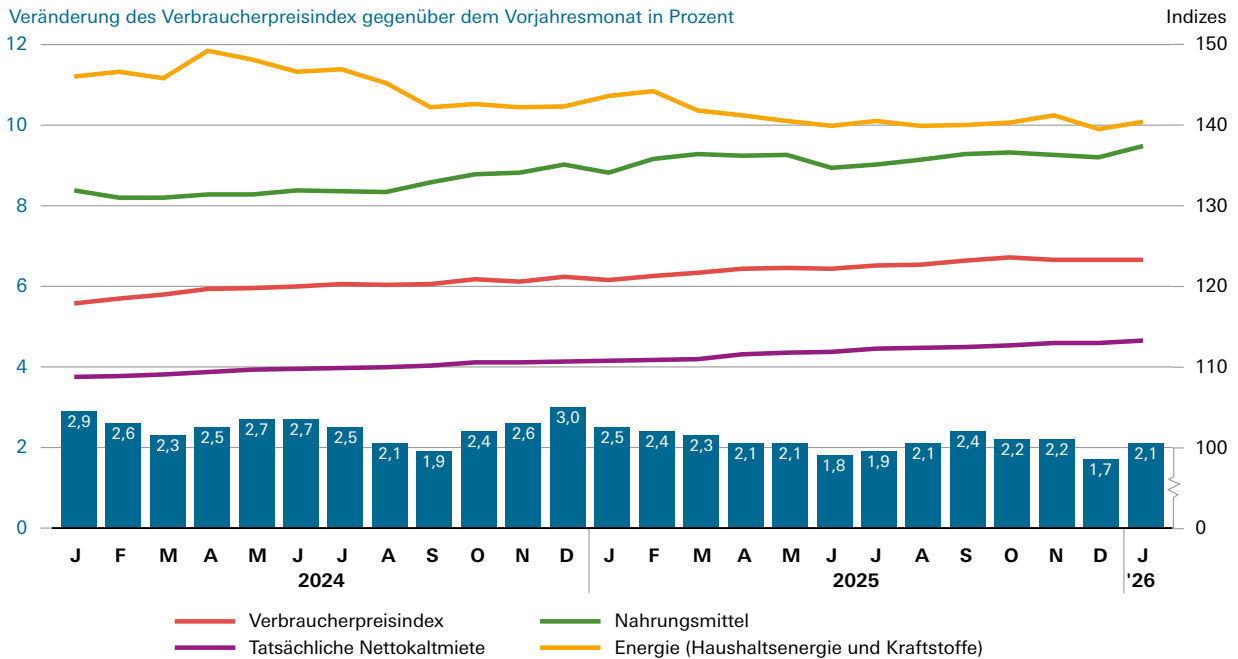
Preissteigerung in der Gastronomie auch nach Mehrwertsteuersenkung

Zum Januar 2026 gab es Neuerungen, die die Preisentwicklung von ausgewählten Gütern im Warenkorb des Verbraucherpreisindex mit beeinflusst haben. So wurde im neuen Jahr der Mehrwertsteuersatz auf Speisen in der Gastronomie gesenkt. Die Preise für Restaurants, Cafés, Straßenverkäufe und Ähnliches sind im Vergleich zum Vormonat allerdings um 0,5 Prozent gestiegen, im Vergleich zum Januar 2025 sogar um 3,9 Prozent. Auch Versicherungsdienstleistungen für die Gesundheit, wie z. B. eine private Krankenversicherung, sind im Vergleich zum Vormonat Dezember 2025 um 4,2 Prozent teurer geworden, im Vorjahresvergleich um 4,4 Prozent. Kombinierte Personenbeförderungsdienstleistungen, wie z. B. das Deutschlandticket oder andere Tickets in Verkehrsverbünden, sind im Vergleich zum Dezember 2025 deutlich um 4,8 Prozent gestiegen; gegenüber dem Vorjahr um 5,6 Prozent.

Nahrungsmittel: Hohe Preissteigerungen bei Fleisch und Fleischwaren; Butter, Quark, Speisefette und Speiseöle sowie Olivenöl werden deutlich günstiger

Im Jahresvergleich steigen für Verbraucherinnen und Verbraucher im Januar 2026 die Preise für Nahrungsmittel um 2,5 Prozent. Im Vergleich zum Vormonat Dezember 2025 steigen die Preise um 1,0 Prozent. Obst (+7,7 Prozent) sowie Fleisch und Fleischwaren (+5,3 Prozent) werden gegenüber dem Vorjahr deutlich teurer. Die Verbraucherpreise für Butter (–29,1 Prozent), Quark (–23,2 Prozent), Speisefette und Speiseöle (–17,1 Prozent) und Olivenöl (–12,3 Prozent) sinken

Verbraucherpreisindex und Teilindizes für ausgewählte Güter in Bayern von Januar 2024 bis Januar 2026 (2020 = 100)



dagegen spürbar gegenüber dem Vorjahr. Hier macht sich ein so genannter Basiseffekt bemerkbar, da die Preise für diese Produkte im Vorjahresmonat zum Teil stark gestiegen waren.

Heizöl, Strom und Erdgas im Vorjahresvergleich billiger; Tanken wird teurer

Die Preise für Energie liegen im Januar 2026 um 2,2 Prozent unter dem Vorjahreswert. Strom (–4,9 Prozent) und Erdgas (–3,5 Prozent) können im Vorjahresvergleich deutlich günstiger bezogen werden. Der Preis für Heizöl sinkt ebenfalls spürbar um 10,8 Prozent gegenüber Januar 2025. Brennholz, Holzpellets oder andere feste Brennstoffe werden dagegen deutlich teurer (+16,8 Prozent). Der Preis für Kraftstoffe ist im Januar 2026 gegenüber dem Vorjahresmonat leicht gestiegen (+0,4 Prozent). Die gestiegene CO₂-Steuer dürfte hier einer der Preistreiber sein.

Tanken wird im Vergleich zum Vormonat Dezember 2025 mit einem Plus von 5,4 Prozent deutlich teurer.

Die Preise für Heizöl steigen um 0,6 Prozent. Preissenkungen im Vergleich zum Vormonat ergeben sich bei Erdgas (–3,6 Prozent) und Strom (–3,6 Prozent). Die Preise für Brennholz, Holzpellets oder andere feste Brennstoffe steigen im Vergleich zum Dezember 2025 um 3,0 Prozent.

Wohnungsmieten – Preissteigerungen über der Entwicklung des Gesamtindex

Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhen sich die Wohnungsmieten ohne Nebenkosten im Januar 2026 um 2,3 Prozent. Die Preissteigerung in diesem Bereich liegt damit über dem Niveau der allgemeinen Preisentwicklung.

Die Presseinformation zum Berichtsmonat Januar 2026 enthält vorläufige Ergebnisse.

Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Verbraucherpreisindex für Bayern. Monatliche Indexwerte von Januar 2020 bis Januar 2026 mit Gliederung nach Haupt- und Sondergruppen“, kostenlos abrufbar unter www.statistik.bayern.de/statistik/preise_verdienste/preise

BAYERISCHER ZAHLENSPIEGEL

Einheit	Vorjahres- monat	2025								2026
		Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	

Preise

Verbraucherpreisindex (2020 = 100)

Gesamtindex	%	120,8	122,2	122,6	122,7	123,2	123,6	123,3	123,3	123,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	133,5	134,6	134,9	135,9	136,5	136,8	136,5	136,2	137,4
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	124,6	126,2	126,5	126,7	127,1	127,0	127,4	127,3	128,1
Bekleidung und Schuhe	%	105,5	109,4	105,8	106,0	112,2	114,4	114,4	112,1	106,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	117,9	118,3	118,6	118,7	118,7	119,0	119,2	119,1	119,0
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	118,7	119,9	120,0	119,3	119,5	119,5	119,2	119,4	120,1
Gesundheit	%	110,0	110,5	110,6	110,1	110,8	111,0	111,2	110,9	112,0
Verkehr	%	127,1	127,7	128,4	127,7	127,7	129,2	129,0	129,7	130,1
Post und Telekommunikation	%	98,9	97,9	98,3	98,3	98,5	98,5	98,2	98,3	98,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	114,1	117,6	119,4	119,9	119,3	119,6	116,8	117,2	115,4
Bildungswesen	%	137,4	138,6	138,6	138,6	146,1	146,2	146,2	146,3	147,2
Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	%	127,5	131,5	132,5	132,5	132,7	131,4	130,9	131,0	130,9
Andere Waren und Dienstleistungen	%	124,2	127,1	127,8	128,2	128,7	129,4	129,3	129,6	130,6
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	120,4	123,9	125,0	125,2	125,4	125,9	124,7	125,6	125,1
Nettokaltmiete	%	110,8	111,9	112,3	112,4	112,5	112,7	113,0	113,0	113,3

Preisindex für Bauwerke¹ (2021 = 100)

Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	128,9	.	.	131,5	.	.	132,3	.	.
davon Rohbauarbeiten	%	122,5	.	.	124,4	.	.	124,7	.	.
Ausbauarbeiten	%	134,0	.	.	137,2	.	.	138,3	.	.
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	127,4	.	.	130,2	.	.	130,6	.	.
Bürogebäude	%	130,9	.	.	133,8	.	.	134,7	.	.
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	130,5	.	.	133,4	.	.	134,1	.	.
Straßenbau	%	130,3	.	.	132,1	.	.	132,8	.	.

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Verbraucherpreisindex (2020 = 100)

Gesamtindex	%	120,3	121,8	122,2	122,3	122,6	123,0	122,7	122,7	122,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	134,2	135,9	136,2	136,6	136,8	136,8	136,8	136,5	137,7
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	124,6	126,7	126,9	127,0	127,4	127,2	127,7	127,9	128,5
Bekleidung und Schuhe	%	106,6	110,0	106,8	106,8	111,7	113,3	113,3	111,5	106,5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	116,7	117,4	117,6	117,7	117,8	118,0	118,2	118,2	118,1
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	117,6	118,2	118,3	118,1	118,1	118,2	117,8	117,6	118,2
Gesundheitspflege	%	110,1	110,9	111,0	110,9	111,1	111,2	111,4	111,2	112,2
Verkehr	%	126,2	126,9	127,6	126,9	126,7	128,1	127,9	128,5	129,0
Post und Telekommunikation	%	99,0	98,0	98,4	98,3	98,5	98,5	98,3	98,3	98,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	114,2	117,7	119,7	120,3	119,7	120,0	117,3	117,8	115,9
Bildungswesen	%	118,1	119,0	119,3	118,7	121,7	121,9	122,0	122,1	123,8
Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	%	128,8	132,2	132,6	132,8	133,2	133,0	132,6	132,9	133,0
Andere Waren und Dienstleistungen	%	124,1	126,9	127,5	127,9	128,3	128,8	128,7	129,0	130,2

noch: Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

¹ Einschließlich Mehrwertsteuer.

Hinweis: Die Tabelle Verbraucherpreisindex Deutschland enthält im Mai 2025 einen nachträglich revidierten Wert.

noch: Preise	Einheit	Vorjahres- monat	2025							2026
			Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise¹ (2015 ≙ 100)	%	113,9	111,5	111,0	110,5	110,7	110,9	111,4	111,3	...
Ausfuhrpreise² (2015 ≙ 100)	%	115,5	115,5	115,3	115,2	115,2	115,4	115,6	115,5	...
Index der Erzeugerpreise gew. Produkte² (Inlandsabsatz); (2015 ≙ 100)	%	128,2	126,1	126,0	125,4	125,3	125,4	125,4	125,1	124,4
Vorleistungsgüterproduzenten	%	116,0	116,6	116,3	115,8	115,7	115,8	115,9	116,3	117,4
Investitionsgüterproduzenten	%	117,1	117,9	118,0	118,1	118,2	118,4	118,4	118,5	119,2
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	126,9	129,4	129,2	129,1	129,1	128,3	127,7	127,3	127,0
Gebrauchsgüterproduzenten	%	118,8	119,8	120,0	120,0	120,1	120,2	120,3	120,4	121,3
Verbrauchsgüterproduzenten	%	128,2	131,0	130,7	130,6	130,6	129,7	128,9	128,4	127,9
Energie	%	154,1	143,0	143,1	141,6	141,2	141,8	142,1	140,4	135,9
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte² (2015 ≙ 100)	%	142,1	144,9p	145,2p	142,1p	139,9p	136,0p	132,4p	130,3p	...
Pflanzliche Erzeugung	%	133,5	125,4p	128,3p	121,4p	116,9p	116,2p	116,8p	118,2p	...
Tierische Erzeugung	%	147,7	157,6	156,1	155,6	154,9	148,8p	142,5p	138,2p	...
Großhandelsverkaufspreise² (2021 ≙ 100)	%	117,4	117,7	117,6	116,9	117,1	117,5	117,9	117,7	118,8
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren ..	%	128,0	131,5	130,7	130,4	130,6	130,6	130,4	129,8	130,1
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	%	124,1	115,6	117,9	112,9	114,2	115,9	118,3	115,1	118,5
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel zusammen (2015 ≙ 100)	%	122,8	123,8	123,9	123,9	124,4	124,7	125,0	124,6	124,7
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	128,9	130,7	131,0	131,1	131,5	131,5	131,3	130,9	131,5
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	130,2	132,0	132,3	132,5	132,9	132,8	132,6	132,2	132,9
Kraftfahrzeughandel	%	127,5	128,6	128,7	128,9	129,1	129,4	130,6	130,6	130,3

Gewerbeanzeigen³

Gewerbebeanmeldungen	1 000	8,9	9,8	11,2	9,1	10,6	13,5	10,8	9,3	...
Gewerbeabmeldungen	1 000	13,0	7,0	8,3	7,1	7,9	10,3	8,4	11,6	...

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁴

Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 949	3 937	3 931	3 928	3 921	3 914	3 912	3 909	...
Beschäftigte	1 000	1 190	1 178	1 175	1 172	1 179	1 176	1 176	1 171	...
davon Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	394	383	383	381	383	381	380	378	...
Investitionsgüterproduzenten	1 000	593	591	588	587	591	591	592	590	...
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	31	30	30	30	30	30	30	30	...
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	170	171	172	172	173	172	172	171	...
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	118 658	128 727	155 364	119 341	145 036	152 376	142 259	121 638	...
Bruttoentgelte	Mill. Euro	6 098	6 652	6 746	5 770	5 841	5 739	7 578	6 038	...
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. Euro	35 542	38 690	41 292	32 727	40 959	40 076	41 377	41 060	...
davon Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. Euro	7 298	8 655	8 809	7 353	8 621	8 893	8 487	7 476	...
Investitionsgüterproduzenten	Mill. Euro	23 041	24 480	26 354	20 091	26 242	25 262	27 344	28 069	...
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	...
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. Euro	4 042	4 284	4 756	4 177	4 742	4 565	4 232	4 246	...
Energie	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	...
darunter Auslandsumsatz	Mill. Euro	21 196	23 749	24 688	19 405	24 083	23 416	24 557	24 576	...

Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (preisbereinigt) (2015 ≙ 100)⁴

Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	85,1	92,8	104,9	78,4	102,9	101,9	101,0	91,3	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	59,5	85,3	97,8	77,5	90,2	101,7	91,3	64,1	...
Verarbeitendes Gewerbe	%	85,2	92,8	105,0	78,4	103,0	101,9	101,0	91,5	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	67,3	81,7	91,4	74,9	90,0	91,4	85,8	69,6	...
Investitionsgüterproduzenten	%	97,4	100,8	113,7	78,1	112,0	108,2	113,2	107,6	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%	.	.	.	.	.	.	.	.	...
Verbrauchsgüterproduzenten	%	91,6	98,1	112,6	91,6	107,5	108,8	101,8	97,7	...
Energie	%	.	.	.	.	.	.	.	.	...

1 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

2 Ohne Mehrwertsteuer.

3 Ohne Reisegewerbe.

4 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

noch: Produzierendes Gewerbe	Einheit	Vorjahres- monat	2025							2026
			Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2015 = 100) ¹										
Verarbeitendes Gewerbe ² insgesamt	%	96,6	83,7	87,8	66,2	109,5	95,7	96,7	102,7	...
Inland	%	85,7	73,4	83,1	65,6	96,9	93,2	107,3	89,9	...
Ausland	%	103,7	90,4	90,9	66,6	117,7	97,3	89,8	111,0	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	70,9	84,1	83,4	74,6	106,6	80,4	78,0	84,7	...
Investitionsgüterproduzenten	%	110,1	82,6	87,7	59,6	110,7	102,5	106,0	112,9	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%	77,6	81,2	85,5	74,2	97,8	93,1	92,6	78,0	...
Verbrauchsgüterproduzenten	%	95,0	105,0	139,6	113,2	125,0	114,1	100,6	93,2	...
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ³										
Tätige Personen (einschließlich tätiger Inhaber) im Bauhauptgewerbe	1 000	106	107	108	108	109	109	108	106	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 184	10 028	11 945	8 252	11 224	11 517	10 457	7 417	...
davon Wohnungsbau	1 000	2 185	2 876	3 408	2 210	3 216	3 215	2 920	2 184	...
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 582	3 595	4 260	3 112	3 992	4 194	3 820	2 753	...
öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 417	3 557	4 277	2 930	4 016	4 109	3 716	2 480	...
Entgelte	Mill. Euro	424,0	449,9	473,7	445,5	456,1	469,5	574,2	455,9	...
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. Euro	2 234,7	1 916,9	2 255,0	1 967,4	2 179,3	2 401,6	2 496,4	2 393,9	...
davon Wohnungsbau	Mill. Euro	557,9	451,4	535,3	430,6	488,8	529,6	529,6	582,8	...
gewerblicher und industrieller Bau	Mill. Euro	939,8	798,3	930,8	868,4	966,5	1 069,7	1 074,8	1 072,7	...
öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. Euro	737,0	667,1	789,0	668,4	723,9	802,3	891,9	738,4	...
Messzahlen (2021 = 100)										
Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	101,3	113,6	115,8	121,3	122,5	105,3	95,4	108,5	...
davon Wohnungsbau	Messzahl	84,1	93,9	90,9	75,1	73,8	74,7	80,1	81,8	...
gewerblicher und industrieller Bau	Messzahl	114,7	127,7	136,3	155,3	149,2	122,4	131,6	139,1	...
öffentlicher und Verkehrsbau	Messzahl	103,1	116,9	117,0	128,2	139,6	115,9	70,2	100,4	...
darunter Straßenbau	Messzahl	68,7	120,1	113,8	82,9	121,4	90,9	54,2	81,8	...
Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ⁴										
Tätige Personen (einschließlich tätiger Inhaber) im Ausbaugewerbe	1 000	89	87	.	.	88	.	.	...	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	24 961	24 145	.	.	24 854	.	.	...	.
Entgelte	Mill. Euro	934,7	962,1	.	.	972,9	.	.	...	.
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. Euro	3 792,9	3 527,1	.	.	4 697,4	.	.	...	.
Energie- und Wasserversorgung										
Betriebe	Anzahl	404	403	403	403	403	403	399	399	400
Beschäftigte	Anzahl	39 691	40 171	40 160	40 225	41 001	41 078	41 251	41 237	41 341
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 835	4 243	5 347	4 162	4 903	5 321	4 942	4 361	4 752
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	196	213	213	210	209	211	359	213	212
Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung...	Mill. kWh	2 282,0	1 311,1	1 524,5	1 640,9	1 424,4	1 706,9	1 907,7	2 107,1	...
Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung...	Mill. kWh	2 192,5	1 253,8	1 396,9	1 587,1	1 376,6	1 628,6	1 840,2	2 030,8	...
darunter in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	785,0	186,3	196,5	195,4	249,9	442,1	674,2	853,5	...
Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ...	Mill. kWh	1 511,5	463,6	486,3	471,9	553,3	888,5	1 251,3	1 534,6	...
Handwerk (Messzahlen) ⁵										
Beschäftigte (Index) ⁶ (30.09.2020 = 100)	Messzahl	94,5	94,1	.	.	95,2p	.	.	93,5p	.
Umsatz ⁷ (VjD 2020 = 100) (ohne Umsatzsteuer)	Messzahl	131,4	114,1	.	.	119,3p	.	.	134,1p	.
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen ⁸										
Wohngebäude ⁹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 218	1 251	1 506	1 417	1 384	1 356	1 179	1 209	1 358
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	870	1 051	1 268	1 192	1 120	1 164	1 015	1 023	1 108
Umbauter Raum	1 000 m³	2 440	2 007	2 245	2 069	2 410	2 035	1 739	1 927	2 194
Veranschlagte Baukosten	Mill. Euro	1 303	1 060	1 231	1 143	1 415	1 155	978	1 061	1 228
Wohnfläche	1 000 m²	437	345	382	362	426	361	306	325	390
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	543	491	559	585	552	599	465	419	433
Umbauter Raum	1 000 m³	3 748	4 793	3 533	6 503	3 285	4 329	3 116	4 252	3 649
Veranschlagte Baukosten	Mill. Euro	924	1 212	796	1 653	939	1 204	917	782	1 186
Nutzfläche	1 000 m²	525	618	480	867	475	630	520	501	487
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	5 823	4 429	4 843	4 417	6 018	4 636	3 930	4 346	5 279
Wohnräume ¹⁰ insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	18 406	15 017	17 332	15 889	17 892	15 850	13 116	14 525	17 145

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Volumenindex.

2 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

3 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; Betriebe von rechtlichen Einheiten mit 20 oder mehr tätigen Personen.

4 Bauinstallation und sonstiger Ausbau. Ab Berichtsjahr 2021: Betriebe von rechtlichen Einheiten mit 20 oder mehr Personen.

(Von Berichtsjahr 2018 bis einschließlich Berichtsjahr 2020: Betriebe von rechtlichen Einheiten mit 23 oder mehr tätigen Personen). Vierteljahresergebnisse (März=1, Juni=2, September=3, Dezember=4).

5 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung.

6 Am Ende des Kalendervierteljahres.

7 Vierteljahresergebnisse (März=1, Juni=2, September=3, Dezember=4).

8 Die Monatsergebnisse sind vorläufig, da diese keine Tektoren (nachträgliche Baugenehmigungsänderungen) enthalten.

9 Einschließlich Wohnheime.

10 Wohnräume mit jeweils mindestens 6 m² Wohnfläche sowie abgeschlossene Küchen.

	Einheit	Vorjahres- monat	2025							2026
			Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar

Handel und Gastgewerbe

Außenhandel

Einfuhr insgesamt (Generalhandel)^{1,2}	Mill. Euro	16 727,2	18 845,3	20 824,4	16 114,8	20 361,9	21 259,0	20 186,1	18 299,9	...
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. Euro	1 192,8	1 246,1	1 307,1	1 150,7	1 240,0	1 345,8	1 300,7	1 215,3	...
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. Euro	14 197,4	16 576,2	18 521,2	14 070,3	18 040,7	18 780,4	17 981,5	16 126,9	...
davon Rohstoffe	Mill. Euro	879,2	663,5	702,3	708,0	728,6	730,0	700,1	702,5	...
Halbwaren	Mill. Euro	493,2	569,1	559,7	522,9	634,5	790,1	611,1	694,1	...
Fertigwaren	Mill. Euro	12 824,9	15 343,6	17 259,1	12 839,5	16 677,6	17 260,3	16 670,3	14 730,2	...
davon Vorerzeugnisse	Mill. Euro	792,8	1 112,4	1 207,3	905,5	1 113,7	1 087,4	1 063,2	847,4	...
Enderzeugnisse	Mill. Euro	12 032,2	14 231,2	16 051,9	11 934,0	15 564,0	16 172,9	15 607,2	13 882,8	...
darunter aus ³										
Europa	Mill. Euro	10 147,1	12 122,7	13 215,7	9 432,7	12 843,3	13 771,7	12 638,9	11 073,2	...
darunter aus EU-Ländern ⁴ insgesamt	Mill. Euro	8 784,1	10 510,4	11 549,3	8 106,9	11 170,8	11 945,4	10 919,8	9 552,5	...
darunter aus Belgien	Mill. Euro	277,7	323,5	347,4	280,2	340,8	317,3	302,1	288,9	...
Bulgarien	Mill. Euro	89,6	102,1	112,0	81,2	104,7	108,7	93,8	76,9	...
Dänemark	Mill. Euro	74,0	78,2	85,8	68,2	87,7	87,1	86,2	76,5	...
Finnland	Mill. Euro	47,5	67,2	68,6	55,5	63,6	76,8	69,9	57,3	...
Frankreich	Mill. Euro	601,5	658,7	688,4	494,4	631,5	714,6	635,9	661,3	...
Griechenland	Mill. Euro	51,3	75,4	83,9	52,2	70,7	66,4	63,2	67,0	...
Irland	Mill. Euro	222,3	344,3	233,8	256,2	275,8	272,4	379,5	149,2	...
Italien	Mill. Euro	1 030,2	1 221,7	1 335,5	854,2	1 232,2	1 318,7	1 237,4	1 109,4	...
Luxemburg	Mill. Euro	18,5	23,3	29,7	17,8	30,8	35,7	27,8	33,7	...
Niederlande	Mill. Euro	719,1	776,9	878,5	748,8	863,9	949,1	860,5	798,1	...
Österreich	Mill. Euro	1 221,2	1 534,3	1 728,8	1 271,7	1 627,0	1 891,7	1 581,1	1 561,3	...
Polen	Mill. Euro	927,6	1 149,9	1 277,6	862,3	1 230,5	1 287,0	1 266,5	1 036,0	...
Portugal	Mill. Euro	108,3	164,3	152,6	119,8	157,5	158,4	139,4	121,3	...
Rumänien	Mill. Euro	290,5	368,0	423,7	281,7	410,0	411,0	400,1	299,8	...
Schweden	Mill. Euro	129,4	168,6	148,9	119,3	165,4	178,9	157,7	139,1	...
Slowakei	Mill. Euro	396,1	436,3	476,8	310,7	497,6	575,0	487,4	421,1	...
Slowenien	Mill. Euro	108,1	125,1	133,4	89,9	137,2	145,5	128,5	106,7	...
Spanien	Mill. Euro	370,6	491,4	523,2	314,4	479,3	532,9	499,8	471,3	...
Tschechien	Mill. Euro	1 126,0	1 300,7	1 506,3	1 015,7	1 472,7	1 592,1	1 419,9	1 230,4	...
Ungarn	Mill. Euro	805,5	955,6	1 135,0	694,4	1 119,5	1 069,2	925,7	718,9	...
Vereinigtes Königreich	Mill. Euro	348,4	366,6	419,2	317,5	396,6	425,2	396,3	370,5	...
Russische Föderation	Mill. Euro	23,3	10,8	9,3	4,9	4,6	7,1	6,9	5,5	...
Afrika	Mill. Euro	465,0	477,2	448,1	521,1	520,0	491,0	477,3	439,5	...
darunter aus Südafrika	Mill. Euro	50,7	120,7	135,0	170,7	192,0	146,4	126,2	169,6	...
Amerika	Mill. Euro	1 165,0	1 137,6	1 365,4	1 173,3	1 282,7	1 209,0	1 215,0	1 149,7	...
darunter aus den USA	Mill. Euro	874,3	887,5	1 067,7	927,7	1 032,4	934,5	938,2	867,9	...
Asien	Mill. Euro	4 917,2	5 059,2	5 744,4	4 946,4	5 665,7	5 733,8	5 808,1	5 591,0	...
darunter aus der Volksrepublik China	Mill. Euro	2 499,6	2 614,4	2 931,9	2 438,1	2 920,6	2 989,3	3 060,5	2 845,8	...
Japan	Mill. Euro	263,8	269,7	283,3	249,6	260,5	263,7	272,9	224,8	...
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. Euro	32,9	48,6	50,9	41,3	50,2	53,4	46,8	46,6	...
Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel)^{1,2}	Mill. Euro	16 578,0	18 186,3	20 660,2	14 591,4	19 738,1	20 609,8	19 210,7	17 705,1	...
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. Euro	1 041,4	1 097,9	1 195,5	1 065,1	1 141,3	1 176,5	1 069,6	1 022,4	...
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. Euro	14 954,3	16 282,8	18 646,6	12 777,5	17 688,5	18 492,0	17 374,1	15 850,2	...
davon Rohstoffe	Mill. Euro	109,7	128,1	135,2	107,3	130,8	127,5	140,8	135,0	...
Halbwaren	Mill. Euro	627,5	645,3	740,5	632,5	776,7	884,5	802,8	753,5	...
Fertigwaren	Mill. Euro	14 217,1	15 509,4	17 770,9	12 037,7	16 781,0	17 480,0	16 430,4	14 961,7	...
davon Vorerzeugnisse	Mill. Euro	975,8	1 154,6	1 180,9	973,9	1 158,5	1 166,2	1 086,2	881,3	...
Enderzeugnisse	Mill. Euro	13 241,3	14 354,8	16 590,0	11 063,8	15 622,5	16 313,8	15 344,2	14 080,4	...
davon nach										
Europa	Mill. Euro	10 390,5	12 097,2	13 463,1	9 631,4	13 250,7	14 152,2	13 306,2	11 813,7	...
darunter in EU-Länder ⁴ insgesamt	Mill. Euro	8 550,5	9 778,9	10 703,6	7 798,4	10 961,2	11 612,2	10 675,1	9 753,4	...
darunter nach Belgien	Mill. Euro	474,8	530,9	559,3	415,4	584,7	617,7	589,8	572,5	...
Bulgarien	Mill. Euro	72,1	74,6	78,5	65,5	84,8	84,4	73,8	66,1	...
Dänemark	Mill. Euro	162,9	185,9	201,5	154,4	179,3	227,8	199,8	183,0	...
Finnland	Mill. Euro	98,6	110,8	123,4	139,8	128,7	141,7	122,4	114,0	...
Frankreich	Mill. Euro	1 138,9	1 237,4	1 381,4	886,7	1 443,0	1 499,3	1 328,1	1 261,8	...
Griechenland	Mill. Euro	79,1	82,1	100,2	67,5	86,1	86,9	75,8	83,3	...

1 Vorläufige Ergebnisse.

2 Nachweis einschließlich „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

3 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.

4 Januar 2020: EU 28. Ab Februar 2020 EU 27 (ohne Vereinigtes Königreich).

noch: Handel und Gastgewerbe	Einheit	Vorjahres- monat	2025								2026
			Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	
Irland	Mill. Euro	80,6	96,7	85,0	84,9	91,8	83,2	78,5	95,1	...	
Italien	Mill. Euro	1 018,5	1 310,9	1 362,0	788,5	1 386,9	1 429,4	1 388,7	1 215,5	...	
Luxemburg	Mill. Euro	49,1	58,5	65,5	44,7	76,4	71,5	53,1	83,0	...	
Niederlande	Mill. Euro	673,8	735,7	812,6	658,2	910,0	892,4	826,4	821,3	...	
Österreich	Mill. Euro	1 290,5	1 423,0	1 597,0	1 200,1	1 538,0	1 669,6	1 507,9	1 388,6	...	
Polen	Mill. Euro	876,5	977,2	1 075,0	853,0	1 136,5	1 391,8	1 255,9	1 064,0	...	
Portugal	Mill. Euro	114,2	144,8	179,1	109,5	149,9	160,2	139,4	121,5	...	
Rumänien	Mill. Euro	235,9	276,2	305,2	251,3	304,4	312,0	265,7	236,7	...	
Schweden	Mill. Euro	228,3	313,7	285,3	236,1	319,0	312,4	272,2	237,6	...	
Slowakei	Mill. Euro	220,3	244,3	224,5	208,2	247,5	275,4	237,6	203,8	...	
Slowenien	Mill. Euro	71,2	82,2	92,9	67,7	93,4	92,1	83,6	70,4	...	
Spanien	Mill. Euro	553,3	641,7	826,0	427,6	765,4	777,9	767,1	767,9	...	
Tschechien	Mill. Euro	527,4	653,5	655,6	597,8	754,8	802,9	770,7	646,0	...	
Ungarn	Mill. Euro	381,0	392,4	464,4	368,4	472,5	430,3	429,1	352,2	...	
Vereinigtes Königreich	Mill. Euro	666,1	952,2	1 164,7	629,2	953,7	1 015,6	986,2	983,0	...	
Russische Föderation	Mill. Euro	32,5	51,3	70,4	62,4	37,8	62,7	70,6	27,9	...	
Afrika	Mill. Euro	295,9	273,9	294,0	331,7	289,6	259,7	250,8	271,4	...	
darunter nach Südafrika	Mill. Euro	75,7	81,1	98,5	74,0	67,4	64,1	50,7	52,9	...	
Amerika	Mill. Euro	2 985,8	2 582,1	3 330,9	1 965,4	2 853,7	2 990,6	2 460,7	2 401,5	...	
darunter in die USA	Mill. Euro	2 373,7	1 947,7	2 563,6	1 400,9	2 187,3	2 291,5	1 867,0	1 791,2	...	
Asien	Mill. Euro	2 751,8	3 080,9	3 358,5	2 525,7	3 180,0	3 015,0	3 026,2	3 045,5	...	
darunter in die Volksrepublik China	Mill. Euro	982,0	1 326,1	1 361,0	952,7	1 301,4	1 126,3	1 256,6	1 323,1	...	
nach Japan	Mill. Euro	223,0	217,7	287,4	194,4	233,1	240,1	207,3	200,0	...	
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. Euro	153,9	152,1	213,7	137,2	164,2	192,2	166,8	173,0	...	
Großhandel (2015 ± 100)¹											
Index der Großhandelsumsätze nominal	Messzahl	164,9	174,4	173,7	147,9	174,4	177,6	165,1	168,6	...	
Index der Großhandelsumsätze real	Messzahl	136,0	144,1	139,4	118,9	141,3	142,5	133,7	138,5	...	
Index der Beschäftigten im Großhandel	Messzahl	103,8	103,5	102,8	103,8	104,3	104,4	103,6	103,1	...	
Einzelhandel (2015 ± 100)²											
Index der Einzelhandelsumsätze nominal	Messzahl	194,4	160,8	179,8	156,2	166,9	183,2	186,8	204,4	...	
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ³	Messzahl	162,2	141,3	153,1	140,4	142,7	158,6	145,5	168,7	...	
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ³	Messzahl	158,2	140,0	151,4	134,5	136,5	143,9	134,1	160,5	...	
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ³	Messzahl	180,4	166,1	190,8	167,1	175,6	193,3	177,9	194,2	...	
Sonstiger Facheinzelhandel ³	Messzahl	155,2	138,6	152,5	137,5	147,5	159,9	150,0	163,3	...	
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	Messzahl	366,5	275,5	321,8	260,2	291,1	323,9	371,9	392,9	...	
Index der Einzelhandelsumsätze real	Messzahl	160,5	131,9	147,9	128,1	136,6	149,4	154,3	169,1	...	
Index der Beschäftigten im Einzelhandel	Messzahl	106,9	105,5	105,1	104,7	105,7	105,8	106,4	105,7	...	
Kfz-Handel (2015 ± 100)⁴											
Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	Messzahl	134,9	149,2	163,3	132,3	151,6	170,2	159,7	143,3	...	
Index der Umsätze im Kfz-Handel real	Messzahl	100,2	110,1	120,4	97,5	111,8	125,3	116,4	103,9	...	
Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	Messzahl	108,8	110,4	109,9	109,7	112,3	112,5	112,3	111,4	...	
Gastgewerbe (2015 ± 100)											
Index der Gastgewerbeumsätze nominal	Messzahl	132,9	145,9	157,5	150,6	154,0	148,0	124,5	134,7	...	
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	Messzahl	135,9	161,6	167,6	164,8	188,7	173,4	128,1	140,6	...	
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	Messzahl	212,9	215,3	236,3	169,1	198,8	233,4	202,7	216,4	...	
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen	Messzahl	136,4	139,3	154,0	149,7	131,7	132,0	122,9	135,9	...	
Sonstiges Gaststättengewerbe	Messzahl	134,3	136,3	150,2	146,1	131,8	130,9	120,8	133,9	...	
Kantinen und Caterer	Messzahl	138,7	139,9	161,2	113,6	149,0	155,5	154,9	142,9	...	
Index der Gastgewerbeumsätze real	Messzahl	95,7	102,3	110,6	105,7	106,2	102,9	86,7	93,8	...	
Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	Messzahl	103,0	106,9	107,5	107,1	105,8	104,1	100,9	101,2	...	
Tourismus⁵											
Gästeankünfte	1 000	2 761	4 025	4 687	4 554	4 016	3 829	2 716	2 907	...	
darunter Auslands Gäste	1 000	733	886	1 264	1 143	972	817	579	790	...	
Gästeübernachtungen	1 000	6 724	10 230	11 642	12 148	10 185	9 477	6 413	7 000	...	
darunter Auslands Gäste	1 000	1 614	1 833	2 545	2 351	2 077	1 782	1 284	1 710	...	

1 Einschließlich Handelsvermittlung.

2 Einschließlich Tankstellen.

3 In Verkaufsräumen.

4 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.

5 Beherbergungsbetriebe mit zehn oder mehr Gästebetten (einschl. Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen).

	Einheit	Vorjahres- monat	2025							2026
			Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar

Verkehr

Straßenverkehr

Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ¹	Anzahl	47 600	63 968	72 659	49 804	60 518	69 089	62 681	57 859	48 629
darunter Krafträder ²	Anzahl	878	3 910	4 678	3 140	2 971	1 923	978	889	1 544
Personenkraftwagen und sonst. „M1“-Fahrzeuge	Anzahl	41 301	53 559	60 632	41 465	51 462	60 306	55 053	51 137	42 618
Lastkraftwagen	Anzahl	4 135	4 817	5 488	3 924	4 594	5 435	5 151	4 350	3 060
Zugmaschinen	Anzahl	1 039	1 312	1 408	911	1 110	1 114	992	951	1 007
sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	170	254	310	255	279	223	383	307	284
Beförderte Personen im Schienennah- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insg. (Quartalsergebnisse) ³	1 000	331 235	349 316	.	.	328 583	.	.	...	.
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	270 922	289 627	.	.	273 458	.	.	...	.
private Unternehmen	1 000	60 313	59 689	.	.	55 125	.	.	...	.
Straßenverkehrsunfälle insgesamt ⁴	Anzahl	29 063	33 132	38 208	31 274	32 924	36 058	32 612	30 509	...
davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	2 711	5 406	5 967	5 264	4 653	4 062	3 377	2 904	...
mit nur Sachschaden	Anzahl	26 352	27 726	32 241	26 010	28 271	31 996	29 235	27 605	...
Getötete Personen ⁵	Anzahl	30	61	48	54	51	42	41	33	...
Verletzte Personen	Anzahl	3 611	6 602	7 297	6 554	5 659	5 118	4 307	3 845	...

Luftverkehr Fluggäste

Flughafen München Ankunft	1 000	1484	2072	2110	2131	2253	2083	1665	1542	...
Abgang	1 000	1550	2027	2167	2255	2090	2088	1586	1626	...
Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	115	236	217	256	260	265	164	134	...
Abgang	1 000	129	238	239	270	239	241	143	155	...
Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	122	171	159	194	189	184	128	133	...
Abgang	1 000	137	168	180	193	167	174	118	157	...

Eisenbahnverkehr ⁶

Güterempfang	1 000 t	2376	2 310	2 570	2 251	2 274	2 323	2 267	...	...
Güterversand	1 000 t	2237	2 122	2 324	2 045	2 178	2 220	2 172	...	...

Binnenschifffahrt ⁷

Güterempfang insgesamt	1 000 t	228	300	261	265	255	242	234	...	...
davon auf dem Main	1 000 t	105	117	122	108	105	120	107	...	...
auf der Donau	1 000 t	123	183	139	157	150	122	127	...	...
Güterversand insgesamt	1 000 t	221	225	200	225	227	214	226	...	...
davon auf dem Main	1 000 t	111	132	115	121	125	106	116	...	...
auf der Donau	1 000 t	110	92	86	104	102	108	110	...	...

Geld und Kredit

Kredite und Einlagen ^{8,9}

Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁰	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.
davon kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ¹¹	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.
inländ. öffentliche Haushalte ¹² ...	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ¹³	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Unternehmen u. Privatpersonen ¹¹ ...	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.
inländ. öffentliche Haushalte ¹² ...	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ¹⁴	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Unternehmen u. Privatpersonen ¹¹ ...	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.
inländ. öffentliche Haushalte ¹² ...	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.

1 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

2 Einschließlich Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kraftfahrzeugen.

3 Vorläufige Ergebnisse.

4 Soweit durch die Polizei erfasst. Vorläufige Ergebnisse.

5 Einschließlich der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

6 Berücksichtigung der Nachkorrekturen erst zum Berichtsjahresende.

7 Schiffsgüterumschläge an den Häfen des Main-Donau-Kanals werden dem Donaugebiet zugeordnet.

8 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main – Quartalsergebnisse der in Bayern tätigen Kreditinstitute (einschließlich Bausparkassen).

9 Stand am Monatsende.

10 Ohne Treuhandkredite.

11 Einschl. Kredite (Einlagen) an ausländische Nichtbanken.

12 Ohne Kredite (Einlagen) an ausländische öffentliche Haushalte.

13 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

14 Laufzeiten über 5 Jahre.

noch: Geld und Kredit	Einheit	Vorjahres- monat	2025							2026
			June	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ¹ (Monatsende)	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.
davon Sicht- und Termineinlagen ²	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.
davon von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.
von öffentlichen Haushalten	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Spareinlagen	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter bei Sparkassen	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.
bei Kreditbanken	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.	.	.	.

Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 070	1 170	1 357	1 230	1 140	1 324	1 191	1 291	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	91	136	138	115	94	116	136	121	...
davon Unternehmen	Anzahl	252	278	286	280	241	306	241	291	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	75	105	110	84	68	86	93	88	...
Verbraucher	Anzahl	536	595	690	607	571	663	589	654	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	0	2	4	2	1	1	0	2	...
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	249	244	325	291	275	294	297	287	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	11	21	14	15	14	14	27	21	...
sonstige natürliche Personen, Nachlässe	Anzahl	33	53	56	52	53	61	64	59	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	5	8	10	14	11	15	16	10	...
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 Euro	657 675	415 062	415 948	321 571	327 440	551 700	303 326	1 242 933	...
davon Unternehmen	1 000 Euro	579 678	301 439	312 221	227 607	225 920	451 388	208 366	1 091 471	...
Verbraucher	1 000 Euro	26 752	34 235	41 064	34 850	38 031	36 250	32 648	42 271	...
ehemals selbstständig Tätige	1 000 Euro	49 096	66 033	58 759	55 204	60 466	55 456	48 792	103 386	...
sonstige natürliche Personen, Nachlässe	1 000 Euro	2 150	13 355	3 903	3 911	3 023	8 605	13 520	5 805	...

Verdienste

Bruttomonatsverdienste ³ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Euro	4 836	.	.	.	.	.	.	...	.
Männer	Euro	5 059	.	.	.	.	.	.	...	.
Frauen	Euro	4 325	.	.	.	.	.	.	...	.
Anforderungsniveau 1 ⁴	Euro	3 086	.	.	.	.	.	.	...	.
Anforderungsniveau 2 ⁴	Euro	3 937	.	.	.	.	.	.	...	.
Anforderungsniveau 3 ⁴	Euro	5 557	.	.	.	.	.	.	...	.
Anforderungsniveau 4 ⁴	Euro	7 460	.	.	.	.	.	.	...	.
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Euro	3 414	.	.	.	.	.	.	...	.
Produzierendes Gewerbe	Euro	4 801	.	.	.	.	.	.	...	.
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Euro	4 054	.	.	.	.	.	.	...	.
Verarbeitendes Gewerbe	Euro	4 957	.	.	.	.	.	.	...	.
Energieversorgung	Euro	5 509	.	.	.	.	.	.	...	.
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	Euro	3 987	.	.	.	.	.	.	...	.
Baugewerbe	Euro	4 233	.	.	.	.	.	.	...	.
Dienstleistungsbereich	Euro	4 867	.	.	.	.	.	.	...	.
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen ...	Euro	4 418	.	.	.	.	.	.	...	.
Verkehr und Lagerei	Euro	3 765	.	.	.	.	.	.	...	.
Gastgewerbe	Euro	3 095	.	.	.	.	.	.	...	.
Information und Kommunikation	Euro	6 396	.	.	.	.	.	.	...	.
Erbringung von Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	Euro	6 116	.	.	.	.	.	.	...	.
Grundstücks- und Wohnungswesen	Euro	4 443	.	.	.	.	.	.	...	.
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	Euro	5 893	.	.	.	.	.	.	...	.
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienst- leistungen	Euro	3 842	.	.	.	.	.	.	...	.
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung ...	Euro	5 133	.	.	.	.	.	.	...	.
Erziehung und Unterricht	Euro	5 852	.	.	.	.	.	.	...	.
Gesundheits- und Sozialwesen	Euro	4 620	.	.	.	.	.	.	...	.
Kunst, Unterhaltung und Erholung	Euro	4 489	.	.	.	.	.	.	...	.
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Euro	4 105	.	.	.	.	.	.	...	.

¹ Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

² Einschließlich Sparbriefe.

³ Berichtsmonat April, ohne Sonderzahlungen.

⁴ Anforderungsniveau 1: Helfer; Anforderungsniveau 2: Fachkraft; Anforderungsniveau 3: Spezialist; Anforderungsniveau 4: Experte.

	Einheit	Vorjahres- monat	2025							2026
			Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar

Landwirtschaft

Schlachtungen¹

Gewerbl. Schlachtungen und Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000	381,3	353,5	372,3	338,2	399,9	409,0	377,5	380,9	373,0
darunter Rinder	1 000	67,7	51,9	64,9	51,1	64,8	71,8	62,6	58,8	63,6
darunter Kälber ²	1 000	0,9	0,6	0,5	0,4	0,6	0,7	0,7	1,0	0,6
Jungrinder ³	1 000	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Schweine	1 000	307,0	291,1	300,1	280,6	327,0	328,3	306,3	312,5	303,3
Schafe	1 000	6,1	9,7	6,7	5,9	7,3	8,2	8,0	9,0	5,8
darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	379,6	352,9	371,8	337,8	399,1	407,9	375,6	379,2	371,3
darunter Rinder	1 000	67,4	51,7	64,8	50,9	64,5	71,5	62,2	58,4	63,3
darunter Kälber ²	1 000	0,8	0,5	0,5	0,4	0,6	0,6	0,6	1,0	0,6
Jungrinder ³	1 000	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1
Schweine	1 000	305,8	291,0	300,0	280,5	326,8	327,8	305,2	310,7	302,0
Schafe	1 000	5,9	9,5	6,6	5,8	7,1	7,9	7,6	8,7	5,6
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴										
Rinder	kg	308,7	308,4	305,9	298,4	305,2	312,6	306,1	309,7	317,8
darunter Kälber ²	kg	158,0	160,1	160,4	162,3	159,9	160,6	159,1	156,8	158,9
Jungrinder ³	kg	162,9	178,2	183,9	208,9	210,6	189,4	211,4	182,5	179,8
Schweine	kg	98,6	97,5	96,8	96,9	97,6	98,3	98,1	97,1	98,4
Gesamtschlachtgewicht ⁵										
Gewerbl. Schlachtungen und Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000 t	54,8	47,4	52,4	45,4	55,2	58,1	52,6	51,8	53,4
darunter Rinder	1 000 t	24,6	19,1	23,6	18,4	23,5	25,9	22,6	21,5	23,8
darunter Kälber ²	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1
Jungrinder ³	1 000 t	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Schweine	1 000 t	30,0	28,1	28,7	26,8	31,5	32,0	29,7	30,0	29,7
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	54,6	47,3	52,3	45,3	55,1	57,9	52,4	51,6	53,2
darunter Rinder	1 000 t	24,5	19,0	23,6	18,3	23,4	25,8	22,5	21,4	23,5
darunter Kälber ²	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1
Jungrinder ³	1 000 t	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Schweine	1 000 t	29,9	28,1	28,6	26,8	31,5	31,7	29,7	29,8	29,6
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1

Geflügel

Hennenhaltungsplätze ⁶	1 000	4 942	4 970	4 966	4 869	4 969	4 969	4 977	4 986	...
Legehennenbestand ⁶	1 000	4 093	4 022	4 022	3 992	4 096	4 116	4 176	4 166	...
Konsumeier ⁶	1 000	105 039	96521	101382	94843	98144	102225	102687	105627	...
Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	15,5	14,7	16,3	...	15,4	16,4	14,4	15,7	...

Getreideanlieferungen^{8,9}

Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	1,1	0,4	6,6	4,2	1,5	0,9	0,0	1,6	...
Weizen	1 000 t	13,1	10,5	25,6	31,0	11,2	4,0	14,2	15,6	...
Gerste	1 000 t	4,1	7,1	23,3	11,8	4,6	...	5,7	5,1	...
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	0,2	...	...	1,8	2,3	3,7	...	...	...

Vermahlung von Getreide^{8,9}

Getreide insgesamt	1 000 t	109,4	103,7	116,6	108,3	112,0	121,7	114,7	112,1	...
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	8,9	8,4	9,0	8,7	8,3	9,3	8,4	9,3	...
Weizen und -gemenge	1 000 t	100,5	95,3	107,6	99,6	103,7	112,3	106,3	102,8	...

Vorräte in zweiter Hand^{8,9}

Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	55,2	21,1	32,7	49,3	52,6	48,4	43,6	39,1	...
Weizen	1 000 t	693,1	248,7	319,4	690,5	730,7	662,3	617,7	614,3	...
Gerste	1 000 t	350,6	198,4	352,6	426,2	442,1	416,9	401,2	381,6	...
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	19,9	11,9	21,2	34,8	37,8	38,0	37,1	37,7	...
Mais	1 000 t	162,8	49,5	37,2	29,9	23,8	161,9	197,3	184,8	...

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Höchstens 8 Monate alt.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 Bzw. Schlachtmenge, einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 Alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EG-Hygienericht im Besitz einer Zulassung sind.

8 Nach Angaben des Bundesinformationszentrums Landwirtschaft (BZL) in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.

9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe.

	Einheit	Vorjahres- monat	2025							2026
			Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar

Bierabsatz

Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 670r	2 160	2 375	1 809	1 934	1 736	1512	1733	1421
davon Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	110r	199	249	128	124	92	88	93	94
11 bis 13	1 000 hl	1 530r	1 939	2 106	1 660	1 785	1 608	1397	1614	1301
14 oder darüber	1 000 hl	30	23	20	21	25	37	27	25	25
darunter Ausfuhr zusammen	1 000 hl	364	560	630	463	427	391	349	354	308
davon in EU-Länder	1 000 hl	227	346	450	314	289	244	221	228	208
in Drittländer	1 000 hl	137	213	180	148	138	147	129	126	100

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsstand ¹	1 000	13 229	13 246	13 248	13 246	13 255	13 262	13 261	...	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung ²										
Eheschließungen ²	Anzahl	2 705	6 886	6 586	7 014	6 729	5 633	2 815	...	...
je 10 000 Einwohner	Anzahl	2,0	5,2	5,0	5,3	5,1	4,2	2,1	...	...
Lebendgeborene ³	Anzahl	8 738	9 269	10 303	10 137	9 813	9 225	8 018	...	...
je 10 000 Einwohner	Anzahl	6,6	7,0	7,8	7,7	7,4	7,0	6,0	...	...
Gestorbene ⁴	Anzahl	12 268	10 892	10 891	10 996	10 505	12 141	11 898	...	...
je 10 000 Einwohner	Anzahl	9,3	8,2	8,2	8,3	7,9	9,2	9,0	...	...
und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	32	22	23	25	32	23	13	...	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,7	2,4	2,2	2,5	3,3	2,5	1,6	...	...
in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	22	10	14	16	20	17	4	...	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,5	1,1	1,4	1,6	2,0	1,8	0,5	...	...
Überschuss										
der Geborenen bzw. der Gestorbenen (–)	Anzahl	- 3 530	- 1 623	- 588	- 859	- 692	- 2 916	- 3 880	...	...
je 10 000 Einwohner	Anzahl	- 2,7	- 1,2	- 0,4	- 0,6	- 0,5	- 2,2	- 2,9	...	...
Totgeborene ³	Anzahl	34	35	32	44	50	31	34	...	...
Wanderungen ²										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	44 065	26 596	31 729	33 066	43 784	39 618	...	...	...
darunter aus dem Ausland	Anzahl	30 395	18 581	21 780	21 436	29 202	26 548	...	...	...
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	31 243	24 495	29 490	34 552	32 713	28 499	...	...	...
darunter in das Ausland	Anzahl	19 217	16 999	20 474	23 256	20 537	17 110	...	...	...
Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	13 670	8 015	9 949	11 630	14 582	13 070	...	...	...
Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	12 026	7 494	9 017	11 296	12 176	11 391	...	...	...
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (–)	Anzahl	12 820	2 101	2 239	- 1 486	11 071	11 117	...	...	...
Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵	Anzahl	51 315	40 090	44 573	51 173	52 615	45 800	...	...	...
Arbeitsmarkt ⁶										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	1 000	5 960	5 967	.	.	...	.	.	...	.
Frauen	1 000	2 748	2 758	.	.	...	.	.	...	.
Ausländer ⁷	1 000	1 129	1 162	.	.	...	.	.	...	.
Teilzeitbeschäftigte	1 000	1 766	1 805	.	.	...	.	.	...	.
darunter Frauen	1 000	1 386	1 408	.	.	...	.	.	...	.
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	35	35	.	.	...	.	.	...	.
B–F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 839	1 815	.	.	...	.	.	...	.
B–E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 492	1 469	.	.	...	.	.	...	.
C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 404	1 377	.	.	...	.	.	...	.
F Baugewerbe	1 000	347	346	.	.	...	.	.	...	.
G–U Dienstleistungsbereiche	1 000	4 086	4 118	.	.	...	.	.	...	.
G–I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 269	1 270	.	.	...	.	.	...	.
J Information und Kommunikation	1 000	276	277	.	.	...	.	.	...	.
K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	179	182	.	.	...	.	.	...	.
L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	41	42	.	.	...	.	.	...	.
M–N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleister; sonst. wirtschaftliche Dienstleister	1 000	798	789	.	.	...	.	.	...	.
O–Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	1 338	1 370	.	.	...	.	.	...	.
R–U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	1 000	185	188	.	.	...	.	.	...	.

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. Die Bevölkerungszahlen ab Mai 2022 werden – voraussichtlich ab Herbst 2024 – auf Basis des Zensus 2022 revidiert.

2 Die Zahlen der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungen geben den jeweils aktuellen Stand des Monats im noch nicht abgeschlossenen Berichtsjahr wieder. Bis zum Ende des Jahres können Nachmeldungen der Städte und Gemeinden für die einzelnen Monate erfolgen, so dass sich die endgültigen Monatsergebnisse noch ändern können.

3 Nach der Wohngemeinde der Mutter.

4 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen.

5 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

6 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig.

7 Einschl. Staatenlose sowie Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit.

noch: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	Einheit	Vorjahres- monat	2025								2026
			Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	
Arbeitslose	1 000	328,7	305,7	312,0	326,9	324,2	307,7	305,3	310,8	344,8	
darunter Frauen	1 000	141,9	138,3	141,9	150,5	150,3	140,9	139,1	138,9	148,8	
Arbeitslosenquote insgesamt ¹	%	4,2	3,9	4,0	4,2	4,2	3,9	3,9	4,0	4,4	
Frauen	%	3,9	3,8	3,9	4,1	4,1	3,8	3,8	3,8	4,0	
Männer	%	4,6	4,1	4,1	4,3	4,2	4,0	4,0	4,2	4,7	
Ausländer ²	%	9,8	8,6	8,6	9,0	9,0	8,5	8,5	8,6	9,5	
Jugendliche	%	3,5	3,3	3,7	4,5	4,3	3,5	3,4	3,4	3,7	
Kurzarbeiter	1 000	114,5	47,8	49,0	...	...	...	...	...	...	
Gemeldete Stellen ³	1 000	114,4	111,6	110,1	112,0	110,9	109,5	109,4	107,5	101,1	

Öffentliche Sozialleistungen

(Daten der Bundesagentur für Arbeit)

Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)⁴

Anspruchsberechtigte von Arbeitslosengeld I	1 000	152,1	155,1	159,1	166,7	164,7	157,1	159,2	167,3	...
darunter Leistungsbeziehende von Arbeitslosengeld I ...	1 000	146,9	149,8	153,4	160,6	158,2	151,5	153,7	161,9	...
Ausgaben für Arbeitslosengeld I ⁵	Mill. Euro	347,0	361,9	357,4	365,6	381,7	377,1	370,6	371,9	413,8

Steuern

Gemeinschaftsteuern

darunter Steuern vom Einkommen	Mill. Euro	5 054,0	...	...	...	...	...	...	...	...
davon Lohnsteuer	Mill. Euro	4 380,2	...	...	...	...	...	...	...	...
veranlagte Einkommensteuer	Mill. Euro	248,5	...	...	...	...	...	...	...	...
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. Euro	280,1	...	...	...	...	...	...	...	...
Abgeltungsteuer	Mill. Euro	60,9	...	...	...	...	...	...	...	...
Körperschaftsteuer	Mill. Euro	84,3	...	...	...	...	...	...	...	...
Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. Euro	2 508,4	...	...	...	...	...	...	...	...
Landessteuern	Mill. Euro	325,8	...	...	...	...	...	...	...	...
darunter Erbschaftsteuer	Mill. Euro	125,9	...	...	...	...	...	...	...	...
Grunderwerbsteuer	Mill. Euro	162,2	...	...	...	...	...	...	...	...
Biersteuer	Mill. Euro	13,1	...	...	...	...	...	...	...	...
Gemeindesteuern ^{6, 7, 8}	Mill. Euro	.	...	.	.	...	.	.	...	.
darunter Grundsteuer A	Mill. Euro	.	...	.	.	...	.	.	...	.
Grundsteuer B	Mill. Euro	.	...	.	.	...	.	.	...	.
Gewerbsteuer (brutto)	Mill. Euro	.	...	.	.	...	.	.	...	.

Steuereinnahmen des Bundes

darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{9, 10}	Mill. Euro	1 917,7	...	...	...	...	...	...	...	...
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{9, 11}	Mill. Euro	118,7	...	...	...	...	...	...	...	...

Steuereinnahmen des Landes

darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{9, 10}	Mill. Euro	1 917,7	...	...	...	...	...	...	...	...
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{9, 11, 12}	Mill. Euro	162,0	...	...	...	...	...	...	...	...

Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv^{7, 8, 9}

darunter Anteil an der Lohn- und veranlagter Einkommensteuer ^{8, 13}	Mill. Euro	612,4	...	...	...	...	...	...	...	...
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. Euro	.	...	.	.	...	.	.	...	.
Gewerbsteuer (netto) ^{6, 14}	Mill. Euro	.	...	.	.	...	.	.	...	.

1 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.

2 Einschl. Staatenlose sowie Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit.

3 Ohne geförderte Stellen.

4 Daten nach Revision.

5 Einschl. Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

6 Vierteljährliche Kassenstatistik.

7 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).

8 Einschließlich Steueraufkommen der Landkreise.

9 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

10 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

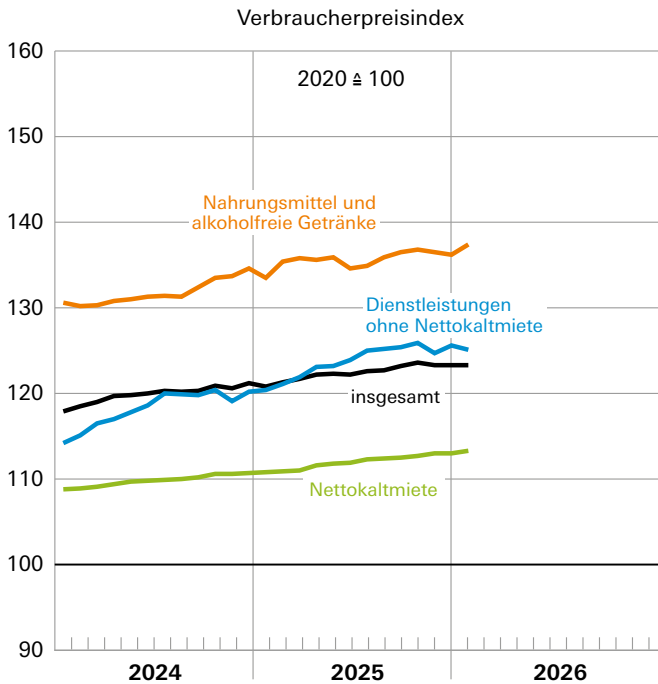
11 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

12 Einschließlich Erhöhungsbetrag.

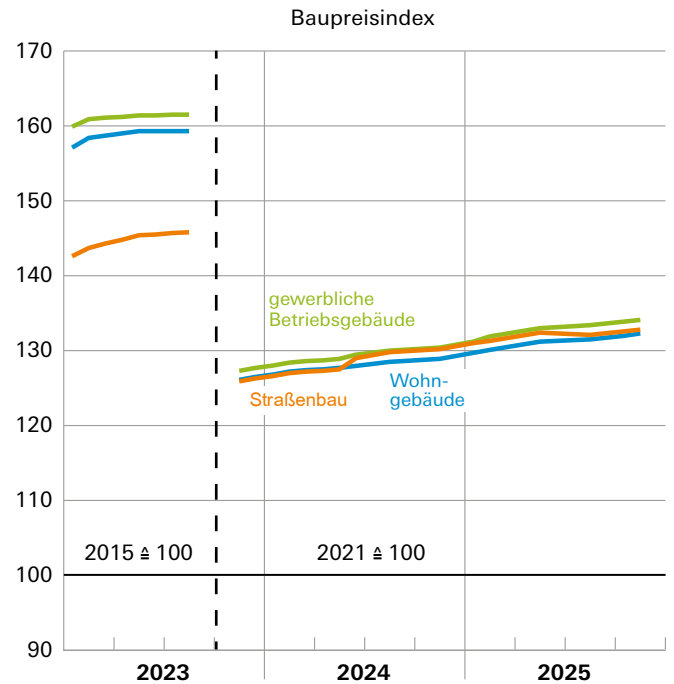
13 Einschließlich Zinsabschlag.

14 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

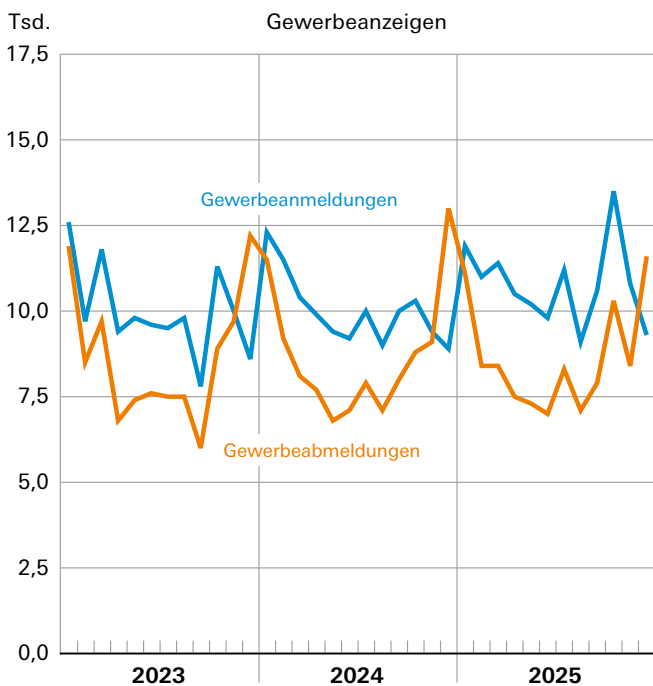
Preise



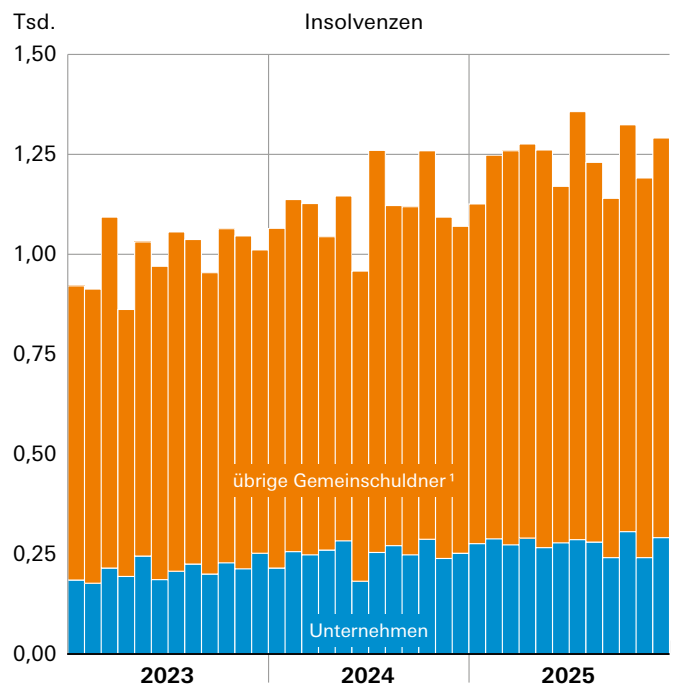
Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Verbraucherpreisindex unter: <http://q.bayern.de/vpi>



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Baupreisindex unter: <http://q.bayern.de/bpi>



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Gewerbeanzeigen unter: <http://q.bayern.de/gewerbeanzeigen>

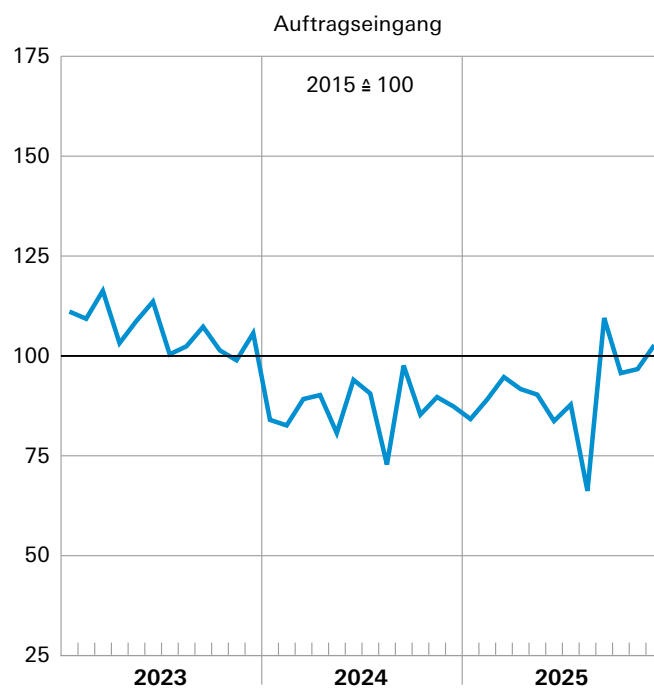
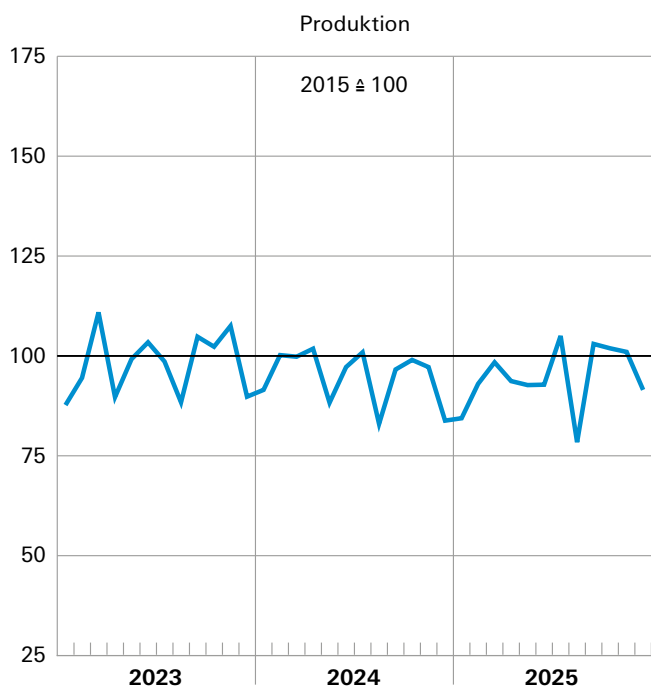
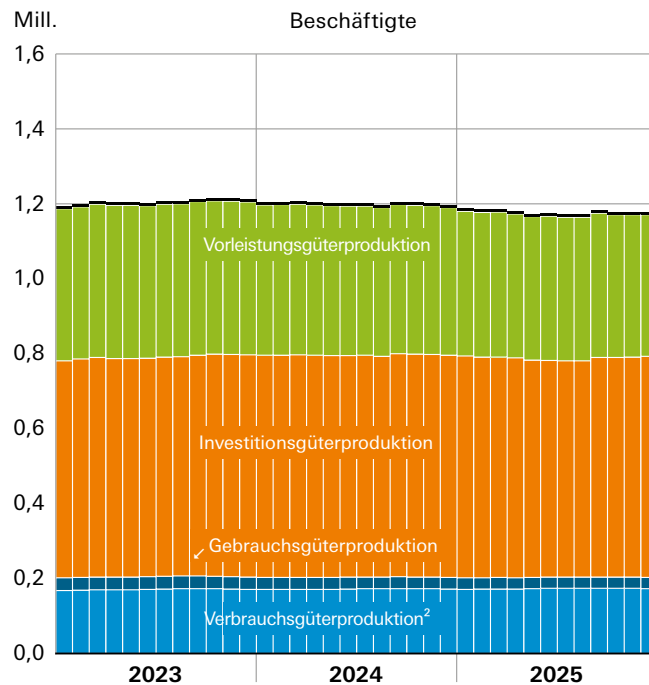
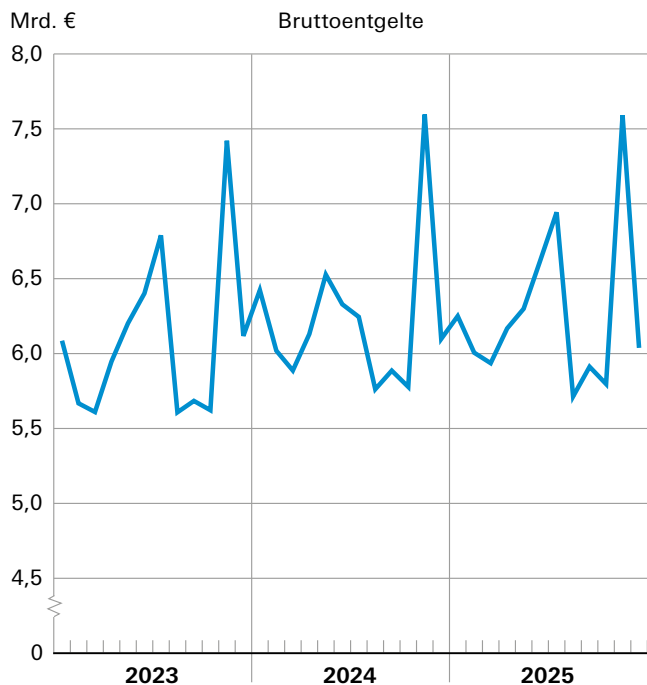


Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Insolvenzen unter: <http://q.bayern.de/insolvenzen>

¹ Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.

Hinweis Verbraucherpreisindex Dezember 2024: Aufgrund des Umstiegs auf den Erhebungskatalog 2025 mit erheblichen klassifikationsbedingten Strukturveränderungen sind die Werte für Dezember 2024 vor allem im Hinblick auf den Vormonatsvergleich teilweise in der Qualität beeinflusst.

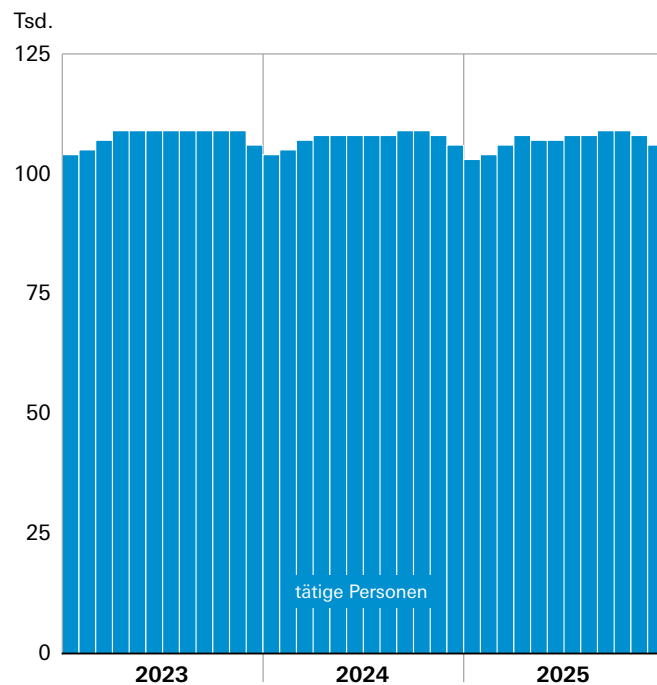
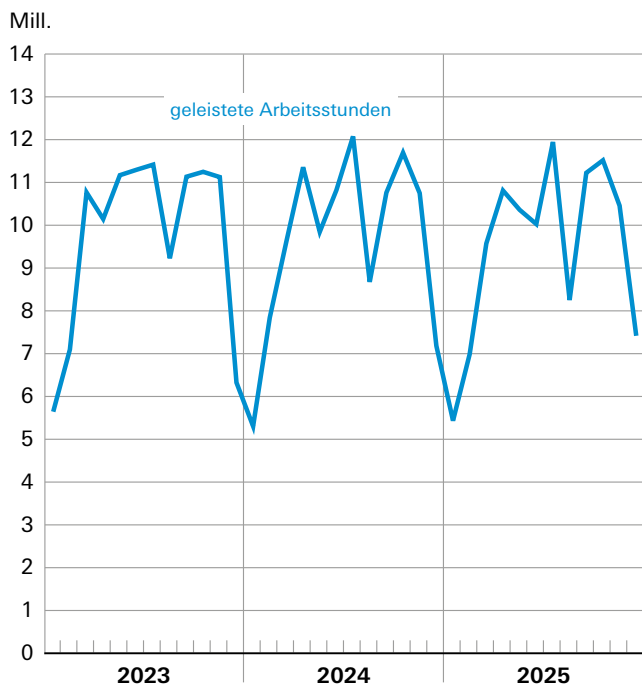
Verarbeitendes Gewerbe¹



Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Verarbeitendes Gewerbe
unter: <http://q.bayern.de/verarbeitendesgewerbe>

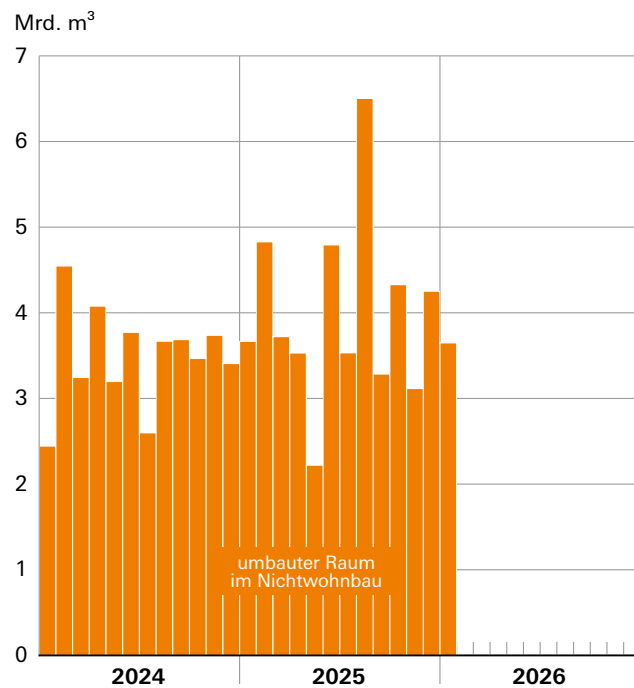
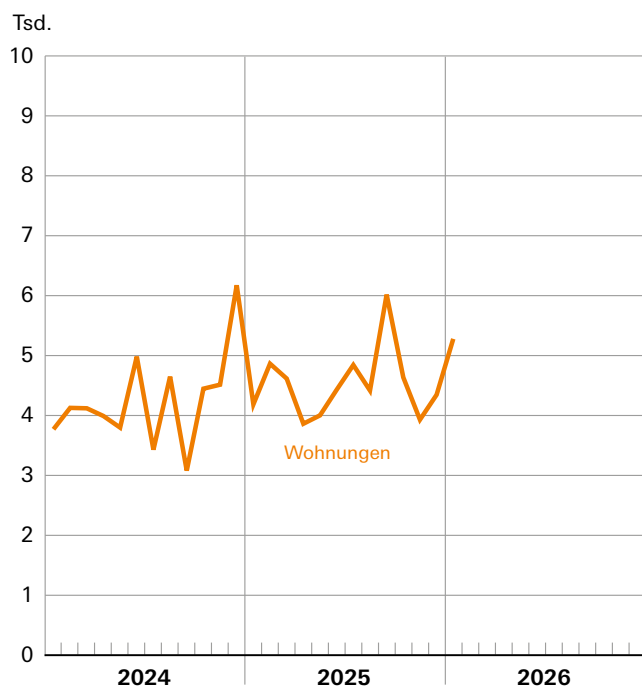
1 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. 2 Einschließlich Energie.

Bauhauptgewerbe



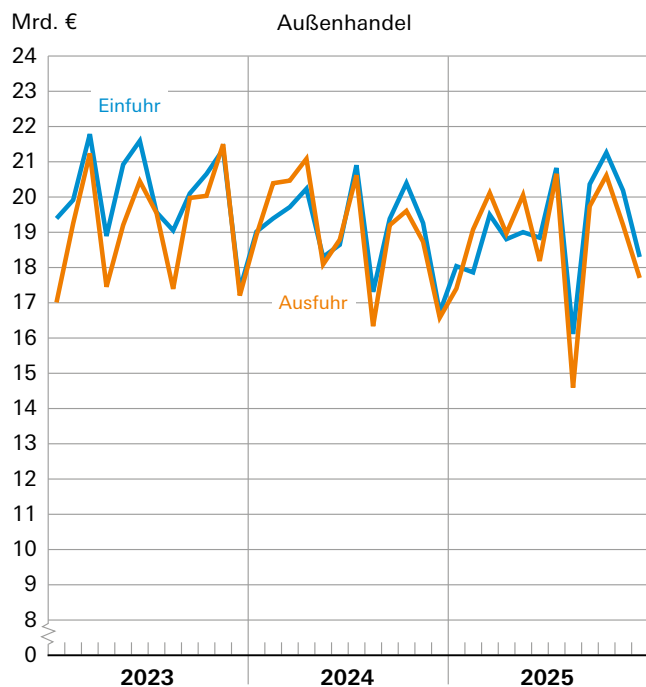
Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Baugewerbe
unter: <http://q.bayern.de/baugewerbe>

Baugenehmigungen

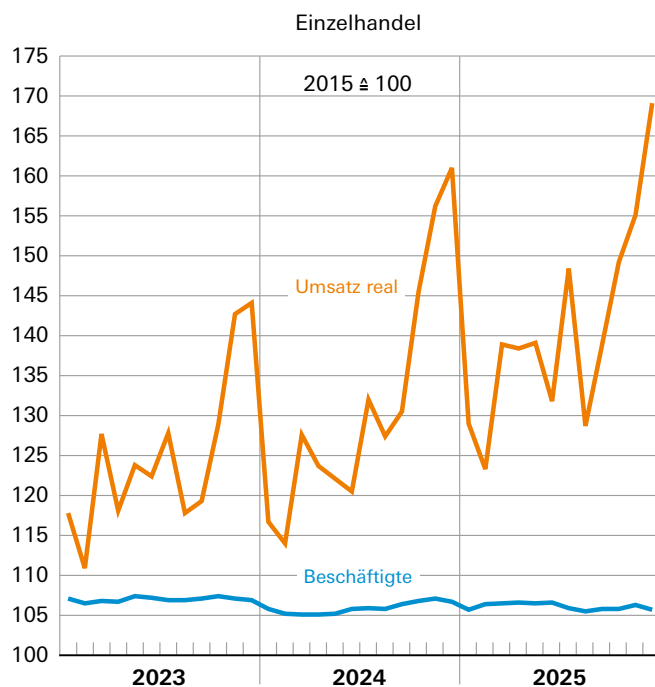


Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Baugenehmigungen
unter: <http://q.bayern.de/bautaetigkeit>

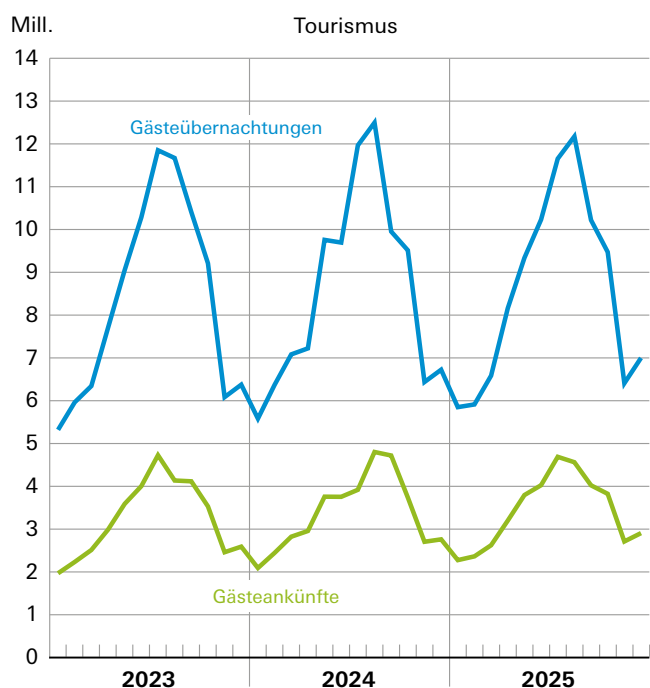
Handel und Gastgewerbe



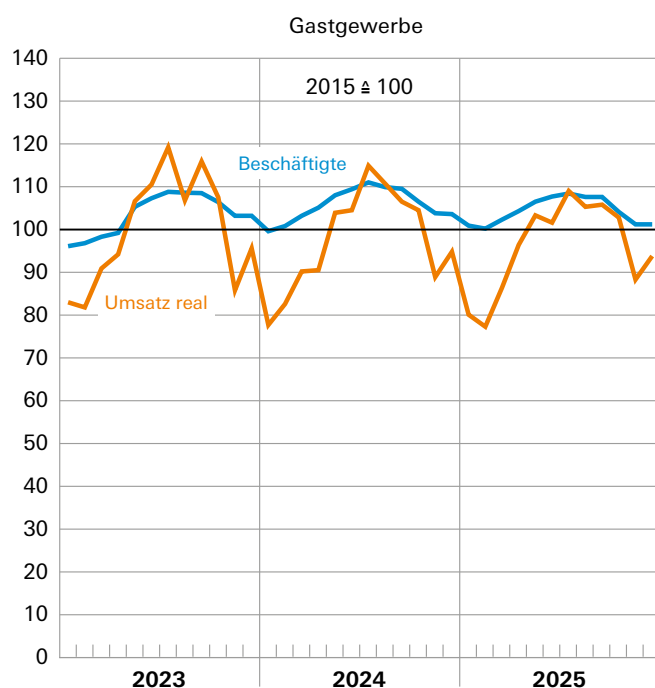
Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Außenhandel unter:
<http://q.bayern.de/aussenhandel>



Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Einzelhandel unter:
<http://q.bayern.de/binnenhandel>

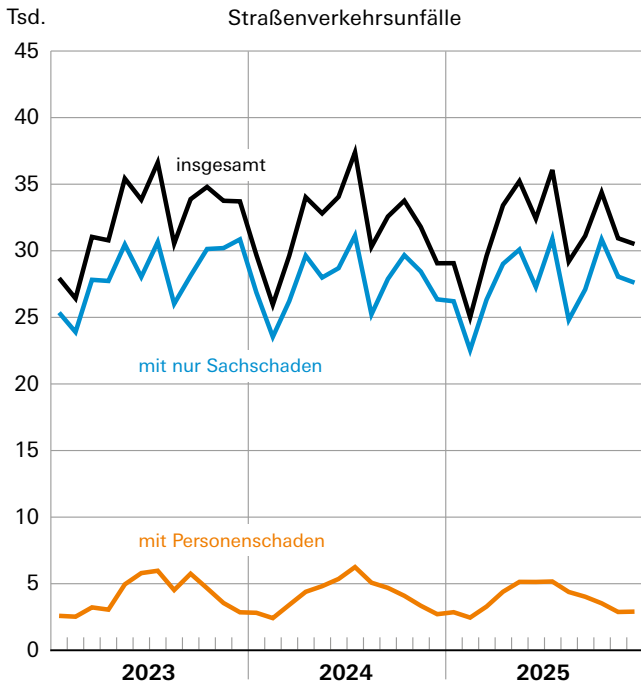


Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Tourismus unter:
<http://q.bayern.de/fremdenverkehr>

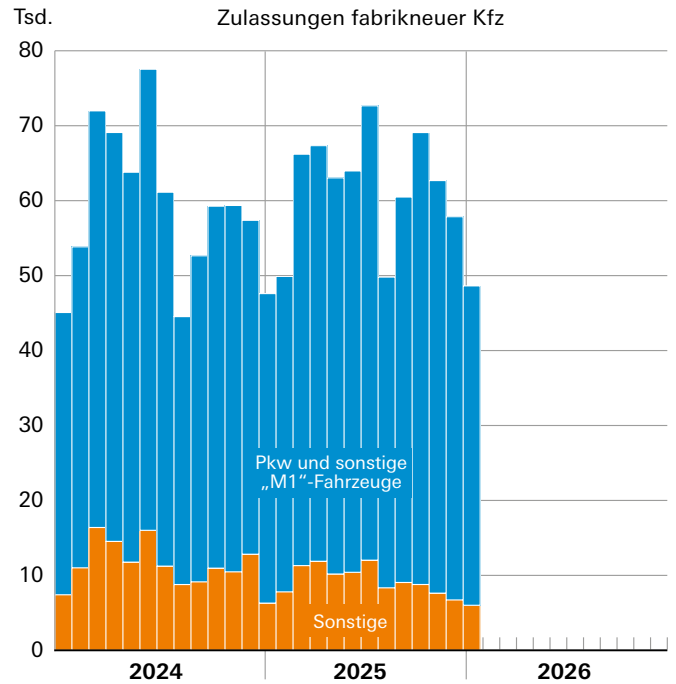


Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Gastgewerbe unter:
<http://q.bayern.de/gastgewerbe>

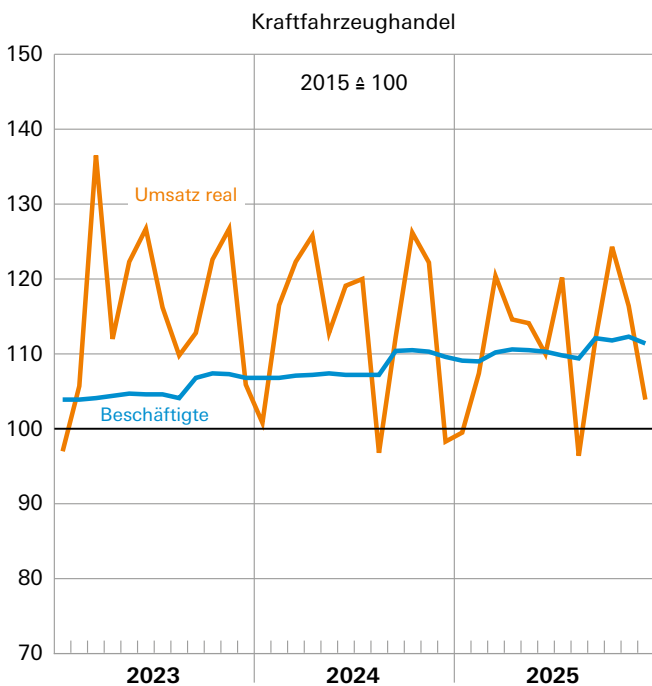
Verkehr



Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Straßenverkehrsunfälle unter:
<http://q.bayern.de/unfaelle>

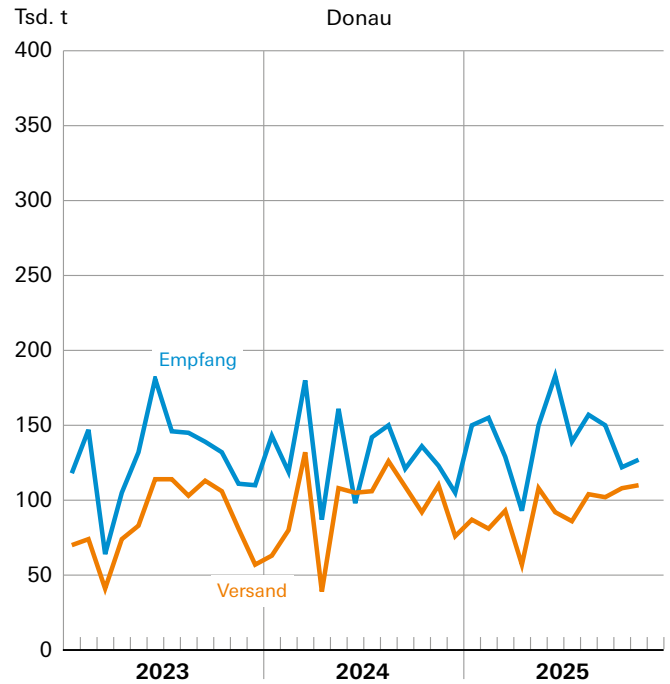
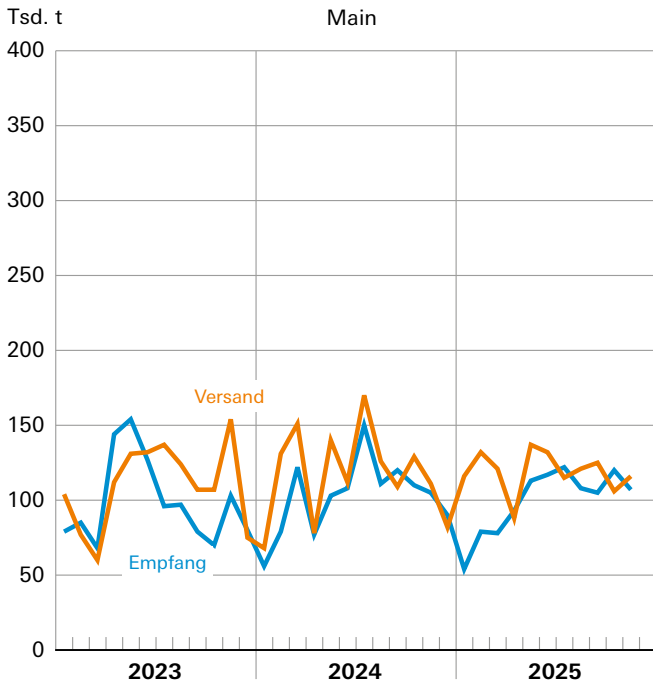


Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Kfz-Zulassungen unter:
<http://q.bayern.de/zulassungen>

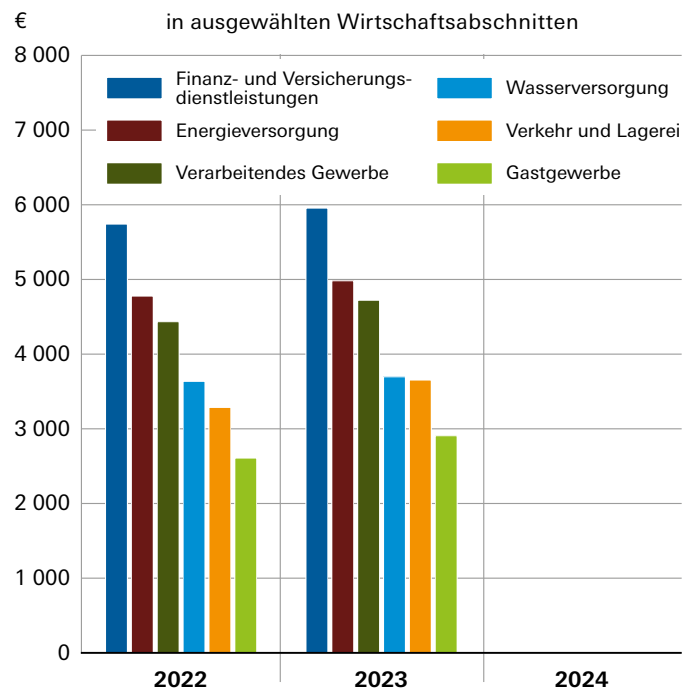
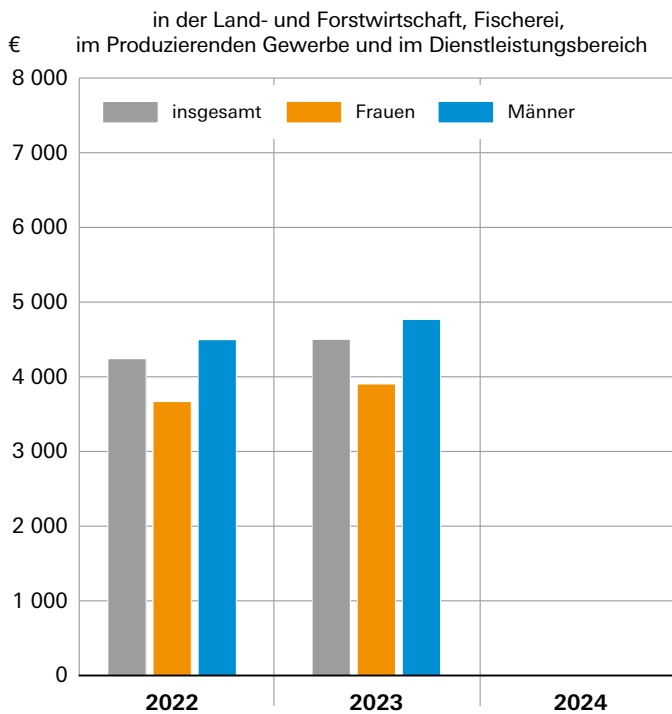


Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Einzelhandel unter:
<http://q.bayern.de/kfz-handel>

Binnenschifffahrt



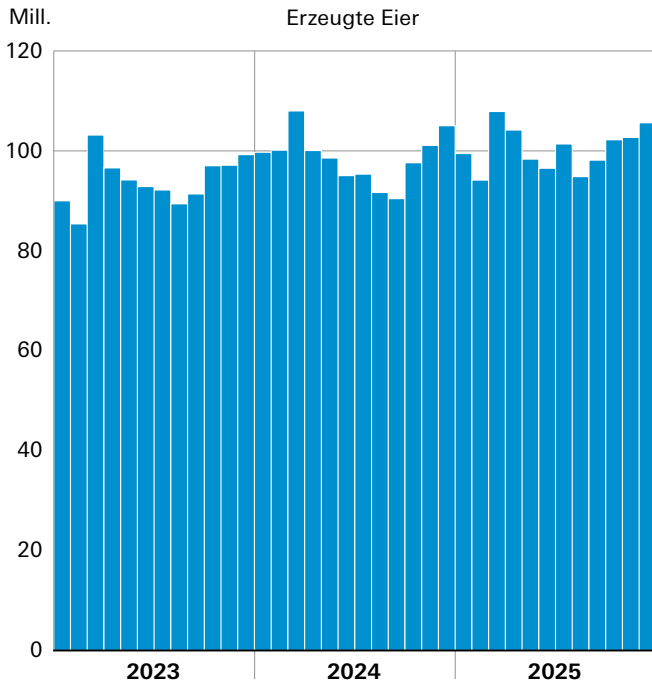
Bruttomonatsverdienste¹ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



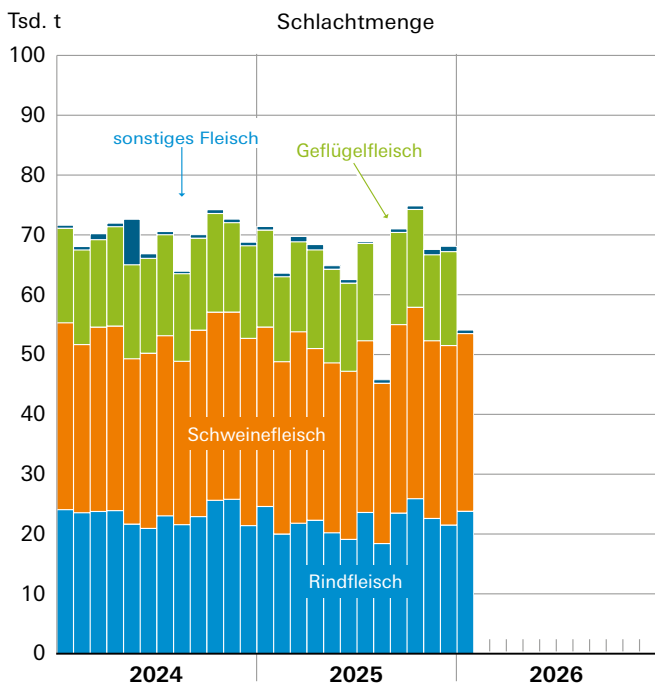
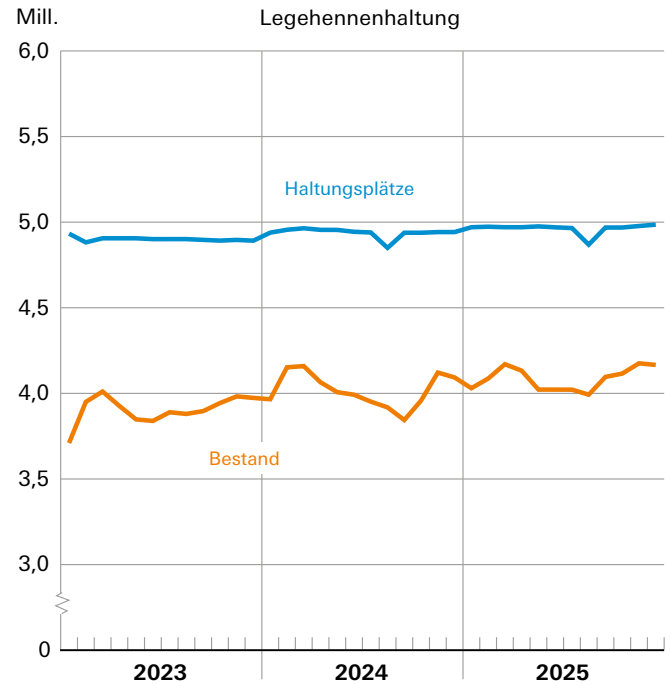
Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Verdienste unter:
<http://q.bayern.de/verdienste>

¹ Jeweils zum Berichtsmonat April ohne Sonderzahlungen.

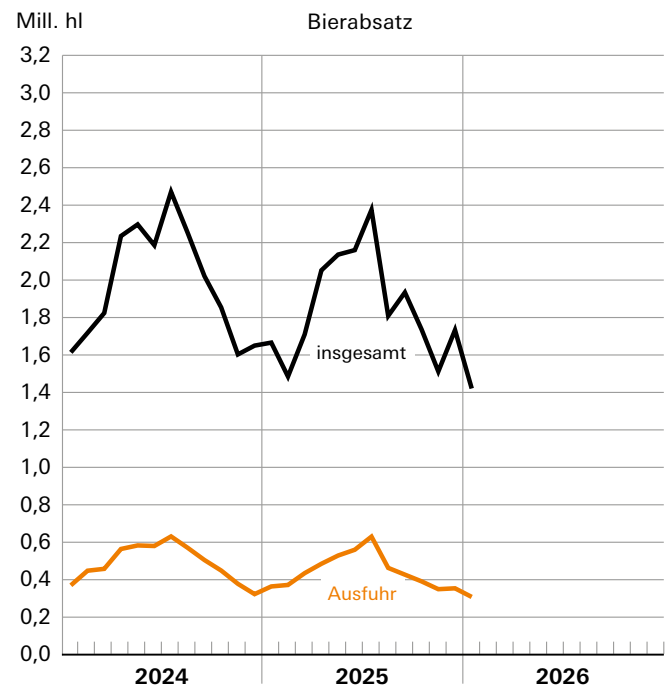
Landwirtschaft



Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Landwirtschaft unter:
<http://q.bayern.de/tiererzeugnisse>



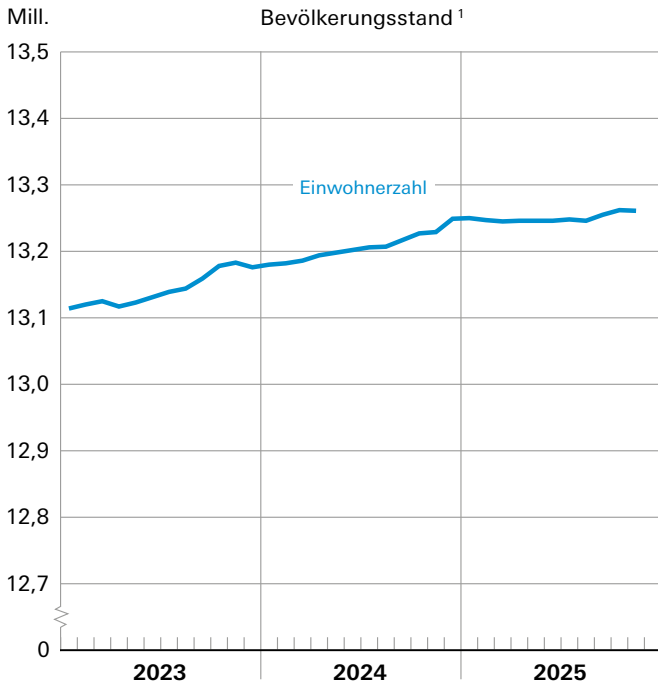
Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Schlachtmengen unter:
<http://q.bayern.de/tiererzeugnisse>



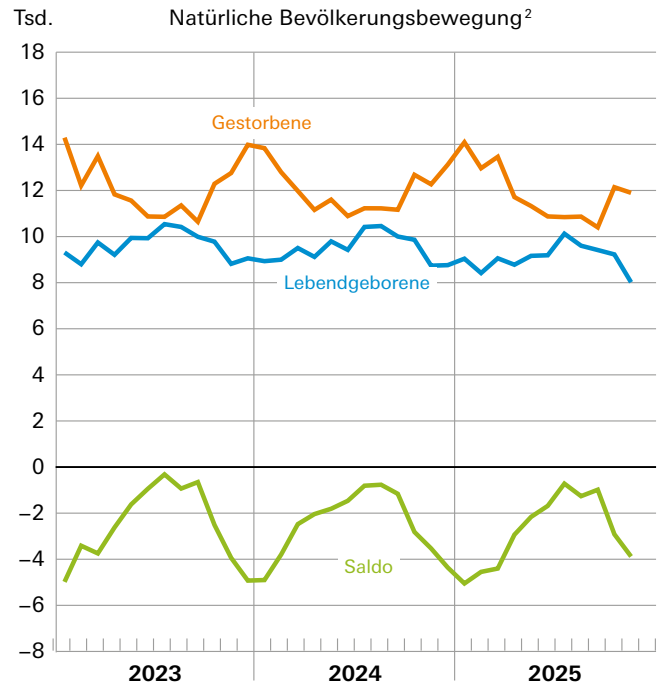
Aus: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 9.2.1:
Finanzen und Steuern, Absatz von Bier
<http://q.bayern.de/bierabsatz>

1 Für Geflügelfleisch lag bei Veröffentlichung noch kein Wert für den Monat Januar 2026 vor.

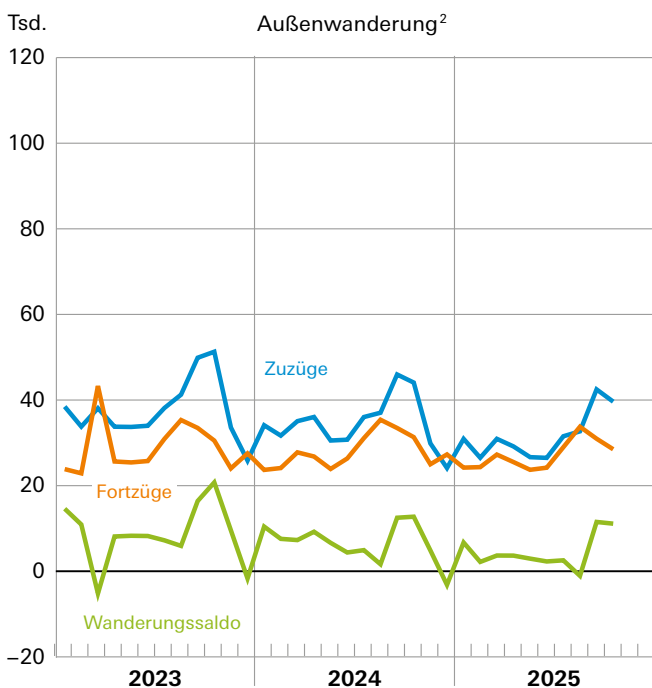
Bevölkerung



Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Bevölkerung unter:
<http://q.bayern.de/bevoelkerung>



Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema natürliche Bevölkerungsbewegung unter:
<http://q.bayern.de/bewegungen>

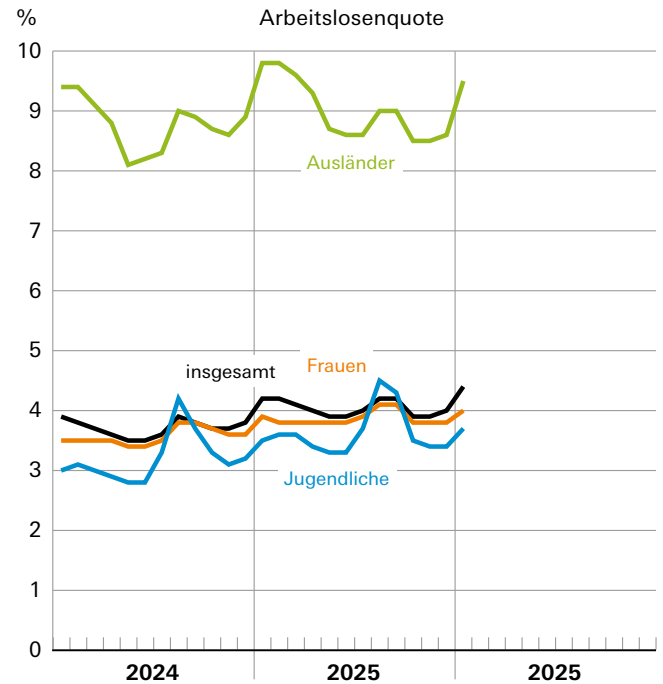
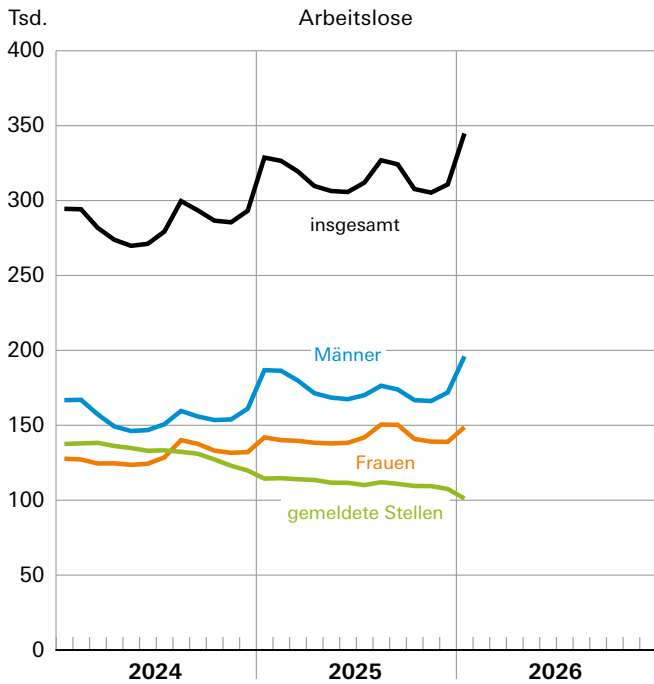


Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Wanderungen unter:
<http://q.bayern.de/wanderungen>

1 Basis der fortgeschriebenen Bevölkerung ab 31.05.2022: Stichtag des Zensus 2022.

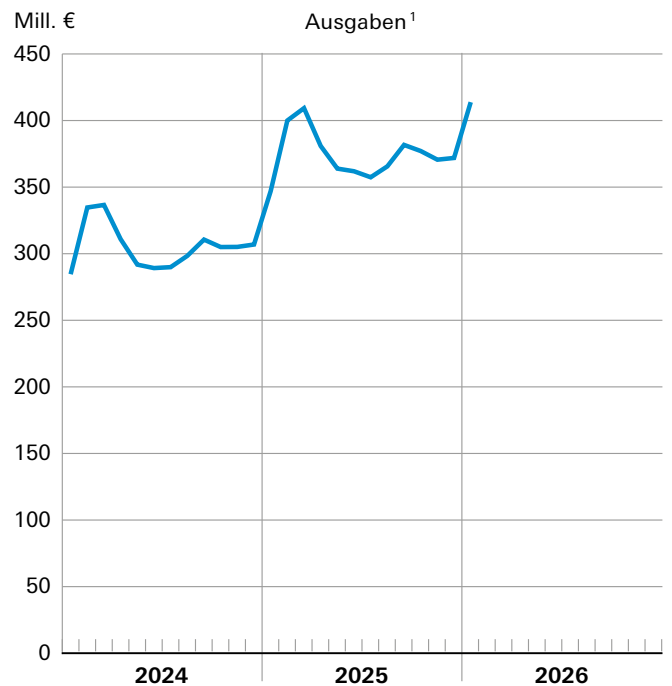
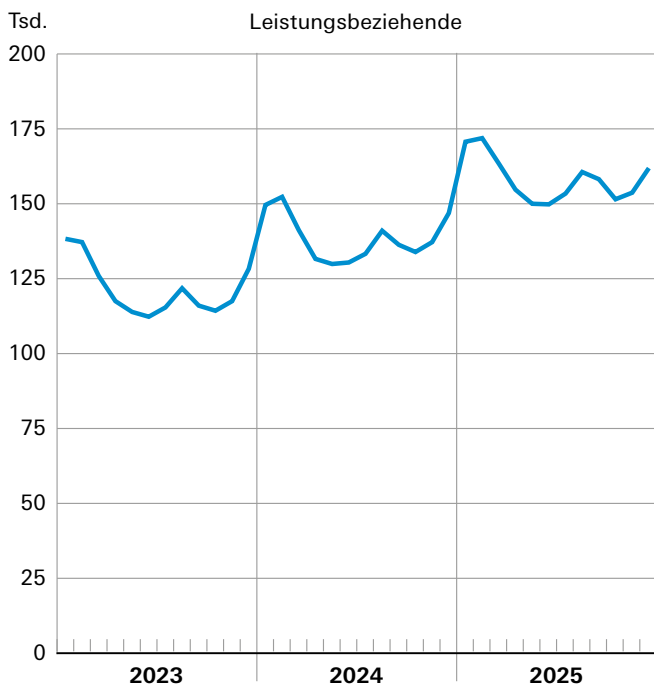
2 Die Zahlen der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungen geben den jeweils aktuellen Stand des Monats im noch nicht abgeschlossenen Berichtsjahr wieder. Bis zum Ende des Jahres können Nachmeldungen der Städte und Gemeinden für die einzelnen Monate erfolgen, so dass sich die endgültigen Monatsergebnisse noch ändern können.

Arbeitsmarkt



Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Arbeitsmarkt unter:
<http://q.bayern.de/erwerbstaetigkeit>

Arbeitslosengeld I



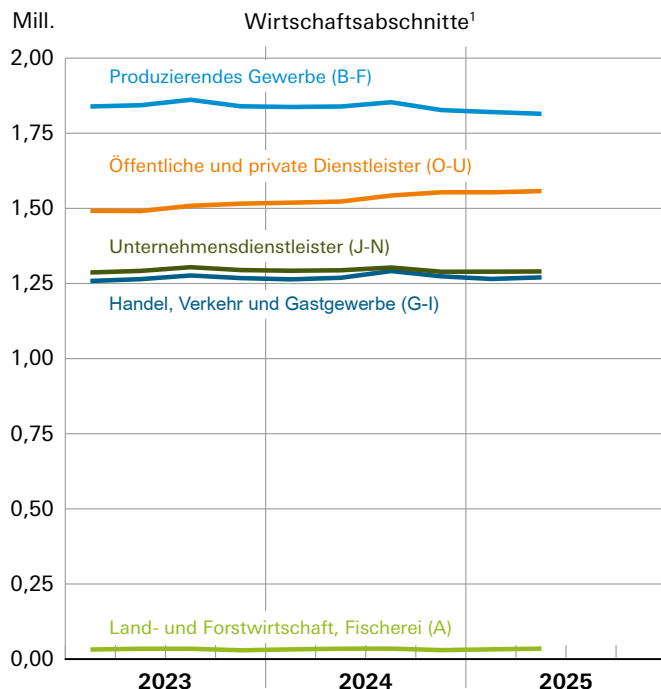
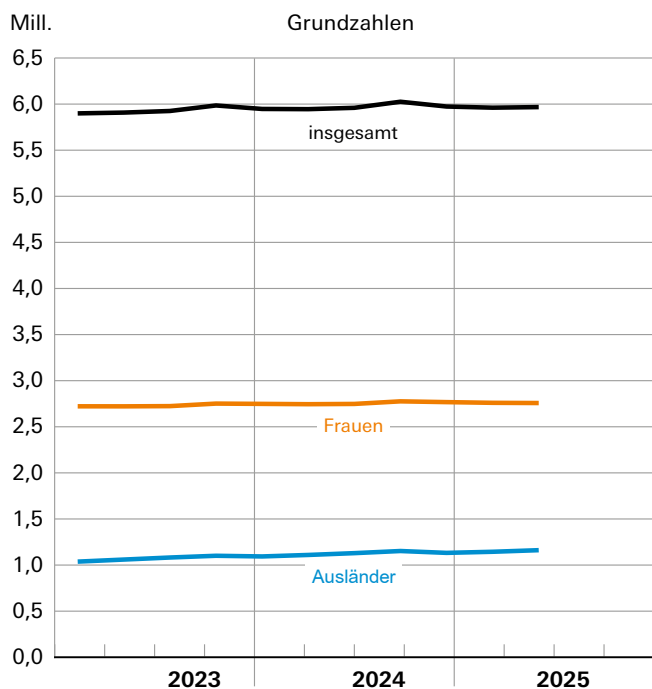
Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Leistungsbeziehende unter:
<http://q.bayern.de/leistungsbeziehende>



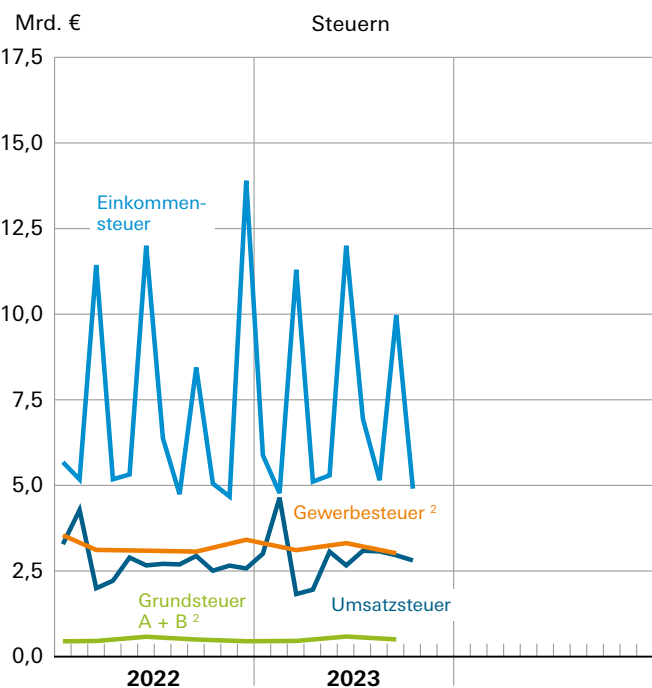
Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Sozialausgaben unter:
<http://q.bayern.de/sozialhilfeausgaben>

¹ Ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort



Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Beschäftigte unter:
<http://q.bayern.de/erwerbstaetigkeit>



Weitere Informationen und Statistiken
zum Thema Steuern unter:
<http://q.bayern.de/steuern>

¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (vgl. Statistischer Bericht A6501C). ² Quartalswerte.

STATISTISCHES JAHRBUCH FÜR BAYERN

Das Statistische Jahrbuch für Bayern ist das Standardwerk der amtlichen Statistik in Bayern seit 1894. Darin zusammengestellt sind jährlich aktuelle Statistikdaten über Land, Leben, Leute, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft in Bayern.

Auf über 700 Seiten enthält es die wichtigsten Ergebnisse aller amtlichen Statistiken – in Form von Tabellen, Graphiken und Karten – zum Teil mit langjährigen Vergleichsdaten und Zeitreihen.

Ebenso enthalten sind ausgewählte Strukturdaten für Regierungsbezirke, kreisfreie Städte, Landkreise und Regionen Bayerns, für Bund und Länder sowie die EU-Mitgliedstaaten.

Buch 39,- €

Gesamt-PDF 12,- €

oder kostenlos als Einzel-PDFs bzw.
Datentabellen zum Download unter
<https://s.bayern.de/jahrbuch>



Bayerisches Landesamt für
Statistik



NEUERSCHEINUNGEN

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung

- Bildung in Bayern
Endergebnisse aus dem Mikrozensus 2024

Bildung

- Berufsschulen in Bayern
Stand: Oktober 2023

Wahlen

- Kommunalwahlen in Bayern am 8. März 2026
Wahlvorschläge, Bewerber

Land- und Forstwirtschaft

- Zierpflanzenenerhebung und Baumschulerhebung in Bayern 2025
- Obsternte in Bayern 2025

Gewerbeanzeigen

- Gewerbeanzeigen in Bayern im Januar 2026

Produzierendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im Dezember 2025 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im November 2025 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
Basisjahr 2021
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Dezember 2025
Basisjahr 2021

Baugewerbe

- Bauhauptgewerbe in Bayern im Dezember 2025

Energie- und Wasserversorgung

- Energiewirtschaft in Bayern
Teil I: Monatsergebnisse – 4. Quartal 2025

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern im Dezember 2025

Handel

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Dezember 2025
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im November 2025
- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Dezember 2025

Tourismus und Gastgewerbe

- Tourismus in Bayern im Dezember 2025
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Dezember 2025

Straßen- und Schiffsverkehr

- Straßenverkehrsunfälle in Bayern im November 2025

Öffentliche Finanzen

- Umsätze und ihre Besteuerung (Umsatzsteuer-Veranlagungen) in Bayern 2021

Preise und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern
Monatliche Indexwerte von Januar 2020 bis Dezember 2025
(mit Gliederung nach Haupt- und Sondergruppen)
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im Januar 2026

VERZEICHNISSE

- Verzeichnis der Fachschulen in Bayern
Stand: Oktober 2024
- Verzeichnis der Berufsfachschulen des Gesundheitswesens in Bayern
Stand: Oktober 2024
- Verzeichnis der Wirtschaftsschulen, Fach- und Berufsoberschulen in Bayern
Stand: Oktober 2024



Alle Veröffentlichungen sind
im Internet verfügbar unter
www.statistik.bayern.de/produkte

ZEICHENERKLÄRUNG

0	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit	...	Angabe fällt später an
–	nichts vorhanden oder keine Veränderung	x	Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
/	keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug	()	Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
·	Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar	p	vorläufiges Ergebnis
		r	berichtigtes Ergebnis

s	geschätztes Ergebnis
D	Durchschnitt
Δ	entspricht
321	aktuellster Zahlenwert bzw. entsprechender vergleichbarer Vorjahreswert

AUF - UND
ABRUNDEN

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsummen auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen zu den ausgewiesenen Endsummen ergeben. Bei der Aufgliederung der Gesamtheit in Prozent kann die Summe der Einzelwerte wegen Rundens vom Wert 100 % abweichen. Eine Abstimmung auf 100 % erfolgt im Allgemeinen nicht.

- ✱ In der Podiumsdiskussion der Fachtagung zur Treibhausgasbilanzierung am Landesamt für Statistik wurde die eingeschränkte Datenverfügbarkeit als zentrales Problem für eine verlässliche Berichterstattung benannt. Sie betrifft Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen.

